

## **Unterrichtung**

### **durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

#### **über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 30. September bis 8. Oktober 1981 in Straßburg**

Während der Herbsttagung (Zweiter Teil der 33. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Tätigkeitsbericht des Präsidiums**, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit
  
- **Bericht des Ministerkomitees**  
Schriftliche Frage von Abg. Reddemann (S. 16)
  
- **Politische Fragen** (Die Lage in der Türkei; die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada; das KSZE-Folgetreffen in Madrid)  
Hierzu sprachen Abg. Dr. Bardens (S. 25), Jäger (Wangen) (S. 27), Rösch (S. 30), Reddemann (S. 26), Dr. Geßner (S. 29)

#### *Beschlüsse der Versammlung*

EntschlieÙung 757 betr. die Lage in der Türkei (S. 26)

EntschlieÙung 758 betr. die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada (S. 32)

EntschlieÙung 759 betr. das KSZE-Folgetreffen in Madrid (S. 33)

EntschlieÙung 760 betr. die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates und Nordamerika (S. 34)

- **Recht** (Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Kabelfernsehen und der Direktübertragung von Rundfunk- und Fernsehsendungen durch Satelliten)

Hierzu sprachen Abg. Rösch (S. 18, 20), Reddemann (S. 19, 20)

#### *Beschlüsse der Versammlung*

Empfehlung 926 und Richtlinie 401 betr. Fragen im Zusammenhang mit dem Kabelfernsehen und der Direktübertragung von Rundfunk- und Fernsehsendungen durch Satelliten (S. 20)

- **Wirtschaft** (Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1980; 20. und 21. Jahresbericht der Europäischen Freihandelszone (EFTA) — Antwort der Versammlung)

Hierzu sprachen Abg. Dr. Unland (S. 34, 40, 45), Dr. Vohrer (S. 38, 41, 43), Dr. Geßner (S. 44), Frau Pack (S. 37)

#### *Beschlüsse der Versammlung*

Entschließung 761 betr. die Antwort auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1980 (S. 41)

Entschließung 762 betr. die Antwort auf den 20. und 21. Jahresbericht der Europäischen Freihandelszone (EFTA) (S. 44)

Richtlinie 400 betr. die Fünfte Konferenz „Parlament und Wissenschaft“ (Helsinki 3. bis 5. Juni 1981)

- **Soziale Fragen** (Diskriminierung von Homosexuellen; Künstliche Samenübertragung; Beitrag des Europarates zum Internationalen Jahr der Behinderten)

Hierzu sprachen Abg. Büchner (Speyer) (S. 12, 16, 17), Rösch (S. 14), Dr. Freiherr Spies von Bülllesheim (S. 15, 16), Jäger (Wangen) (S. 17, 22, 23)

#### *Beschlüsse der Versammlung*

Empfehlung 924 und Entschließung 756 betr. die Diskriminierung von Homosexuellen (S. 13, 14)

Empfehlung 925 betr. den Beitrag des Europarates zum Internationalen Jahr der Behinderten (S. 24)

- **Landwirtschaft** (Mißhandlung von Pferden auf internationalen Transporten)

Hierzu sprachen Abg. Dr. Müller (S. 8, 11), Dr. Enders (S. 10)

#### *Beschlüsse der Versammlung*

Empfehlung 923 betr. die Mißhandlung von Pferden auf internationalen Transporten (S. 11)

- **Kultur und Erziehung** (Erzieherische und kulturelle Probleme im Zusammenhang mit den Sprachen von Minderheiten und den Dialekten in Europa; Musikerziehung; Verkaufspreise von Büchern)

Hierzu sprach Abg. Dr. Wittmann (S. 45)

*Beschlüsse der Versammlung*

Empfehlung 928 betr. erzieherische und kulturelle Probleme im Zusammenhang mit den Sprachen von Minderheiten und den Dialekten in Europa (S. 46)

Empfehlung 929 betr. die Musikerziehung

Empfehlung 930 betr. die Verkaufspreise von Büchern.

- **Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen** (Flüchtlinge aus Afghanistan; Aktivitäten des Wiedereingliederungsfonds des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse; Stand der Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung des Wanderarbeitnehmers)

Hierzu sprachen Abg. Böhm (Melsungen) (S. 5), Dr. Enders (S. 6)

*Beschlüsse der Versammlung*

Empfehlung 922 betr. die Lage der Flüchtlinge aus Afghanistan (S. 7)

Richtlinie Nr. 399 betr. die Lösung der Krise in Afghanistan.

Empfehlung 927 betr. die Aktivitäten des Wiedereingliederungsfonds des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse.

Empfehlung 931 und Richtlinie Nr. 402 betr. die Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung des Wanderarbeitnehmers.

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betreffenden Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der schweizerische Außenminister Pierre Aubert, vor.

Präsident Areilza würdigte das verstorbene Mitglied der deutschen Delegation, Abg. Franz Amrehn (S. 26)

Die Liberale Gruppe wählte Abg. Dr. Vohrer zu ihrem Vorsitzenden.

Die Versammlung wählte John D. Priestman erneut für weitere sechs Jahre zu ihrem Greffier.

Zur Versammlung sprachen der dem französischen Ministerium für Außenbeziehungen zugeordnete Minister für europäi-

sche Angelegenheiten André Chandernagor, der französische Justizminister Robert Badinter, der österreichische Minister für Handel und Industrie und Vorsitzende des EFTA-Minister-rates Josef Staribacher und der Generalsekretär der OECD Jonkheer Emile van Lennep.

An den Verhandlungen der Parlamentarischen Versammlung nahmen parlamentarische Delegationen aus Finnland, Japan, Kanada und den Vereinigten Staaten teil.

Bonn, den 22. Oktober 1981

**Reddemann**

**Dr. Geßner**

Sprecher

Stellvertretender Sprecher

**Mittwoch, 30. September 1981**

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit**

(Drucksache 4781)

Berichterstatter: Abg. Valleix

Tagesordnungspunkt:

**Flüchtlinge aus Afghanistan**

(Drucksache 4762)

Berichterstatter: Abg. Sir Frederic Bennet und Frau Hafstad

**Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir stehen unter dem Eindruck des ausgezeichneten Berichts von Frau Hafstad und Sir Frederic, nachdem sich diese Versammlung schon früher — im Mai 1980 — mit der verzweiferten Lage der Flüchtlinge in Afghanistan beschäftigt hatte. Seitdem hat sich die Situation, wie wir heute gehört haben, erheblich verschärft. Der Bericht zeigt in klarer und überzeugender Weise die Lage der Flüchtlinge, die angelaufenen Hilfsmaßnahmen und die Notwendigkeiten künftigen Handelns auf.

Der Bericht hat die nachhaltige Unterstützung dieser Versammlung verdient, damit deutlich gemacht wird, daß die europäischen Völker in aufrichtiger Solidarität dem schwergeprüften afghanischen Volk zur Seite stehen und gewillt sind, selber Opfer zu bringen, um dem kleinen, tapferen Volk Afghanistans beizustehen, das von der kommunistischen Weltmacht vergewaltigt wird.

An der Hilfe, die unsere Völker Europas Afghanistan und seinen Flüchtlingen gewähren, wird deutlich werden, ob die hehren Grundsätze des Europarats und unser Bekenntnis zu den Menschenrechten nur Stoff für feierliche Reden sind, oder für uns Verpflichtung zu konkretem Handeln bedeuten.

Wir haben von Sir Frederic gehört: Als Opfer der sowjetischen Aggression leben heute über 2 Millionen Afghanen unter menschenunwürdigen Bedingungen in über hundert Flüchtlingslagern in Pakistan und schätzungsweise eine weitere Million Flüchtlinge im Iran.

Bei der Diskussion über die **Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge aus Afghanistan** müssen wir daran

denken, daß das Ziel des sowjetischen Angriffs auf Afghanistan einmal — in Fortsetzung der imperialistischen Politik russischer Zaren — das Vordringen an den Golf und an den Indischen Ozean ist und zum anderen der Versuch der Einkreisung Chinas. Somit wurde das afghanische Volk ein weiteres unschuldig Opfer der sowjetischen Weltstrategie. Das Leid der Menschen Afghanistans ist das Ergebnis einer sowjetischen Politik, die sich in ihren Zielen auch gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der europäischen Völker richtet. Wir freien Völker Europas haben über die moralische Verpflichtung, für das **Selbstbestimmungsrecht Afghanistans** einzutreten, hinaus daher auch ein ureigenes Interesse daran, daß in dieser Welt zur Kenntnis genommen wird, daß die Europäer zu denen stehen, die sich mutig und entschlossen gegen kommunistische Aggression und Unterdrückung zur Wehr setzen. Mit der Hilfe für Afghanistan machen wir deutlich, daß wir nicht nur überall dort zu helfen bereit sind, wo menschliche Not und großes Elend die Menschen bedrücken, sondern daß wir die Opfer kommunistischer Aggression auch nicht im Stich lassen und zu wirkungsvoller Hilfe willens und fähig sind.

Aus meinem eigenen Lande darf ich berichten, daß die Bundesregierung in den Jahren 1980 und 1981 jeweils rund 7 Millionen DM — teils bilateral für Pakistan, teils über den UN-Flüchtlingskommissar — zur Verfügung gestellt hat und daß sie das auch 1982 wieder tun wird. Hinzu kommen Maßnahmen der flüchtlingsbezogenen Entwicklungshilfe und der Nahrungsmittelhilfe. Über die staatlichen Maßnahmen hinaus — das halte ich für ganz besonders wichtig — haben wir in der Bundesrepublik Deutschland mit Spenden aus der Bevölkerung ganz hervorragende Erfahrungen gemacht. So gründete sich unter Mitwirkung von Parlamentsabgeordneten aller Fraktionen des Deutschen Bundestages eine Initiative „Deutsche helfen Afghanistan“ unter der Firmierung „Help“, die ein überraschendes und überwältigendes Echo hatte. In den letzten zehn Wochen, seit dem Juli dieses Jahres kamen 1,6 Millionen DM zusammen. Der Generalsekretär der Otto-Beneke-Stiftung, Herr Beitz, konnte heute vor einer Woche das zweite Flugzeug mit 35 t lebensnotwendigen Hilfsgütern auf die Reise schicken. Ich halte diese privaten Initiativen für notwendig und begrüßenswert, weil durch sie — mehr noch als durch die Maßnahmen der Regierungen — die innere Beteiligung der Bürger Europas am Schicksal Afghanistans deutlich wird.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es wäre gut gewesen, wenn sich die Europäer, ihre Regierungen und die Bevölkerung nicht erst nach dem Einmarsch der Roten Armee im Dezember 1979, sondern schon 1978 mit der Lage in Afghanistan beschäftigt hätten, als die kommunistische Machtergreifung in diesem Lande begann. Seitdem regiert die sogenannte Volksdemokratische Partei in Kabul, die schon seit 1978 ohne Unterstützung aus der Sowjetunion nicht an der Macht hätte

bleiben können. Die von dieser Regierung erzwungene marxistische Revolution versuchte, mit der Macht der Gewehrläufe und mit fremden Militär- und Zivilberatern Entwicklungen zu erzwingen, die sich bei der Sozialstruktur Afghanistans und bei der vom Islam geprägten Religionsstruktur Afghanistans nicht ergeben konnten und nach dem Willen der Bevölkerung nicht ergeben sollten. Aufstand und Protest begannen allenthalben in allen Schichten der Bevölkerung. Der Aufstand wurde noch verstärkt, als die Regierung schließlich eine neue rote Staatsflagge nach dem Modell der Sowjetrepubliken einführte. Verhaftungen, Hinrichtungen, Massenexekutionen und Bombardierungen von Dörfern und Städten waren schon vor dem Einmarsch der Roten Armee gang und gäbe. Die erste Fluchtwelle nach Pakistan — davon sprach Sir Frederic Bennett — hat sich ja vor dem Einmarsch der Roten Armee ereignet. Von jenen politischen Flüchtlingen wurde hier ja gesprochen. Erst dann, als der Widerstand intensiver wurde, als die Meuterei in den Garnisonen begann und die 80 000 Mann starke Armee Afghanistans auf 30 000 Mann zurückschrumpfte, erfolgte die unverhüllte Aggression. Heute stehen Divisionen der Roten Armee mit über 120 000 Mann im Lande.

Meine Damen und Herren, die Sowjetunion hat diese Aggression in Afghanistan durchführen können, weil sie in den Jahren von 1978 bis 1979 den Eindruck haben mußte, daß die Weltöffentlichkeit und auch die Regierungen und Völker in Europa der Lage in Afghanistan keine besondere Bedeutung beigemessen haben. Wieder einmal zeigte sich an diesem Beispiel in der Geschichte, daß derjenige, der zu Unrecht schweigt, damit dazu beiträgt, daß neues, noch schlimmeres Unrecht provoziert wird.

Die **Hilfe für Afghanistan** muß so erfolgen, daß die Familienstruktur der Flüchtlinge gefördert wird und erhalten bleibt. Sie muß in einer Weise erfolgen, bei der die Menschen ihre Beziehungen zur eigenen Religion und zur eigenen Sozialstruktur aufrechterhalten können. Dazu sind in dem Bericht von Sir Frederic und von Frau Hafstad viele konkrete Hinweise gegeben. Die Empfehlungen beziehen sich jedoch auch auf die Intensivierung der Bemühungen um die politische Lösung mit dem Ziel, die Selbstbestimmung in Afghanistan herbeizuführen und den Bürgern dieses Landes und den zurückkehrenden Flüchtlingen die Menschenrechte zu garantieren. Auch dieser Teil der Empfehlung verdient unsere volle Unterstützung, wie nach meiner Meinung auch die gesamte Empfehlung dieses verdienstvollen Berichtes unsere volle Unterstützung erhalten sollte.

*Schlußwort des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wanderbewegungen, Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen:*

**Dr. Enders (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Leider konnte die Vorsitzende unseres Ausschusses, Frau Gradin, nicht an der heutigen Debatte teilnehmen. Auch der Erste Stellvertretende Vorsitzende, Herr Bill, ist nicht anwesend, so daß mir die Ehre zuteil wurde, die Frau Vorsitzende vertreten zu dürfen.

Ich möchte somit im Namen des Ausschusses den beiden Berichterstattern meinen Dank abstaten für die vorzügliche Arbeit, die sie geleistet haben, vor allem auch dafür, daß sie an Ort und Stelle Eindrücke gesammelt und uns im Ausschuß aus eigener Anschauung berichtet haben.

Dank gebührt auch den Diskussionsrednern, die so wertvolle Beiträge geliefert haben, ebenso auch den Mitarbeitern des Büros, die uns stets hilfreich zur Seite standen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Januar 1980 haben wir schon einmal über ein Thema diskutiert, das sehr eng mit Afghanistan zusammenhing. Damals glaubten wir das Rezept zu haben. Es ging nämlich um den Olympia-Boycott. Es gab Befürworter und Gegner des Olympia-Boykotts. Heute aber müssen wir sagen: Dieser Boykott damals hat uns der Lösung des Problems keinen Schritt näher gebracht. Ich möchte deshalb diejenigen Kolleginnen und Kollegen unterstützen, die heute sagen, daß wir eine **politische Lösung** für Afghanistan anstreben müssen. Hier sind die Politiker der Welt aufgefordert, zu handeln und auf politischem Wege eine Änderung herbeizuführen, damit dieser Staat wieder demokratisch und frei wird.

Wessen es bei uns aber auch bedarf — und das muß gerade vom Ausschuß aus gesagt werden —, das ist die Hilfsbereitschaft. Wir haben die Flüchtlingszahlen gehört. Sie übertreffen bei weitem unsere Vorstellungen. Hilfe kommt aus der ganzen Welt, von anderen Ländern, von internationalen Organisationen, von privaten und kirchlichen Kreisen. An erster Stelle aber steht meines Erachtens das Land Pakistan, das die Hauptlast der Hilfe trägt.

Es geht bei der Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge ja nicht allein um Unterkunft und Lebensmittel, sondern es geht — das ist hier noch nicht gesagt worden, und ich möchte darauf hinweisen — auch um die **Ausbildung der Kinder**. Von verschiedenen Besuchen in Flüchtlingslagern weiß ich, daß die Jugend danach drängt, etwas zu lernen, die Zeit nicht nutzlos zu vertun. Wenn wir dabei helfen können, diesen Menschen eine Ausbildung zu vermitteln, wird es trotz vieler Schwierigkeiten möglich sein, ihnen eine Grundlage für ihr Leben zu geben. Ich habe in Urwaldschulen gesehen, wie die Kinder auf dem Fußboden geschrieben haben, wie sie manuelle Tätigkeiten verrichtet und wie sie — das hat mich besonders beeindruckt — Fremdsprachen gelernt haben, weil sie sich auf das Ziel, in anderen Ländern unterzukommen, vorbereiten wollten.

Ich glaube, die Arbeit in unserem Ausschuß und die Debatte heute haben der Öffentlichkeit viel Verständnis für die Lage in Afghanistan und für die Notwendigkeit der Hilfsbereitschaft vermittelt.

Im Namen des Ausschusses möchte ich noch einmal besonders meine verehrte Kollegin Frau Hafstad hervorheben. Sie ist seit mehreren Jahren Mitglied unseres Ausschusses und hat unsere Arbeit durch wertvolle Beiträge unterstützt. Wir haben uns mit ihr über viele Themen unterhalten. Sie hat sich sachkundig gemacht. Sie war eine gute Europäerin, hat aber auch in ihrer Eigenschaft als Mitglied des nor-

wegischen Parlaments auf die Interessen ihres Landes hingewiesen. Verehrte Frau Hafstad, Sie waren uns eine liebgewordene Kollegin; schönen Dank für Ihre Arbeit und alles Gute für die Zukunft! Ich denke, daß wir uns im Rahmen dieses großen Europarates doch dann und wann wieder einmal treffen und sehen können. — Ich danke Ihnen.

#### Empfehlung 922

#### betr. die Lage der Flüchtlinge aus Afghanistan

#### Die Versammlung

...  
...

4. macht jedoch darauf aufmerksam, daß die Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan weiter zunimmt und daß sich heute bereits mehr als zwei Millionen in Pakistan befinden, von denen 1,7 Millionen während des ganzen Jahres 1981 im Rahmen der Programme der Vereinten Nationen unterstützt werden;
5. stellt fest, daß sich fast eine Million afghanische Flüchtlinge im Iran befinden;
6. vermerkt, daß aufgrund der ständig wachsenden Flüchtlingszahl die Haushaltsansätze für die Flüchtlingsunterstützung ständig revidiert werden müssen;
7. stellt fest, daß man nach den Statistiken des UNHCR, die in Übereinstimmung mit der pakistanischen Regierung erstellt wurden, heute davon ausgeht, daß der Grundnahrungsmittelbedarf sich auf insgesamt 119,75 Millionen US-Dollar beläuft, während der Nicht-Nahrungsmittelbedarf und der Bedarf an zusätzlichen Nahrungsmitteln auf insgesamt 97,991 Millionen US-Dollar geschätzt werden;
8. stellt fest, daß unter Berücksichtigung der bereits erfolgten oder zu erwartenden Beiträge die Höhe der neuen Beiträge, die bis Ende 1981 für das Hilfsprogramm der UN-Organisationen, insbesondere des UNHCR, erforderlich sind, etwa 25 Millionen US-Dollar beträgt und daß die bis Mitte 1982 erforderlichen Beträge auf 110 Millionen US-Dollar geschätzt werden;
9. macht darauf aufmerksam, daß diese dringend benötigten Mittel sich nicht mit den Vorschlägen über eine bilaterale Hilfe überschneiden, die die Regierung von Pakistan befreundeten Ländern unterbreitet hat;
10. begrüßt die Bemühungen, die die pakistanische Regierung zur Unterstützung der afghanischen Flüchtlinge unternommen hat; abgesehen von jeder äußeren Unterstützung wird die pakistanische Regierung etwa 163,80 Millionen US-Dollar direkt zu ihren Lasten nehmen müssen;
11. ist darüber besorgt, daß sich die politische Situation in der Region anscheinend nicht bessert, sondern im Gegenteil eine Tendenz zu ständiger Verschlechterung zeigt;
12. ist sowohl über das Schicksal der afghanischen Bevölkerung, die Schätzungen zufolge bereits ungefähr 500.000 Menschen, einschließlich der Freiheitskämpfer und ihrer Familien, verloren hat, als auch über die Bedingungen bestürzt, unter denen ein Großteil der Bevölkerung, darunter zahlreiche Frauen, Kinder und ältere Menschen, das Land verlassen und weite Gebirgszonen mit sehr rauhem Klima durchqueren muß;
13. vermerkt die Initiative der Regierung des Vereinigten Königreiches, die von vielen Regierungen, insbesondere derjenigen der EG-Mitgliedstaaten, unterstützt wird und deren Ziel die Organisation einer internationalen weitgehend repräsentativen Konferenz ist, die auf dem Wege von Globalverhandlungen die Suche nach einer gerechten Lösung der Krise ermöglichen sollte;
14. bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Lösung unverzüglich gefunden werden kann, um das Recht der afghanischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung und die Achtung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts der im Exil Lebenden auf Rückkehr in ihre Heimat, wiederherzustellen;
15. empfiehlt dem Ministerkomitee des Europarates, die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates aufzufordern:
  - i. ihre politische und finanzielle Unterstützung aller Programme der internationalen Organisationen, die sich an der Hilfe für afghanische Flüchtlinge beteiligen, zu verstärken, und ebenso im Hinblick auf die Regierung von Pakistan zu verfahren, die abgesehen von allen Unterstützungsmaßnahmen der Vereinten Nationen ein umfangreiches Hilfsprogramm, wie in Absatz 10 oben erwähnt, direkt zu ihren Lasten nehmen wird;
  - ii. besondere Bemühungen zu unternehmen, um die neuen Beiträge leisten zu können, die bis Ende 1981 und voraussichtlich bis Mitte 1982 für das Hilfsprogramm der UN-Organisationen, insbesondere des UNHCR, erforderlich sein werden und sich auf etwa 135 Millionen US-Dollar belaufen;
  - iii. aktiv einen geeigneten politischen Kurs zu verfolgen, um die Bedingungen wiederherzustellen, die den afghanischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat unter Bedingungen, die mit der Achtung der Menschenrechte in Einklang stehen, zu ermöglichen;
  - iv. alle Bemühungen zu unterstützen, die von den Regierungen, insbesondere derjenigen einiger Mitgliedstaaten des Europarates, im Hinblick auf die Veranstaltung einer internationalen Konferenz über die Afghanistan-Krise unternommen werden.

**Donnerstag, 1. Oktober 1981**

Tagesordnungspunkt:

**Mißhandlung von Pferden auf internationalen Transporten**

(Drucksache 4758)

Berichterstatte: Abg. Dr. Müller

**Dr. Müller (CDU/CSU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein bedeutender Mann hat einmal gesagt, der Zustand einer Zivilisation sei danach zu beurteilen, wie die Menschen in dieser Zivilisation mit den Tieren umgehen. Heute morgen befassen wir uns mit einem besonderen Tier, mit dem Pferd, und zwar mit der Behandlung der Pferde beim Transport.

Welchen Zustand haben wir heute bei uns in Europa beim Umgang mit Pferden auf dem Transport? Interessanterweise ist das eine Frage, die auch mit der technischen Entwicklung im Zusammenhang steht. Es gibt Länder, in denen Pferdefleisch eine ausgesprochene Delikatesse ist, während man in anderen Ländern dieses Fleisch nicht so schätzt. Wir wissen, daß sich ein Land wie z. B. Frankreich, in dem Pferdefleisch geschätzt wird, über Jahrhunderte hinweg selber mit diesem Fleisch versorgen konnte. Aber der technische Fortschritt brachte es mit sich, daß die Pferde bei den Bauern weitgehend verschwanden und daß an die Stelle der Pferde Traktoren traten, die man zwar auch — wie man in Deutschland sagt — „ausschlachten“ kann, wenn sie alt geworden sind, die man dann ansonsten aber nicht mehr verwenden kann.

Seit die Eigenproduktion an Pferdefleisch in Frankreich und in anderen Ländern zurückgegangen ist, während es andererseits immer noch Länder mit einem hohen Bestand an Pferden in der Landwirtschaft gibt, hat der **Transport von Schlachtpferden** zugenommen. Damit sind all die Probleme aufgetreten, mit denen wir uns heute auseinandersetzen haben. Seit etwa 20 Jahren beschäftigen sich Politiker und gemeinnützige Organisationen mit den zum Teil kriminellen Machenschaften — so möchte ich es ausdrücklich nennen —, die im Zusammenhang mit Pferdetransporten aufgetreten sind und auftreten.

Es war ein sehr bedeutender Sohn des Elsaß, der einmal gesagt hat: Die Debatte um die Pferdetransporte darf nicht verstummen; wir müssen immer wieder darauf hinweisen, wie schlimm hier mit einer Kreatur, einer Schöpfung Gottes umgegangen wird. Es war kein geringerer als Albert Schweitzer, der das ausgesprochen hat.

Wir wissen, daß man sich schon zur Zeit des Völkerbundes, in den 30er Jahren, mit der Frage des Pferdetransports beschäftigt hat. Allerdings ist es damals nicht zu einer Konvention oder zu einem Übereinkommen gekommen. Der Völkerbund hauchte

damals langsam sein Leben aus. Aber in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg hat man sich erneut mit diesem Problem beschäftigt. Es war vor allem die Beratende Versammlung des Europarates, die sich immer wieder sehr intensiv damit befaßt hat: die Resolution 134 im Jahre 1957, schließlich eine Entschließung im Jahre 1961. All das hat dazu geführt, daß ein **europäisches Übereinkommen zum Schutz der Tiere bei Transporten** geschaffen wurde. 1968 wurde es zur Unterzeichnung aufgelegt, und 1971 ist es in Kraft getreten. Diese europäische Konvention ist ein Meilenstein in der Beschäftigung mit dieser Frage, und ich möchte ausdrücklich betonen, daß sie alles enthält, was zu diesem Problem bereits ausgesagt werden muß. Wenn diese Konvention nach Wortlaut und Sinn eingehalten würde, dann wäre es nicht notwendig gewesen, daß wir uns erneut mit dieser Frage beschäftigen.

Die europäische Konvention hat hervorragende Bestimmungen, aber die Praxis zeigt leider, daß man sich nicht an sie hält. Wir haben gerade in den letzten zwei Jahren eine Fülle von Berichten bekommen — in der veröffentlichten Meinung, in den Massenmedien, durch die Fernseh- und Rundfunkanstalten —, die besagen, daß es gerade beim Transport von Pferden immer wieder zu Mißbräuchen schlimmster Art kommt.

Es gab Mißhelligkeiten unterschiedlicher Art. Ich darf nur ein Beispiel erwähnen: Man wußte, daß es bei Schiffstransporten von Pferden von Griechenland nach Italien zu ganz schlimmen Dingen gekommen ist. Schuld daran war ein altes griechisches Gesetz, wonach gesunde Pferde nicht exportiert werden dürfen, weil diese für die Kavallerie tauglich sein könnten. Man umging dieses Gesetz dadurch, daß man den Pferden absichtlich Verletzungen beibrachte, ihnen die Beine brach, die Augen austach und ähnliches; denn dann waren sie sozusagen nicht mehr kriegstauglich und durften exportiert werden. Nicht zuletzt die Arbeit des Agrarausschusses des Europarates, dessen Mitglieder sich über viele Sitzungen mit diesen Problemen befaßt haben, hat dazu beigetragen, daß hier eine positive Entwicklung eingeleitet wurde: Dieses Gesetz ist in Griechenland heute abgeschafft, es gibt dieses spezielle Problem nicht mehr. Das ist auf den Druck der öffentlichen Meinung und auch darauf, daß sich unser Ausschuß mit dieser Frage beschäftigt hat, zurückzuführen.

So bleiben heute vor allem jene Probleme, die beim **Transport von Pferden aus Polen und der Sowjetunion** quer durch Europa — in erster Linie nach Frankreich —, auftreten. Hier müssen wir zunächst immer wieder feststellen, daß die Waggonen nicht in ordnungsmäßigem Zustand sind. Es ist z. B. bekannt, daß Pferde in Waggonen transportiert wurden, in denen vorher Chemikalien befördert worden waren, ohne daß eine entsprechende Reinigung stattfand. Oft sind die Pferde nicht entsprechend angebanden. Auch die Betreuung der Pferde, also das Tränken und Füttern, entspricht nicht immer den Vorschriften.

Am wenigsten werden die Bestimmungen der Konvention beim Transport mit Lastkraftwagen beach-

tet. Eine Kontrolle ist bei diesen Transporten kaum möglich. Einen Eisenbahntransport, der sich ja auf einer bestimmten, vorher bekannten Route bewegt, kann man leichter überwachen als einen Lkw-Transport, denn dieser kann ja über verschiedene Straßen führen.

Wir wissen, daß sich auch aus der Art und Weise, wie Pferde transportiert werden — wie sie angebunden werden, wie sie aufgestellt werden —, Gefährdungen ergeben. Sogar bei Grenzkontrollen treten Gefährdungen auf, die im Grunde genommen nicht zu verantworten sind. Ich darf hier nur ein Beispiel erwähnen: Die Organe der Deutschen Demokratischen Republik schicken an der Grenze Hunde in die Pferde Transporte, um sicher zu gehen, daß sich nicht irgendwelche Flüchtlinge darin verborgen halten. Wer weiß, wie Pferde auf Hunde reagieren, der weiß auch, welche Folgen das für die dort zusammengepferchten Tiere hat.

Die öffentliche Debatte, die in den letzten zwei Jahren abgelaufen ist, hat, wie ich ausdrücklich erwähnen darf, bereits zu einigen Verbesserungen geführt. Sie hat bewirkt, daß man die Bestimmungen mehr beachtet. Die Internationale Liga zum Schutze des Pferdes, London, die sich auch sehr um die Mobilisierung der öffentlichen Meinung bemüht hat, hat eine Zusammenstellung vorgelegt, aus der sich ergibt, welche Verbesserungen in den Mitgliedsländern des Europarates inzwischen eingetreten sind. So hat man z. B. die Abfertigungsanlagen in Bebra in der Bundesrepublik Deutschland verbessert. Die Anlagen auf dem Empfangsbahnhof in Frankreich wurden verbessert. Die Kontrollen sind etwas verschärft worden. Das sind erfreuliche Anzeichen dafür, daß es beim Umgang mit den armen Schlachtpferden auf dem Transport bereits gewisse Verbesserungen gibt.

Bei den Beratungen in unserem Ausschuß haben wir lange überlegt, was man konkret zu diesem Problem bereits sagen kann. Wir sind im Grunde genommen alle der Überzeugung, daß es am besten wäre, wenn man die Tiere nicht mehr lebend transportierte, sondern sie an Ort und Stelle im Ursprungsland schlachtete. Hierzu gab es unter den Experten gewisse Meinungsverschiedenheiten. Sie bezogen sich auf die Frage, inwieweit das Fleisch nach dem Schlachten transportierbar ist, beziehungsweise wie die Qualität dieses Fleisches erhalten werden kann. Ich möchte auf diese unterschiedlichen Expertenmeinungen nicht näher eingehen.

Hinzu kommt aber, daß, wenn man dieses Ziel anstreben will, im Ursprungsland die Einrichtungen vorhanden sein müssen, um die Schlachtung an Ort und Stelle vornehmen zu können. Immerhin handelt es sich hier ja nicht um zehn, 50 oder 100 Tiere, sondern allein aus Polen werden jährlich über 100 000 Pferde nach Frankreich transportiert. In Polen sind keine Einrichtungen vorhanden, um die Tiere an Ort und Stelle zu schlachten. Diese Einrichtungen gibt es im Empfängerland, und dort würden, wenn man die Schlachtung im Empfängerland abrupt verböte, wirtschaftliche Schwierigkeiten für diejenigen auftreten, die diese Pferde bisher geschlachtet und die

Beiprodukte — wie Hufe und ähnliches — verarbeitet haben.

Auf jeden Fall sagen wir in unserer Empfehlung, Ziel sollte sein, die Schlachtung im Ursprungsland anzustreben; die Regierungen sollen aufgefordert werden, bei den Verhandlungen mit einem Land wie z. B. Polen, das ja heute besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten hat, Hilfen für die Schaffung entsprechender Einrichtungen anzubieten, so daß die Transporte lebender Pferde eines Tages ganz eingestellt werden können.

Als weitere konkrete Maßnahme schlagen wir vor, darauf hinzuwirken, daß der Transport mit Lkws über große Entfernungen eingestellt wird; einmal deshalb, weil diese Transporte nicht kontrollierbar sind, so daß man nicht weiß, ob die Bestimmungen eingehalten werden, zum anderen weil die Erfahrungen zeigen, daß es beim Lkw-Transport immer wieder zu größeren Verletzungen beziehungsweise Schädigungen der Pferde kommt: sie werden eng zusammengepfercht, sie können unterwegs nicht ausgeladen werden, bei Verkehrsstaus, Unfällen usw. kommt es zu besonderen Schwierigkeiten. All das bewirkt, daß die mit Lkws transportierten Pferde viel „streßgeplagter“ sind als die Tiere, die mit der Bahn transportiert werden. Wir haben die interessante Feststellung gemacht, daß der Transport zunehmend weg von der Bahn auf Lkws verlagert wird. Man führt das eben auch darauf zurück, daß die Kontrollen bei der Bahn strenger sind, während man solche Kontrollen beim Lkw-Transport kaum vornehmen kann. Die Importeure bzw. Exporteure gehen also den bequemeren Weg — zum Schaden der zu transportierenden Tiere.

Wir fordern deshalb in unserer Entschliebung — und das ist ein ganz wichtiger und entscheidender Schritt —, daß der Lkw-Transport über Entfernungen von mehr als 500 km generell verboten wird. Dadurch würden all die Transporte, die aus Polen, der Sowjetunion, Jugoslawien und selbst aus Dänemark nach Frankreich kommen, auf die Bahn verlagert. Das hätte übrigens auch zwei Nebeneffekte: die notleidenden Bahnlinien würden eine Unterstützung bekommen, und die Umweltschädigungen durch Lkws würden geringer werden.

Wir verlangen darüber hinaus in unserer Entschliebung, daß die drei Mitgliedsländer des Europarates, die der Konvention noch nicht beigetreten sind — nämlich Malta, Liechtenstein und Portugal —, ebenfalls der Konvention beitreten, auch wenn sie im Zusammenhang mit den Pferdetransporten keine sehr bedeutende Rolle spielen.

Ferner weisen wir darauf hin, daß es sinnvoll wäre — und die Konvention eröffnet eine solche Möglichkeit —, wenn auch Staaten, die nicht dem Europarat angehören, dieser Konvention beitreten. Es gibt einen solchen Staat — Finnland —, aber wir denken hier in erster Linie an Polen und andere Länder, die beim Pferdeexport eine ganz besondere Rolle spielen. Diese Staaten sollen aufgefordert werden, der Konvention beizutreten, damit deutlich wird, daß auch sie das Anliegen dieser Konvention vertreten wollen.

Auf die anderen Forderungen will ich hier nicht mehr eingehen; Sie können sie dem Papier entnehmen. Ich möchte aber am Schluß an alle Kollegen einen Appell richten, der in eine ganz andere Richtung geht: Auch wenn es gelingt, den Lkw-Transport von Pferden zu beseitigen, wird es immer wieder Klagen geben, daß es beim Transport von Pferden nicht der Konvention entsprechend zugeht. Deswegen appelliere ich an alle Kollegen, in ihren nationalen Parlamenten, in ihren eigenen Ländern mit dafür zu sorgen, daß die zuständigen Ministerien und Behörden eine einigermaßen ausreichende Kontrolle der Transporte sicherstellen, so daß es nicht mehr zu so bedauerlichen Vorgängen kommt, wie sie in den letzten Jahren immer wieder berichtet worden sind. Kollegen von uns haben sich das auch selber angesehen, z. B. beim Grenzbahnhof Bebra.

Hier hat der Europarat eine wichtige Aufgabe übernommen, hier kann er einen wichtigen Schritt nach vorne bewirken. Ich bin der Überzeugung, daß wir alle hier in unseren Ländern auch weiter für diese Ziele eintreten werden.

**Dr. Enders (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Pferd gilt von alters her als Freund und Gefährte des Menschen. Mit seiner Hilfe ist es gelungen, Kontinente zu überwinden und die Erde zu besiedeln. Leider muß das treue Geschöpf aber auch manche undankbare Reaktion hinnehmen und wird oft nach einem entbehrungsreichen Arbeitsleben überflüssig. Nur selten erhalten Pferde das verdiente Gnadensbrot. Meist führt ihr letzter Weg in die Schlachthäuser. Wenn es ein kurzer Weg ist, bleibt dem Tier manches Leid erspart. Es gibt jedoch genügend Beispiele dafür, daß Pferdetransporte tagelang durch mehrere Länder führen, bei denen den Tieren Schmerzen und Verletzungen zugefügt werden. Hier wird häufig gegen elementare Bedingungen des **Tierschutzes** verstoßen, und vieles liegt unterwegs hinsichtlich der Fütterung und Betreuung im argen.

Dabei braucht das Pferd unter ungewohnten Lebensbedingungen, wie sie bei einem Transport nun einmal gegeben sind, besondere Fürsorge, denn es ist ein sehr sensibles Tier, das sich Gefahren durch die Flucht entzieht und wegen seines Herdentriebes in fest bestimmten Rangordnungen lebt.

Ich begrüße es daher, daß wir vor diesem hohen Hause auf internationaler Ebene den vorzüglichen Bericht des Kollegen Müller diskutieren können, und ich hoffe, daß positive Auswirkungen von unserer Debatte ausgehen.

Zu den Übeln der Pferdetransporte gibt es bislang Stellungnahmen der Tierschutzverbände, Petitionen an nationale Parlamente, Anfragen an Regierungen, Veröffentlichungen von Presse und Rundfunk sowie Reportagen im Fernsehen. Bei allem Verständnis für das Bemühen, die Öffentlichkeit auf offensichtliche Mängel während der Tiertransporte aufmerksam zu machen, dient es der Sache meines Erachtens noch am ehesten, wenn sensationell wirkende Darstellungen vermieden werden. Ich konnte herbe Worte der Kritik und geharnischte Rügen über angebliche Mängel am Bahnhof Bebra lesen.

Da dieser Bahnhof in meinem Bundestagswahlkreis liegt, habe ich mich selbstverständlich sogleich an Ort und Stelle über die Verhältnisse informiert. Während meines Besuches konnte ich mich davon überzeugen, daß sich die Pfleger auf der neu errichteten Verladerrampe in Bebra gewissenhaft um die Pferde bemühen. Diese werden aus den Waggons geführt, gefüttert, getränkt und veterinär-medizinisch untersucht. Kranke und verletzte Tiere werden behandelt oder aussortiert, damit ihnen Strapazen und Streß auf der weiteren Reise erspart bleiben. Falls Beanstandungen aufgegriffen werden, so sind sie bestimmt nicht in den Verhältnissen am Bahnhof Bebra begründet, denn er liegt nur etwa 20 km von der Grenze entfernt und muß die Transporte aufnehmen, wie sie eben ankommen. Bevor die Pferde eintreffen, werden sie in Polen zu Sammelstellen gebracht und eine Nacht durch die DDR transportiert. Vorliegende Mängel entstehen aber außerhalb unserer Einflußnahme. Ich will keineswegs Tatbestände beschönigen oder die Schuld auf andere abwälzen. Auch bei uns gibt es Grund zu berechtigten Klagen.

Mir liegt die Schrift „Du und das Tier“, herausgegeben vom Deutschen Tierschutzbund, vom Juni 1981 vor. In einem Artikel wird darüber geklagt, daß bei der Verladung der Schlachtpferde auf dem Bahnhof München gegen gesetzliche Bestimmungen, speziell gegen die Europäische Konvention für Tiertransporte verstoßen wird, indem z. B. Tiere auf den Hinterfüßen noch Eisen tragen, indem sie anstelle des verlangten Gurthalfters ein Strickhalfter tragen, indem sie zu kurz angebunden sind und sich nicht legen können oder auch indem keine Trennwände vorhanden sind und somit Verletzungen auftreten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf dem Sektor der Tiertransporte hat sich ein grundlegender Wandel vollzogen, indem sich diese Transporte weitgehend von der Schiene auf die Straße verlagert haben. Während Mitte der 70er Jahre noch annähernd 60 000 Pferde über den Bahnhof Bebra transportiert wurden, sind es heute keine 10 000 mehr. Die Ursache dafür liegt in der zunehmenden Verwendung der Lastwagen für Tiertransporte.

Die Grenzübergangsstelle Helmstedt ist angehalten, die gesetzlichen Kontrollen vorzunehmen. Sicherlich werden auch alle anderen Anstrengungen unternommen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Aber wer weiß, wie lange die Tiere unterwegs sind und ob sie fristgerecht nach 24 Stunden gefüttert und getränkt werden. Von Polizeibehörden erfuhr ich, daß diese nur zufällig — bei Verkehrsverstößen oder Autopannen — auf Unzulänglichkeiten im Tiertransport stießen. Dazu sind die Kraftfahrer keine Pferdepfleger. Sie möchten ihre Last so schnell wie möglich wieder loswerden, und ihnen fehlen die Voraussetzungen für den Umgang mit Pferden. Schlimm wird es, wenn es zu einem Unfall auf der Straße kommt, wie es bei Lille geschah, wo Pferde mit gebrochenen Gliedern stundenlang im Straßengraben lagen.

Diese Schilderung mag Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, veranlassen, mit mir den Kollegen Müller und den Ausschuß zu unterstützen und sich dafür einzusetzen, daß die Transportbedingungen verbessert, längere Transporte im Lkw nach Möglichkeit eingeschränkt und schärfere Kontrollen und Strafen eingeführt werden. Grundlagen dafür haben wir in unserer Empfehlung gelegt. Unterstützen Sie uns durch Ihre Zustimmung zum Nutzen der hilflos ausgelieferten Kreatur!

*Schlußwort des Berichterstatters:*

**Dr. Müller (CDU/CSU):** Herr Präsident! Liebe Kollegen! Zunächst möchte ich mich recht herzlich für die Beiträge bedanken, die in dieser Debatte geleistet worden sind. Sie waren sicher dafür hilfreich, daß dieses Problem der Öffentlichkeit in noch stärkerem Maße klar und deutlich wird. Ich glaube, es ist in dieser Debatte auch zum Ausdruck gekommen, was ich schon in meinen Einleitungsworten sagte, daß die heutige Debatte nicht ein Endpunkt der Auseinandersetzung über die **Pferdetransporte**, sondern eine Zwischenstation ist, wo wir einen gewissen Fortschritt erreichen wollen. Wir alle sind ja realistische Politiker. Bei dieser Zwischenstation dürfen wir nie das Ziel aus dem Auge verlieren, das letztlich angestrebt werden muß, was im Grunde genommen die Meinung aller hier ist, daß nämlich die Schlachtung an Ort und Stelle vorgenommen werden soll, so daß dann die toten Tiere und nicht mehr die lebendigen Tiere transportiert werden sollen.

Ich möchte auch etwas aufgreifen, was nicht zum Report gehört, was aber in einigen Ausführungen erwähnt wurde. Ich glaube, diese Versammlung hat die Aufgabe, auch einige andere Probleme, die im Zusammenhang mit Tieren und Tierschutz stehen, aufzugreifen. Unsere schwedische Kollegin hat darüber gesprochen, und unser britischer Kollege hat über Tierexperimente berichtet. Das ist nicht das einzige Problem; es gibt in diesem Bereich noch weitere Probleme, z. B. auch die Tierhaltung in der Landwirtschaft. Ich glaube, mit diesen Problemen müssen wir uns auseinandersetzen, weil wir Verantwortung tragen.

Parlamentarier und Politiker neigen gelegentlich dazu, die Häupter ihrer Lieben zu zählen, wenn ich das einmal so formulieren darf. Sie denken daran, welche Wähler und welche Stimmen sie haben, auf wen sie Rücksicht nehmen müssen. Wir wissen, Tiere haben keine Stimme, sie können nicht sprechen, und sie können vor allem auch nicht abstimmen. Trotzdem haben wir Verantwortung für sie zu übernehmen, und ich bin sehr dankbar dafür, daß das auch heute in dieser Debatte in sehr ausgewogener Weise erfolgt ist.

Ich möchte noch ganz kurz Bemerkungen zu dem machen, was der verehrte Kollege Cavaliere für das juristische Komitee gesagt hat. Wir können das akzeptieren. Wir werden das Amendement übernehmen, und ich bin ihm auch für die Mitarbeit sehr dankbar.

Zum Schluß möchte ich noch eine Bemerkung anfügen. Dieses Thema — das haben wir an den Zei-

tungsberichten gesehen, von denen ich einige hier habe — wird in der Öffentlichkeit äußerst sensibel behandelt. Leider wird in diesem Zusammenhang — auch der Kollege Enders hat das erwähnt — gelegentlich Sensationshascherei betrieben. Dann werden bestimmte Ausnahmefälle zur Regel gemacht. Das dient der Sache nicht, wie ich ausdrücklich sagen möchte. Übertreibungen helfen hier gar nichts. Es ist sowieso schlimm genug, was sich abspielt. Man muß die Vorgänge nicht noch als Sensationen aufbauschen. Es kommt darauf an, sie ganz nüchtern zu sehen und mit Festigkeit in unseren nationalen Parlamenten — das möchte ich noch einmal hervorheben — auch dafür zu sorgen, daß es Fortschritte gibt, daß Konventionen eingehalten werden, daß Bedingungen überwacht werden. Das ist eine Aufgabe der einzelnen Parlamentarier.

Eine letzte Bemerkung. Ein ganz wichtiger Punkt ist, wie ich glaube, unter Ziffer 8, IX unserer Resolution angesprochen. Es soll alle zwei Jahre berichtet werden, wie sich die Lage im Bereich der Pferdetransporte darstellt und welche Fortschritte erzielt worden sind. Dies bedeutet gewissermaßen eine Mahnung mit erhobenem Zeigefinger gegenüber denjenigen, die hier Verantwortung tragen. Es darf nicht so sein, daß irgendwo ein weiterer Report abgelegt wird und im übrigen nichts getan wird. Das Problem darf im öffentlichen Bewußtsein nicht wieder eingeschlafert werden.

Jedermann soll vielmehr wissen, daß diese Versammlung in zwei Jahren prüfen wird, was geschehen ist, was verbessert wurde, und daß sie diejenigen, die dann nichts getan haben — wenn es das geben sollte —, hier vor diesem Forum erneut anklagen und zur Verantwortung ziehen wird.

#### Empfehlung 923 (1981)

#### **betr. die Mißhandlung von Pferden auf internationalen Transporten**

##### Die Versammlung

1. verweist auf ihre Empfehlung 287 (1961) betreffend den internationalen Transport von Tieren, die darauf abzielte, das Leiden von Tieren auf internationalen Transporten zu verringern;
2. ist sich der Rolle bewußt, die diese Empfehlung bei der Entstehung des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport spielte, das 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde und 1971 in Kraft trat;
3. berücksichtigt das Zusatzprotokoll zu diesem Übereinkommen, das der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Möglichkeit gibt, Vertragspartei dieses Instruments zu werden;
4. begrüßt die Tatsache, daß mit Ausnahme von drei Staaten alle Mitgliedstaaten des Europarates das Übereinkommen inzwischen ratifiziert haben und daß ein Nicht-Mitgliedstaat, Finnland, sowie die Europäischen Gemeinschaften dem Übereinkommen ebenfalls beigetreten sind;

5. ist über Berichte besorgt, denen zufolge in einigen Vertrags- und Nicht-Vertragsstaaten die Bedingungen des internationalen Transports von Schlachtpferden nicht den Bestimmungen des Übereinkommens entsprechen, was dazu führt, daß die betreffenden Tiere erheblich und unnötig leiden;
6. bringt ihre starke Betroffenheit über die Bedingungen zum Ausdruck, die — trotz einiger lobenswerten Bemühungen um Verbesserung — noch immer beim Transport von lebenden Tieren auf dem Seeweg sowie auf Schiene und Straße vor allem von der UdSSR und Polen nach Westeuropa, von Griechenland nach Italien und von den nordafrikanischen Ländern nach Südeuropa herrschen sollen;
7. stellt fest, daß See- und Bahntransporte relativ einfach zu kontrollieren sind und eine bessere Versorgung der Pferde ermöglichen, daß aber der zunehmend übliche Straßentransport, vor allem über große Entfernungen hinweg, ein noch größeres Leiden der Tiere aufgrund des Mangels an Wasser, Nahrung, Raum und angemessener Pflege verursacht;
8. empfiehlt dem Ministerkomitee:
  - i. alle Vertragsparteien dringend aufzufordern, innerhalb ihres Territoriums sicherzustellen, daß das Übereinkommen streng eingehalten wird, und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zu gewährleisten, daß dies auch in den Export- und Transitländern geschieht, die am Handel mit lebenden Pferden beteiligt sind;
  - ii. die wichtigen Export- und Transitländer wie Polen, die UdSSR, die Deutsche Demokratische Republik, Jugoslawien und die nordafrikanischen Länder aufzufordern, dem Übereinkommen gemäß Artikel 49 (i) beizutreten;
  - iii. Liechtenstein, Malta und Portugal zu ermutigen, das Übereinkommen möglichst bald zu ratifizieren;
  - iv. dem Übereinkommen ein Zusatzprotokoll hinzuzufügen, das zur Überwachung der Anwendung des Übereinkommens die Einrichtung eines ständigen Gremiums, in dem die Versammlung vertreten ist, vorsieht;
  - v. die Vertragsstaaten des Übereinkommens aufzufordern, die in Art. 47 des Übereinkommens enthaltenen Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten verstärkt zu nutzen, insbesondere im Hinblick auf Beratungen und Schlichtungsverfahren zwischen den Vertragsparteien;
  - vi. als langfristiges Ziel die vollständige Abschaffung der internationalen Ferntransporte von lebenden Schlachtpferden anzustreben und statt dessen tiefgefrorenes Pferdefleisch ein- oder auszuführen;
  - vii. gleichzeitig die negativen wirtschaftlichen Folgen abzuschwächen, die sich für die umfangreiche Schlachtindustrie ergeben wer-

den, die bereits in zahlreichen Einfuhrländern besteht;

viii. die Vertragsstaaten des Übereinkommens aufzufordern, bis zur Verwirklichung des in Absatz (vi.) erwähnten Zieles den Straßentransport über Entfernungen von mehr als 500 km zu verbieten, wodurch die Händler gezwungen würden, auf den Bahn- oder Seetransport auszuweichen;

ix. der Versammlung alle zwei Jahre über die Maßnahmen zu berichten, die aufgrund dieser Empfehlung ergriffen werden.

Tagesordnungspunkt:

### Diskriminierung von Homosexuellen

(Drucksache 4755)

Berichterstatter: Abg. Voogd

*Schlußwort des Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialordnung und Gesundheit:*

**Büchner (Speyer)** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die besonders lebhafteste Debatte und auch die vielleicht erstaunlich große Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an dieser Debatte sind wir vom Sozialausschuß natürlich besonders dankbar. Wir haben uns in sorgfältiger und langwieriger Arbeit mit diesem Problem beschäftigt, und wir haben auf der Grundlage der sehr seriösen Ausarbeitung des Kollegen Voogd zu diesem Problem auch Experten gehört und mit Betroffenen darüber gesprochen.

In dieser Debatte des Plenums ist es ebenso wie in unseren zahlreichen Beratungen im Ausschuß nicht ausgeblieben — und das konnte es auch gar nicht — daß ethische Wertungen, moralische Betrachtungsweisen, recht persönliche Anschauungen und Stellungnahmen zur **Homosexualität** eine Rolle spielen.

Ich darf Sie aber daran erinnern und noch einmal eigens darauf hinweisen, daß es darum in diesem Bericht nicht geht. Es geht nicht um Ihre persönliche moralische Ansicht über Homosexualität; die können Sie so oder so haben, und die wollen Herr Voogd und ich und andere Ihnen auch gern belassen. Es geht vielmehr darum, ob die Menschen, die sich in ihrem persönlichen Leben sexuell in dieser Weise ausrichten, weiterhin in nicht mehr vertretbarer Form durch gesetzliche Bestimmungen und mehr noch durch praktische Auswirkungen diskriminiert werden. Außerdem geht es darum, ob wir etwas dazu tun können, daß sich diese **Diskriminierung**, wenn sie schon — wahrscheinlich — nicht ganz abzuschaffen ist, wenigstens vermindert. Dies ist die Frage, die heute einzig und allein zur Entscheidung steht.

Ich bin für viele Beiträge sehr dankbar, die dies noch einmal herausgestellt haben.

Ich bin auch darauf gefaßt gewesen, daß hier jemand aufsteht und sagt: Diskriminierung ist ja gar nichts Schlimmes; damit muß man leben. Wer aber einmal mit Betroffenen gesprochen und sich ein bißchen in der Szene umgehört hat, wird wissen, wie schlimm sich Diskriminierung auf diesem Sektor für die Personen auswirkt, und wird auch wissen, daß die moralische Verurteilung, die manche von ihnen erfahren, gerade die Folgen einer solchen Diskriminierung, eines geänderten Benehmens und eines geänderten gesellschaftlichen Auftretens gegenüber Homosexuellen sind. Wir dürfen hier Ursache und Wirkung nicht verwechseln.

Wir haben auch in dieser Versammlung hinzunehmen und zu respektieren, daß hier jemand offen der Diskriminierung das Wort redet. Insofern bewährt sich die Toleranz des Europarats auch gegenüber solchen kleinen Minderheiten.

Meine Damen und Herren, wir werden über die Änderungsanträge noch sprechen. Der Ausschuß erweist sich gegenüber den vorgeschlagenen Änderungen als durchaus flexibel. Er ist auch für die Mitarbeit der Kommission für Rechtsfragen dankbar.

Lassen Sie mich aber auf eines ganz besonders hinweisen; es ist das, was Frau Kollegin Hubinek hier angeführt hat. Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Bericht eindeutig vorgesehen, daß unterhalb der Altersgrenze der Mündigkeit, die in verschiedenen Ländern verschieden ist, homosexuelle und heterosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Unmündigen bestraft werden sollen, und zwar beide in gleicher Weise. Insofern ist, wenn Sie wollen, nach unserem gemeinsamen Willen das, was Sie als Schutz bezeichnen, gewährleistet. Ich hoffe, nein, ich weiß, daß Sie diesen Schutz nicht nur auf Jugendliche und Kinder besonders ausdehnen, die, wie Sie es definieren, von Homosexualität bedroht sind, sondern auch auf diejenigen, die widerrechtlich in heterosexuelle Handlungen gezogen werden.

Wenn es aber so weit geht, daß hier noch eine weitere Personengruppe angeblich geschützt werden soll, die dieses Alter überschritten hat und die sich nicht, wie es auch in vielen Strafbestimmungen der Länder steht, in besonderer Abhängigkeit oder einem besonderen Unterordnungsverhältnis befindet, dann müssen wir Listen beibehalten bzw. verstärkt wieder einführen, Listen, in denen Erkennungsmerkmale solcher Personen festgehalten werden. Solche Listen kursieren dann und sind entscheidend für Einstellungen, für Lebenschancen, überhaupt für die weitere persönliche, berufliche, ja, eigentlich gesamt menschliche Entfaltung eines Menschen.

Ich brauche Ihnen allen nicht zu sagen, was es bedeuten würde, Listen beizubehalten oder gar neu einzuführen, nur unter dem angeblichen Grund, über die ohnehin bestehenden gesetzlichen Bestimmungen hinaus einen zusätzlichen Schutz auszuüben. Ich darf alle Kolleginnen und Kollegen noch einmal bitten, dieses Argument gründlich zu überlegen und darüber nachzudenken, ob sie nicht durch die Verfolgung des aus ihrer Sicht, wie ich meine, berechtigten Wunsches — den ich ja teile —, jeman-

den, der schutzwürdig ist und eine Altersgrenze nicht überschritten hat, von Handlungen fernzuhalten, die wir nicht wollen, ein viel wertvolleres Gut dahingeben, nämlich daß Menschen nicht auf Listen erfaßt und nach diesen Listen dann behandelt werden. Dies wäre nach meiner Ansicht eine ganz schlimme Sache. In der Geschichte hat man, wie Sie wissen, mit solchen Dingen ganz, ganz schlimme Erfahrungen gemacht.

Mein letztes Wort, Herr Präsident, muß noch einmal unserem Berichtersteller gelten. Er ist in diesem Ausschuß viel länger als ich. Er hat für uns viele, viele wertvolle Arbeiten geleistet. Er hat sie mit großem Fleiß, großer Offenheit und einer fast unüberbietbaren Hinwendung zu den Kolleginnen und Kollegen geleistet, was die Möglichkeit und die Fähigkeit betrifft, Argumente aufzunehmen und zu verarbeiten. Trotzdem bezog er in seiner politischen Haltung einen festen Standpunkt.

Wir haben alle großen Respekt vor der Person und der Persönlichkeit unseres Kollegen Joop Voogd. Wir haben ihm an dieser Stelle für sein Wirken im Ausschuß ganz herzlich zu danken. Er legt hier, wenn ich es recht überschauere, seinen letzten Bericht im Namen dieses Ausschusses vor. Das ist eine Gelegenheit, unserem Kollegen Voogd im Namen aller anderen Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, die oft und eng mit ihm zusammengearbeitet haben, unseren besonderen Dank zu sagen. Ich hoffe, daß die Arbeiten dieses Ausschusses und der Versammlung in Zukunft noch mehr von dem Geist geprägt werden, den Joop Voogd bei uns verkörpert hat. — Vielen Dank.

#### Empfehlung 924 (1981)

#### betr. die Diskriminierung von Homosexuellen

##### Die Versammlung

1. erinnert an ihr entschlossenes Eintreten für den Schutz der Menschenrechte und die Abschaffung der Diskriminierung in jeder Form;
2. beobachtet, daß trotz einiger Anstrengungen und trotz neuer, in den letzten Jahren erlassener Gesetze zur Abschaffung der Diskriminierung der Homosexuellen, diese weiterhin unter Diskriminierung und manchmal sogar unter Unterdrückung leiden;
3. ist der Auffassung, daß in den heutigen pluralistischen Gesellschaften, in denen das traditionelle Familienleben natürlich voll seinen Platz und Wert behält, Praktiken wie etwa Menschen aufgrund ihrer sexuellen Neigungen von der Ausübung bestimmter Tätigkeiten auszuschließen, sowie aggressive Handlungen gegen sie, oder die Registrierung dieser Personen, Überreste von jahrhundertalten Vorurteilen sind;
4. stellt fest, daß in einigen Mitgliedstaaten Homosexualität immer noch eine strafbare Handlung darstellt und oftmals schwere Strafen nach sich zieht;

5. ist der Überzeugung, daß alle Personen, männlichen oder weiblichen Geschlechts, die das gesetzlich vorgeschriebene Mündigkeitsalter des Landes, in dem sie leben, erreicht haben, ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung haben müssen;
6. betont jedoch, daß der Staat in Bereichen, die im öffentlichen Interesse liegen, wie z. B. der Schutz des Kindes, Verantwortung trägt;
7. empfiehlt dem Ministerkomitee:
  - i. diejenigen Mitgliedstaaten, in denen Homosexualität, selbst unter mündigen Erwachsenen, der strafrechtlichen Verfolgung unterliegt, aufzufordern, die entsprechenden Gesetze und Maßnahmen abzuschaffen;
  - ii. die Mitgliedstaaten aufzufordern, dieselbe Altersgrenze der Mündigkeit für homosexuelle und heterosexuelle Handlungen anzuwenden;
  - iii. die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen:
    - a) die Vernichtung der über Homosexuelle bestehenden Sonderkarteien anzuordnen sowie die Praxis, die Homosexuellen durch die Polizei oder irgendeine andere Behörde registrieren zu lassen, abzuschaffen;
    - b) zu gewährleisten, daß die Homosexuellen in bezug auf Beschäftigung, Bezahlung und Sicherheit des Arbeitsplatzes, insbesondere im öffentlichen Bereich, völlig gleich behandelt werden;
    - c) die Einstellung aller unter Zwang durchgeführten medizinischen Eingriffe oder Untersuchungen zu fordern, die darauf abzielen, die sexuellen Neigungen von Erwachsenen zu ändern;
    - d) sicherzustellen, daß Sorgerecht, Besuchsrecht und Unterbringung von Kindern bei ihren Eltern nicht allein aufgrund der homosexuellen Neigung eines Elternteils eingeschränkt werden;
    - e) die Leiter von Strafanstalten und anderer Behörden aufzufordern, der Gefahr von Vergewaltigungen, Gewaltakten und Sexualverbrechen in den Gefängnissen entgegenzuwirken.
3. ist überzeugt, daß die These, derzufolge die Homosexualität, gleich ob männlich oder weiblich, eine Form geistiger Verirrung ist, keine solide wissenschaftliche oder medizinische Grundlage hat und durch jüngste Untersuchungen widerlegt worden ist;
4. stellt fest, daß das Etikett „geistige Verirrung“ für die Homosexuellen eine ernsthafte Benachteiligung in ihrer gesellschaftlichen, beruflichen und insbesondere psychologischen Entwicklung darstellen und in einigen Ländern als Vorwand für repressive psychiatrische Praktiken dienen kann;
5. erkennt an, daß die Weltgesundheitsorganisation weltweit Kompetenz und Einfluß in medizinischen und psychiatrischen Kreisen besitzt;
6. fordert die Weltgesundheitsorganisation auf, die Homosexualität aus der Internationalen Klassifikation der Krankheiten zu streichen.

Tagesordnungspunkt:

### Künstliche Samenübertragung beim Menschen

(Drucksache 4776)

Berichterstatter: Abg. Tabone

**Rösch (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Es ist sehr schwer, nach einem so engagierten Beitrag hier zu sprechen. Erlauben Sie mir trotzdem einige Anmerkungen.

Erstens. Ich finde, daß die aus dem Bereich der Veterinärmedizin übernommene Formulierung der künstlichen Befruchtung eigentlich keine angemessene Formulierung und keine angemessene Bezeichnung ist. Es wäre mir lieber, man würde von der medizinischen Befruchtung sprechen; denn nach unserem Verständnis von Leben gehört dazu auch die Seele. Ein Mensch, der auf die Welt kommt, ist also durch die Existenz seiner Seele ein Mensch. Ich möchte das Wort „künstlich“ in dem Zusammenhang nicht gern anwenden.

Zweitens. Ich bin nicht der Meinung des Kollegen Cavaliere, daß das so weit wie möglich im nationalen Bereich belassen werden sollte. Ich glaube, daß es uns sehr darauf ankommen sollte, in Europa ähnliche, vergleichbare Regelungen zu haben. Denn die Erfahrung in anderen Fällen zeigt, daß es dem jeweils Wohlhabenden relativ leicht fällt, in das Land mit einer anderen Regelung zu gehen. Der Wohlhabende würde also ins Ausland gehen, während sich andere mit diesen Problemen — denken Sie als Vergleich an das Problem der Abtreibung — innerhalb der gesetzlichen Regelung ihrer Heimat auseinandersetzen müssen. Ich glaube, daß es einen sehr starken Bedarf für eine **europäische Regelung** gibt.

Ich glaube, daß wir bei diesem Thema der medizinischen Befruchtung bei allem, was wir tun, versuchen sollten, so nahe wie möglich an dem Beispiel und an

Entschließung 756 (1981)

#### betr. die Diskriminierung von Homosexuellen

##### Die Versammlung

1. bekräftigt ihren Auftrag, alle Formen der Diskriminierung und der Unterdrückung zu bekämpfen;
2. ist der Auffassung, daß alle Menschen, die das gesetzlich vorgeschriebene Mündigkeitsalter in dem Land, in dem sie leben, erreicht haben, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung haben müssen;

der Verhaltensweise der natürlichen Befruchtung zu bleiben. Wir sollten diese medizinische Möglichkeit also gegenüber dem natürlichen Vorgang weder erweitern noch verringern. Ohne jede Frage ist es wünschenswert, daß Kinder in normalen Familien, in normalen Ehen zur Welt kommen und aufwachsen. Wir wünschen, daß dieser Regelfall passiert, wie das z. B. in meinem Fall mit vier Kindern der Fall ist. Aber im Leben ist es anders, unabhängig von medizinischer oder natürlicher Befruchtung. Es passiert, daß Kinder zur Welt kommen, obwohl keine Ehe vorliegt, und es passiert auch, daß sich eine Lebensaltersdifferenz ergibt. Ich finde, wir maßen uns an, in die Selbstbestimmung des Menschen einzugreifen, wenn wir plötzlich beginnen, **Kriterien** für die **medizinische Befruchtung** aufzustellen und im Prinzip doch damit sagen: Diese Kriterien würden wir, wenn wir das könnten, am liebsten auch bei dem natürlichen Vorgang einführen. Ich sage das ganz bewußt in dieser herausfordernden Weise. Ich meine, Politiker und Staaten haben nicht das Recht, in dieser Weise einzugreifen, denn hier handelt es sich um persönliche, um individuelle Fälle. Wir sollten auch das Interesse des Eingreifens so sehr begrenzen, wie wir das wollen. Deswegen halte ich z. B. den Gedanken, daß eine Kommission zu entscheiden hat, daß andere Menschen aus den verschiedensten Ebenen von Wissenschaft und Medizin in dieser Angelegenheit gefragt werden, für inhuman, um das ganz klar zu sagen. Dies ist eigentlich eine Anmaßung, die uns nicht zusteht.

Dasselbe gilt für die Überlegung, den Samen über das Leben des betroffenen Spenders hinaus zu erhalten. So wird z. B. angeführt, in Vietnam hätten Soldaten ihren Samen hinterlassen. Meine Damen und Herren, was fangen wir denn da an? Wir machen ein kleines Loch in einen Damm, was möglicherweise fürchterliche Konsequenzen haben kann. Für mich ist die medizinische Befruchtung nichts anderes als die Hilfe in einem medizinischen Fall. Wenn wir aber Regelungen schaffen, die anders als der normale Vorgang sind, kommen wir zu Überlegungen und Gedankenwelten, in denen ich mich nicht gerne bewegen will. Stellen Sie sich einmal vor, wir lassen eine solche Überlegung zu. Geben Sie einmal dieses Gedankengut und diese Technik in die Hand von geisteskranken Rassisten. Sie können sich doch vorstellen, was dann an Theorie und an Möglichkeit herauskommt. Ich finde, wir sollten alles, was wir tun — sowohl hinsichtlich der Kriterien für die medizinische Befruchtung als auch in allen Fragen, die den Spender betreffen, und in allen Fragen, die die Dauer dieses Vorgangs betreffen —, so eng als möglich an den natürlichen Vorgang binden. Wir sollten keine Einschränkungen und keine Erweiterungen vornehmen, weil wir uns sonst ein Recht anmaßen, das uns nicht zusteht.

**Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kollegen! Das einzige Ziel meines Änderungsantrags Nr. 6 ist es, durch Streichung der Ziffer 4 zu vermeiden, daß den Regierungen der Mitgliedstaaten der Erlass einer **gesetzlichen Regelung** empfohlen wird. Ich betone ausdrücklich, daß ich es für notwendig halte, daß wir uns — ob wir den Sachverhalt als solchen wünschen

oder nicht — im Europarat mit dieser Frage befassen. Dadurch, daß wir dies tun, sind Probleme deutlich geworden, sind Ansichten abgeglichen worden; der Austausch von Erfahrungen hat für uns und für die Mitgliedstaaten viele Fragen klarer in Erscheinung treten lassen.

Ich bin auch überhaupt nicht dagegen, daß, wie dies der Bericht in Ziffer 5 tut, Grundsätze aufgestellt werden für den Fall, daß eine nationale Regierung diesen Sachverhalt regeln will. Aber ich bin dagegen, daß wir als Europarat den Mitgliedstaaten empfehlen, solche Regelungen jetzt vorzunehmen. Es ist mehrfach erklärt worden, daß die Gegebenheiten und die Grundansichten in unseren Mitgliedstaaten viel zu unterschiedlich sind, als daß wir ganz konkrete Empfehlungen geben könnten. Insbesondere aber sind die Verhältnisse zu unterschiedlich, als daß wir den Mitgliedstaaten empfehlen könnten, diesen Fragenkreis jetzt zu regeln.

Das einzige Argument, das für eine gesetzliche Regelung spricht, ist — und das ist auch angesprochen worden —, daß sich sonst die Entwicklung auf diesem Gebiet in einem Vakuum, in einem rechtsleeren Raum vollzieht. Ich akzeptiere dieses Argument. Aber, verehrte Kollegen, wir wissen doch, daß jedes Gesetz ein Eigenleben gewinnt. Natürlich wollen wir nicht — dies ist mehrfach zum Ausdruck gebracht worden — die künstliche Besamung propagieren. Aber man muß sich darüber klar sein, daß der Staat, der eine gesetzliche Regelung vornimmt, damit etwas bewirkt, was wir alle nicht wünschen; die künstliche Besamung wird auf jeden Fall erleichtert.

Ich beziehe mich hier auf eine ganze Reihe von Vordnern, die eigentlich alle gegen gesetzliche Regelungen Bedenken gehabt haben, jedenfalls Fragezeichen dahintergesetzt haben. Ich meine, wer die Probleme sieht und den Bericht akzeptiert — das tue ich durchaus —, sollte seine Ablehnung des Tatbestandes wenigstens zum Anlaß nehmen, für die Streichung der Ziffer 4 zu stimmen, die nämlich den Mitgliedstaaten eine gesetzliche Regelung empfiehlt.

Man könnte noch weitere Gründe anführen, z. B. daß wir sowieso viel zu viele Gesetze machen. Ich will jetzt auch gar nicht auf die allgemeine Erfahrung näher eingehen, daß wir Parlamentarier uns in der Rückschau sehr oft sagen: Hätten wir doch kein Gesetz gemacht! — Wir haben uns schon manchmal auf irgendwelche Tatbestände bezogen und Gesetze gemacht und nachher unsere eigenen Gesetze und deren Wirkungen nicht wiedererkannt. Das kann auch hier eintreten. Wenn jetzt plötzlich und schnell solche Gesetze gemacht werden, möglicherweise innerhalb kurzer Zeit sogar von allen Staaten, dann werden wir erleben, daß mit nicht genügender Erfahrung ein Tatbestand von höchster Bedeutung geregelt worden ist.

Ich halte zwar die Grundsätze für richtig und bin auch dafür, im Sinne einer einheitlichen Rechtsprechung hier Grundsätze zu erarbeiten. Aber ich könnte diesem Bericht jedenfalls nicht zustimmen, wenn er zum Inhalt hätte, daß wir den Mitgliedstaaten empfehlen, jetzt gesetzliche Regelungen zu treffen. Dies würde ich für grundfalsch halten. — Ich danke Ihnen.

*Schlußwort des Vorsitzenden des Ausschusses für Sozialordnung und Gesundheit:*

**Büchner** (Speyer) (SPD): Herr Vorsitzender, vielen Dank. Angesichts der Diskussion, die wir erlebt haben, angesichts der ausführlichen Aussprache, die wir im Ausschuß gehabt haben und auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich keine Ausführungen zu den Inhalten machen, sondern mich lediglich darauf beschränken, Herrn Dr. Tabone sehr herzlich für seine seriöse Arbeit zu danken, die der Materie, die uns hier sehr ernsthaft beschäftigt, sehr, sehr angemessen ist. Wir sind froh, daß wir dieses Thema in dieser Form miteinander besprechen konnten. Ich glaube sagen zu können, daß uns die Fachkenntnis und auch das Engagement von Herrn Tabone dies in ganz besonderer Weise ermöglicht haben. Wir können nur hoffen, daß jetzt ein Abstimmungsmodus gefunden wird, der es möglich macht, daß das Abstimmungsergebnis der Diskussion hier entspricht, so daß der Wille der Versammlung dann nicht durch irgendwelche Zufälligkeiten nicht zum Ausdruck kommt. Vielen Dank.

*(Fortsetzung der Behandlung des Tagesordnungspunktes am Freitag, s. S. 16)*

## Freitag, 2. Oktober 1981

Tagesordnungspunkt:

### Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 4773)

Berichterstatter: Außenminister Pierre Aubert  
(Schweiz)

*Abg. Reddemann (CDU/CSU) stellt die schriftliche Frage an den Vorsitzenden des Ministerkomitees, warum trotz der Initiativen der Versammlung und entsprechender Weisungen des Ministerkomitees an ihre Stellvertreter, unverzüglich Maßnahmen der zwischen den Mitgliedstaaten koordinierten Bekämpfung des Terrorismus zu untersuchen, keinerlei Schritte in dieser Richtung bekanntgegeben wurden und nicht einmal eine vorläufige Antwort auf die entsprechende Empfehlung 916 der Versammlung erfolgte.*

*Außenminister Aubert antwortet, auf der Sitzung des Ministerkomitees am 14. Mai 1981 hätten die Ministervertreter Weisung erhalten, umgehend einen Empfehlungsentwurf in dieser Frage an die nationalen Regierungen auszuarbeiten. Leider bestünden nach wie vor Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Regierungen, die der Verabschiedung einer Empfehlung im Wege stünden. Man müsse auf Konzessionen von bestimmter Seite hoffen.*

Tagesordnungspunkt:

### Ansprache des dem französischen Minister für Außenbeziehungen zugeordneten Ministers für europäische Angelegenheiten André Chandernagor

*Minister Chandernagor sprach aus Anlaß der Anerkennung des Artikels 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf Individualbeschwerde) durch die französische Regierung.*

Tagesordnungspunkt:

### Künstliche Samenübertragung beim Menschen

(Fortsetzung der Aussprache)

*Abstimmung über den Empfehlungsentwurf (Drucksache 4776)*

*Abg. Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU) stellt den Änderungsantrag, in der Präambel des Empfehlungsentwurfs Abs. 4 zu streichen:*

*„4. ist überzeugt, daß die Mitgliedstaaten, die die künstliche Samenübertragung zulassen möchten, diese durch gesetzliche Bestimmungen regeln müssen, da diese Lösung unzählige Vorteile gegenüber einem Rechtsvakuum bietet;“*

**Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in diesem Hause alle darüber einig, daß wir die künstliche Befruchtung nicht fördern wollen. Wir sind auch weitgehend darüber einig, daß wir die Verbreitung der künstlichen Befruchtung für unsere Gesellschaft und deren Grundlage, die Familie, für gefährlich halten. Wir können uns vielleicht auch noch darüber einigen, welche Empfehlungen wir den Staaten geben wollen, die die künstliche Befruchtung gesetzlich regeln wollen.

Uneinig aber sind wir darüber, ob wir den nationalen Regierungen zum jetzigen Zeitpunkt empfehlen sollten, die künstliche Befruchtung zu regeln. Die Uneinigkeit darüber, ob es zweckmäßig ist, daß der Europarat den nationalen Regierungen empfiehlt, diesen Tatbestand zu regeln, geht, soweit mir bekannt ist, quer durch alle politischen Gruppen dieses Hauses hindurch.

Dabei gibt es zwei Richtungen.

Die eine Richtung, die etwa von der Mehrheit des Sozialausschusses vertreten wird, ist diejenige, die es für unerträglich hält, daß künstliche Befruchtung, wenn sie stattfindet und aus ihr ein Kind hervorgeht, im rechtsleeren Raum erfolge, daß hier ein **juristisches Vakuum** bestehe, welches gefüllt werden müsse.

Dann gibt es die andere Richtung, die im wesentlichen vom Rechtsausschuß getragen wird, dort jedenfalls eine erhebliche Zahl von Befürwortern hat,

die es schon rechtstechnisch für unmöglich hält, die Probleme in Gesetzen so zu fassen, wie es dem Bericht und den Empfehlungen entspricht und wie es in Ziffer 5 dargestellt wird. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Percy Grieve, hat in der Debatte gestern abend eingehende Ausführungen dazu gemacht. Er hat an Beispielen aufgeführt, daß manches überhaupt **nicht regelbar** ist und daß manche Regelung, die empfohlen wird, unsinnig ist, solange sie nicht von Straf- oder anderen Sanktionen begleitet wird, die in Ziffer 5 nicht enthalten sind.

Schließlich gibt es aber auch diejenigen — zu denen zähle ich mich —, die zusätzlich zu den Bedenken, die Percy Grieve hier gestern vorgetragen hat, der Meinung sind, wir sollten auf eine gesetzliche Regelung überhaupt nicht drängen. Denn jede gesetzliche Regelung wird letztlich, ob wir es wollen oder nicht, die künstliche Befruchtung erleichtern und verbreiten. Jede gesetzliche Regelung wird öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Tatbestand ziehen, und in dem einzelnen Mitgliedstaat, der versucht, diesen Tatbestand auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, wird sich eine gewisse **Werbewirkung** einfach nicht vermeiden lassen. Eine gesetzliche Grundlage würde die künstliche Befruchtung erleichtern, weil derjenige, der vor der Entscheidung steht, ob er dieses Mittel anwenden soll oder nicht — egal, ob innerhalb einer Familie oder außerhalb, ob innerhalb einer Ehe oder außerhalb —, durch eine gesetzliche Regelung dazu veranlaßt werden könnte, hiervon leichter Gebrauch zu machen, als er es täte, wenn es eine gesetzliche Grundlage nicht gäbe.

Angesichts des von mir aufgezeigten Widerspruchs hinsichtlich der Frage, ob wir den Mitgliedstaaten die Einführung gesetzlicher Regelungen empfehlen sollten — dieser Widerspruch geht, ich wiederhole es, quer durch alle politischen Gruppierungen dieses Hauses —, meine ich, daß wir durch die Streichung der Ziffer 4 einen Kompromiß finden könnten; denn nur die Ziffer 4 äußert die Überzeugung des Europarats, daß die Mitgliedstaaten den Tatbestand gesetzlich regeln sollten.

Wenn Ziffer 4 gestrichen wird — das ist der Inhalt meines Antrags —, dann bleibt zwar Ziffer 5 bestehen, über deren Inhalt wir uns nachher im Zusammenhang mit Änderungsanträgen noch unterhalten werden und deren Inhalt wir dann bestimmen wollen, aber dann wird Ziffer 5 relativiert. Denn Ziffer 5 hat nur für die Staaten Bedeutung, die eine gesetzliche Regelung vornehmen wollen.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind darüber einig — das sagt jedenfalls der Bericht aus —, daß wir den Inhalt der Regelung den Mitgliedstaaten überlassen wollen. Viel zu unterschiedlich sind die Auffassungen, viel zu unterschiedlich sind die Gegebenheiten. Aber dann, so meine ich, sollten wir auch nicht hingehen und die Mitgliedstaaten dazu auffordern, eine gesetzliche Regelung zu finden.

Wenn Sie meinem Antrag folgen — darum, verehrte Kollegen, möchte ich bitten —, dann wird ungeachtet unserer Uneinigkeit über den Inhalt von Ziffer 5 diese Ziffer relativiert. Die Regelung wird völlig den Mitgliedstaaten überlassen.

Aus dem genannten Grund — meine Redezeit ist zu Ende — möchte ich Sie herzlich bitten, einen Kompromiß auf dem Wege zu suchen, daß wir keine Empfehlung an die Mitgliedstaaten aussprechen, diese Materie schon jetzt zu regeln, sondern daß wir es einfach bei der Aufstellung gewisser Grundsätze belassen. — Ich danke Ihnen.

**Büchner** (Speyer) (SPD): Herr Präsident, der Ausschuß für Soziales und Gesundheit hat sich über ein Jahr lang sehr detailliert und verantwortungsbewußt — mit Anhörungen und zahlreichen ausgedehnten Diskussionen — mit diesem Text beschäftigt, wobei letzten Endes auch schwierige Kompromisse eingegangen worden sind. Wir haben einen Textentwurf vorgelegt, der vom Ausschuß ohne Gegenstimmen bei drei Enthaltungen verabschiedet worden ist. Wir haben auch hier in dieser Versammlung feststellen können, daß die Kontroversen zu einzelnen Punkten eigentlich unabhängig von politischen Richtungen sind. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es sinnvoll wäre, jetzt, wo wir eigentlich damit am Ende sind und einen kompromißfähigen Text haben — sofern der eine oder andere Kollege bzw. die eine oder andere Kollegin ein klein bißchen von einer ganz starren Haltung bei dem einen oder anderen Punkt abgeht —, die ganze schwierige Prozedur noch einmal zu beginnen. Ich glaube nicht, daß das Haus damit der Verantwortung, die ihm in dieser wichtigen und schwierigen Frage zukommt, gerecht werden würde.

*Aufgrund umstrittener Abstimmungsergebnisse bei den Änderungsanträgen beantragt Abg. Reddemann namentliche Abstimmung über den gesamten Empfehlungsentwurf (Drucksache 4776). Dem Antrag wird stattgegeben.*

*Der Empfehlungsentwurf wird in namentlicher Abstimmung mit 43 : 41 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.*

Tagesordnungspunkt:

### **Ansprache des französischen Justizministers Robert Badinter**

**Jäger** (Wangen) (CDU/CSU): Herr Minister, auch als deutscher Christdemokrat möchte ich die französische Regierung zu ihrem Entschluß beglückwünschen, durch die Einführung der Individualbeschwerde für Frankreich eine große Lücke in der Rechtslandschaft Europas zu schließen und die Menschenrechte durch diesen Schritt ein entscheidendes Stück vorwärtsgebracht zu haben.

Sie selbst, Herr Minister, haben aber in der Rede, die Sie hier gehalten haben, auch den von den Vereinten Nationen beschlossenen internationalen Weltpakt über bürgerliche und politische Rechte erwähnt. Diese für viele europäische Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Menschenrechtskonvention sind, außerordentlich wichtige internationale Menschenrechtsvereinbarung enthält ebenfalls die Möglichkeit, durch Beitritt zu einem Fakultativprotokoll den Bürgern das Recht der Individualbeschwerde einzuräumen.

Darf ich, was die Frage der Europäischen Menschenrechtskonvention betrifft, aus dem erfreulichen Handeln der französischen Regierung schließen, daß wir mit Anstrengungen Ihrer Regierung rechnen dürfen, die auf eine weltweite Förderung der Unterzeichnung und Ratifikation des Fakultativprotokolls zum **internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen** hinauslaufen? Die Beantwortung dieser Frage, Herr Minister, würde mich sehr interessieren.

*Justizminister Badinter bejaht die Frage ohne Einschränkung.*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Minister, ich habe Ihren langjährigen sehr persönlichen Kampf gegen die Todesstrafe immer mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, und ich freue mich, daß ich Ihnen, obwohl ich politisch sonst kaum Ihrer Meinung bin, hier an dieser Stelle herzlich zu dem Erfolg gratulieren kann, den Sie in der Nationalversammlung erlebt haben.

Ich möchte noch eine andere Frage stellen, die möglicherweise das Verhältnis Frankreichs zu den übrigen europäischen Staaten belasten könnte. Sie schicken sich im Augenblick an, eine umfangreiche Veränderung Ihres Wirtschafts- und Sozialsystems vorzunehmen. Sie halten dies für einen Fortschritt; viele in diesem Haus sehen es als einen Rückschritt an. Ich möchte mit Ihnen nicht darüber streiten. Meine Regierung und unser Parlament werden inzwischen mit Anfragen betroffener deutscher Bürger überschüttet, die die Sorge haben, die **Entschädigung für Enteignungen in Frankreich** könnte nicht dem tatsächlichen Wert der enteigneten Güter entsprechen. Ich wäre dankbar, wenn Sie bereits vor dieser Versammlung eine Erklärung abgeben könnten, wie sich Ihre Regierung diese Entschädigung denkt, damit wir in dieser Versammlung nicht eines Tages eine Auseinandersetzung darüber haben müssen, wieweit sich Frankreich an die Regeln gehalten hat, die in diesem Rat oder die in der Europäischen Gemeinschaft gelten.

*Justizminister Badinter erwidert, das französische Recht sehe eine gerechte und vorherige Entschädigung vor.*

Tagesordnungspunkt:

### **Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Kabelfernsehen und der Direktübertragung von Rundfunk- und Fernsehsendungen durch Satelliten**

(Drucksache 4756)

Berichterstatter: Abg. Stoffelen

**Rösch (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Herr Blaauw hat für die liberale Gruppe eben Grundsätze vorgetragen. Zusammen mit den Ausführungen des Kollegen Margue hinsichtlich der nationalen Angst, die aus dem Bericht durchscheint,

also der Angst, nun könne man nicht mehr eine Politik im Rahmen der eigenen Grenzen machen, zeigt das doch, wie notwendig es ist, in diesem Bereich so früh und so rechtzeitig wie möglich eine europäische Gesetzgebung oder eine europäische Regelung folgen zu lassen.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung der Technik der Information war gleichzeitig — beinahe synchron — eine Entwicklung hin zur größtmöglichen Freiheit für die größtmögliche Zahl von Menschen. Die Gewinnung von Freiheitsrechten, von Demokratie in Europa ist ohne die **Entwicklung von Medien** undenkbar. Deswegen glaube ich, daß diese hinter der Argumentation versteckte oder erscheinende Angst, ein Mensch könne zuviel wissen oder zuviel erfahren oder man könne ihn von seiten des Staates zuwenig beeinflussen, ungerechtfertigt, wie ich glaube, sogar anmaßend ist.

Denn, meine Damen und Herren, was hätte man bei der Einführung der neuen Drucktechnik, der neuen Technik, Bücher zu drucken, denn Treffliches formulieren können? Man hätte sagen können, dadurch, daß man Bücher drucken könne, könne man Pornographie verbreiten. Man hätte sagen können, daß die Menschen schlechte Augen bekommen, wenn sie so kleine Buchstaben lesen. Man hätte sagen können, daß die Menschen, wenn sie plötzlich so viel läsen, nicht mehr miteinander reden würden. Nun, diese Darstellung erscheint fast wie ein Witz. Aber man hätte solches gegen das Buch einwenden können, und dasselbe könnte man im Prinzip auch in der heutigen Zeit sagen.

Nein, ich meine, wir sollten Vertrauen zum Menschen haben. Ein solches Vertrauen gibt auch eine Hoffnung, nämlich die Hoffnung, daß über die weitere **Vergrößerung und Verbreitung von Information** gute Möglichkeiten gegeben werden, daß die Freiheit des Menschen, vor allem seine Freiheit, sein Schicksal selber zu bestimmen, zunimmt.

Denken Sie nur daran, daß es vielleicht möglich sein wird, über internationalere Programme bestimmte Entwicklungen abzubauen. Information baut z. B. auch Vorurteile ab, verringert Gefahren wie Rassismus und verringert die Möglichkeit, Menschen zu manipulieren.

Wenn aus allen Bereichen Informationen eingeholt werden können, dann wird es für nationale oder regionale oder auf ein bestimmtes Gebiet bezogene Diktatoren oder diktatorische Systeme einfach nicht mehr möglich sein, Menschen so zu manipulieren, wie sie das in der Vergangenheit getan haben.

Ich meine also, daß eine große Chance darin liegt. Bei der Gelegenheit möchte ich sagen, wir sollten uns davor hüten, den Menschen das Recht zu nehmen, auf den Knopf zu drücken. Wo steht denn geschrieben, daß ein Mensch fernsehen muß? Er hat doch das Recht des Ausschaltens, und nach meiner Meinung sollten wir ihm da viel Vertrauen geben.

Ich glaube, daß der Bericht der Kommission noch einen weiteren Mangel aufweist. Er konzentriert sich nach meiner Auffassung zu sehr auf die Darstellung der Satelliten, und er sieht nicht die gute Kombina-

tion, die zwischen Satelliten und Kabel möglich ist. Auf der einen Seite bedauert er, daß das Satellitenfernsehen eine großformatige Information mit sich bringt. Das heißt, hohe Einschaltquoten sind notwendig, um hohe Kosten zu decken, wobei ängstliche Rückschlüsse auf das dort mögliche Programm und die überproportional vertretene Werbung mitspielen. In dem Bericht wird dabei übersehen, daß z. B. das Kabel die Möglichkeit einer viel differenzierteren, viel regionaleren, viel kommunikativeren Lösung mit sich bringt. In der Kombination wäre es möglich, Informationen aus der ganzen Welt zu bekommen, wobei man das zusammen mit ganz regionalen, ganz eigensprachlichen, wenn Sie so wollen, Informationen haben könnte. Da sehe ich eine enorme Erweiterung und Möglichkeit und nicht die Angst, daß wir mit unseren regionalen und nationalen Unterschieden in einer Massenkultur untergehen. Im Gegenteil wird eine große Möglichkeit gegeben sein, gegenseitig eine neue Entwicklung einzuleiten und das alles zu erweitern.

Verehrte Kollegen, seien Sie also nicht so ängstlich und bevormundend gegenüber der Freiheit des Menschen! Haben Sie Vertrauen dazu! Sie wissen aus der Geschichte, daß die Entwicklung der Technik im Informationswesen immer dazu beigetragen hat, die Freiheit des Menschen zu vergrößern. Es gilt, dies auch bei dieser Technik zu vertreten.

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich darf zunächst — dies freut mich — den ersten Teil des Berichts unseres Kollegen Stoffelen durchaus als lobenswert bezeichnen. Ich glaube, es ist eine glänzende Zusammenfassung der juristischen und technischen Formen des Rundfunk- und Fernsehwesens im freien Teil Europas. Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich in dem Rundfunkrat, in dem ich selbst sitze und eine Stimme habe, diesen Teil des Berichts gern und mit Vergnügen verbreiten werde, weil eine solche Zusammenfassung in derart glänzender Form gefehlt hat.

Ich darf zum zweiten sagen, daß ich in einem weiteren Teil mit dem Berichterstatter voll übereinstimme, nämlich wenn er erklärt, daß die Vervielfachung des Angebots an Sendungen ein wichtiger Fortschritt für alle unsere Völker sei. In der Tat!

Ich finde es auch noch verständlich, daß Herr Stoffelen zunächst einmal eine Reihe von Bedenken formuliert. Denn selbstverständlich sind bei einer derart neuen und wichtigen Form der Massenmedien Bedenken angebracht, und man muß all diesen Bedenken natürlich auch nachgehen. Immerhin muß ich fragen, ob die Gewichtung richtig vorgenommen worden ist, und hier melde ich allerdings — ebenso wie unsere liberalen Kollegen — Zweifel an. Dabei möchte ich drei Punkte herausstellen:

Erstens. In Ziffer 12 des Empfehlungsentwurfs wird es als Gefahr bezeichnet, daß in einen großen Teil Europas die gleichen Programme ausgestrahlt werden können. Meine Damen und Herren, ich frage mich: Wo sind wir hier, im Gemeinderat von Kleinkleckersdorf oder im Europarat, wie können wir es als eine Gefahr betrachten, wenn man in weiten Teilen Europas zur selben Zeit das gleiche Programm

sehen kann?! Ich meine, der Text beschert uns merkwürdige Aussage.

Diese Aussage steht auch im Widerspruch zu dem, was in der Einleitung des Berichts enthalten ist, w nämlich ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß diese großen Programme — die auf der anderen Seite nicht so gut sein sollen — doch einen Beitrag zur kulturellen und intellektuellen Vielfalt auf unserem Kontinent leisten können. Eines kann nur richtig sein, beides zusammen ist kaum möglich.

Der zweite Punkt betrifft etwas, was der Kollege Margue bereits erwähnt hat. Er sprach vorsichtig von einer nationalen Komponente. Ich möchte meinerseits sagen, mir klingt es fast wie eine nationalistische Komponente, wenn ich im Bericht lese, Radiozuhörer und Fernsehzuschauer könnten dem Einfluß **ausländischer Regierungspropaganda** ausgesetzt sein. Lieber Herr Stoffelen, ich möchte fast sagen: um Himmels willen! Kann es denn die Aufgabe des Europarats, kann es die Aufgabe nationaler Regierungen sein, den mündigen Bürger davor zu schützen, daß er im Fernsehen oder im Rundfunk die Propaganda einer anderen Regierung erlebt? Dies ist doch eher — entschuldigen Sie, wenn ich diese Formulierung gebrauche — Betreuungssozialismus. Dies kann doch nicht im Sinne der wirklichen Freiheit des mündigen Bürgers sein. Ich möchte sogar fragen: Sind wir in der Zeit von Metternich oder Guizot? Überlassen wir doch solche Vorstellungen den reaktionären Regimen der Staaten des Warschauer Pakts!

Das dritte, was mich stutzig gemacht hat, ist, daß man etwas leichtfertig über die **Qualität der Programme** künftiger Sender gesprochen hat, so als sei es ausgemacht, ja geradezu verpflichtend, daß die Sendungen, die von Satelliten oder Kabel übertragen werden, sehr viel schlechter sein müssen als das, was wir bisher auf unseren Bildschirmen oder über die Radiokanäle erleben.

Wenn ich im Bericht lese, diese neuen Sender könnten „praktisch ohne irgendwelche Änderung mit der Ausstrahlung eines amerikanischen Fernsehprogramms beginnen“ und wenn das als eine entsetzliche Gefahr für die europäische Kultur hingestellt wird, muß ich mir, lieber Herr Kollege Stoffelen, die Frage stellen: Haben wir nicht dieselbe Art von Seifenopern längst in unseren Programmen, die in nationalen Sendeanlagen erarbeitet worden sind? Können wir hier nicht ein bißchen weniger überheblich sein?

Ich muß die Frage stellen: Wieso sollen die künftigen Programme eigentlich zwangsläufig schlechter sein? Wir haben doch eine ideale Situation in Großbritannien, wo auf der einen Seite die BBC existiert und auf der anderen Seite das kommerzielle Fernsehen vorhanden ist. Ich gebe Ihnen den Rat, einmal nachzulesen, was Mr. Green, immerhin einer der Schöpfer der modernen BBC, zu dieser Sachlage erklärt hat. Er wies nämlich darauf hin, daß gerade die Konkurrenz der beiden Unternehmen beide Sendeanstalten dazu zwang, das Niveau zu heben, und daß auf diese Weise überhaupt erst eine Verbesserung des Programms der BBC erreicht wurde.

Ich weise darauf hin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, daß alle Zeitungen und Zeitschriften innerhalb unserer demokratischen Staaten auf kommerzieller Basis aufgebaut sind und wir trotzdem eine außerordentlich gute Differenzierung zwischen hochseriösen und kaum seriösen Blättern haben. Angesichts dessen stelle ich mir die Frage, warum Sie, verehrter Herr Berichterstatter, meinten, daß von 16 Programmen, die ausgestrahlt werden könnten, 15 dann qualitativ schlecht wären.

Ich begrüße — dies möchte ich zum Schluß ausdrücklich sagen — die Forderung des Herrn Berichterstatters nach einer ständigen europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der neuen Kommunikationsmittel. Ich sage aber zugleich: Es wäre mir lieber gewesen, wenn in der Entschließung, die wir hier verabschieden sollen, ein Hinweis auf Art. 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention gestanden hätte, der nämlich das Prinzip der Informationsfreiheit über die Grenzen hinweg beinhaltet. Ich glaube, wir hätten uns einen Teil unserer Debatte heute sparen können, wenn dieser Punkt an den Anfang der Überlegungen gestellt worden wäre. Dann hätte sich ein Teil dessen, was wir hier lesen mußten, gar nicht in der Entschließung wiedergefunden. — Ich danke Ihnen.

*In zwei Änderungsanträgen schlägt Abg. Reddemann die Streichung der im nachstehenden Text der Empfehlung mit 12 und 13 ii — iv bezeichneten Absätze vor. Diese Anträge werden von der Versammlung abgelehnt.*

*Nach der namentlichen Abstimmung über die nachstehende Empfehlung 926, die mit 59 : 10 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen wurde, geben Abg. Reddemann und Rösch folgende Erklärungen zur Stimmabgabe:*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Ich möchte zur Abstimmung ebenfalls eine kurze Erklärung abgeben.

Ich habe in der vergangenen Woche zwei Änderungsanträge gestellt, die allerdings von der — damals sehr geringen — Mehrheit der Versammlung abgelehnt wurden.

Der Herr Berichterstatter hat mit mir dankenswerterweise ein Gespräch über meine Vorstellungen geführt. Das Gespräch erbrachte heute das Ergebnis, daß der Vorsitzende des Rechtsausschusses dieser Versammlung eine verbindliche Interpretation des Entwurfs von Herrn Stoffelen vorlegte. Ich bin bezüglich meiner Bedenken also wenigstens zum Teil zufriedengestellt worden, muß aber gestehen, daß mir ein Teil der Tendenz des Berichts immer noch fragwürdig erschien.

Aus diesem Grunde konnte ich trotz des Entgegenkommens des Herrn Berichterstatters und trotz des Entgegenkommens des Herrn Vorsitzenden des Rechtsausschusses meine Zustimmung nicht geben. Ich habe meine Ablehnung daher in eine Enthaltung gemildert.

**Rösch (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich stelle zur Abstimmung fest, daß nunmehr die Zu-

stimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik notwendig ist, wenn wir von unserem Boden aus über Satellit in ihr Gebiet ausstrahlen. Ich stelle dies fest und bedaure es sehr und hoffe, daß sich die Regierung der Bundesrepublik daran nicht hält.

#### Empfehlung 926

#### **betr. Fragen im Zusammenhang mit dem Kabelfernsehen und der Direktübertragung von Rundfunk- und Fernsehsendungen durch Satelliten**

##### Die Versammlung

1. hat den Bericht ihres Rechtsausschusses (Dok. 4756) und die Stellungnahme ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung (4782) erörtert;
2. vertritt die Ansicht, daß technologische Innovationen wie z. B. die Direktübertragung von Rundfunk- und Fernsehsendungen durch Satelliten, das Kabelfernsehen sowie die Programmverteilung über Kabel einen bedeutenden Einfluß auf die nationalen Rundfunk- und Fernsehsysteme der Mitgliedstaaten des Europarates ausüben werden;
3. begrüßt die Tatsache, daß der Satellitenfunk eine Vervielfachung des Angebots an Rundfunk- und Fernsehsendungen ermöglicht und ausgezeichnete Gelegenheiten für die Entwicklung einer ständigen europäischen Zusammenarbeit in diesen Bereichen bieten wird;
4. verweist auf ihre zahlreichen Berichte über Massenmedien und insbesondere ihre Empfehlungen 747 (1975) betr. die Pressekonzentrationen, 748 (1975) betr. Rolle und Management des Fernmeldewesens in einer demokratischen Gesellschaft und 834 (1978) betr. die Bedrohungen der Freiheit von Presse und Fernsehen;
5. wiederholt insbesondere unter Bezugnahme auf die letztgenannte Empfehlung:
  - die Überzeugung, „daß die Freiheit von Presse und Fernsehen als fundamentaler Bestandteil der Meinungsfreiheit eine unerläßliche Voraussetzung für jedes demokratische politische System ist, und daß der Europarat deshalb zur Sicherung dieser Freiheit beitragen muß“;
  - die Forderung, daß „sofern dies noch nicht geschehen ist, nationale Gesetze verabschiedet werden, die die Ausstrahlung von Sendungen über Satelliten und Kabel sowie durch örtliche Rundfunk- und Fernsehstationen regeln“;
  - die Ansicht, daß „für die Redaktionsmitglieder der Presse sowie der audiovisuellen Medien auf nationaler Ebene und auf der Grundlage von Richtlinien des Europarates Statuten ausgearbeitet werden sollten, die dazu beitragen könnten, die Meinungs- und Informationsfreiheit zu garantieren“;
6. vermerkt, daß Belgien, Dänemark, Italien, Kanada, die Niederlande, Österreich, die Schweiz,

- Spanien und das Vereinigte Königreich unter Aufsicht der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) zusammenarbeiten, um 1985 einen europäischen Rundfunk- und Fernsehsatelliten (L-sat) zu starten;
7. stellt fest, daß Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland bereits beschlossen haben, Einrichtungen für die Ausstrahlung von Rundfunk- und Fernsehsendungen über nationale Satelliten zu schaffen, während andere Staaten, wie Italien und das Vereinigte Königreich, diese Möglichkeit untersuchen;
  8. stellt fest, daß Schweden den Start des voroperationellen Versuchssatelliten Tele-X für 1986 plant und daß die fünf nordischen Länder an einem gemeinsamen System zur Übertragung von Rundfunk- und Fernsehsendungen, dem sogenannten Nordsat-Projekt, arbeiten;
  9. stellt fest, daß mehrere Privatgesellschaften die Direktübertragung kommerzieller Fernsehsendungen durch Satelliten in den nächsten zwei bis drei Jahren planen;
  10. vermerkt, daß die weltweite Funkverwaltungskonferenz (WARC) sich im Jahre 1977 auf das Prinzip nationaler Ausleuchtungszonen für den Satellitenfunk mit minimalen Einstrahlungen der Satelliten in die Gebiete anderer Länder geeinigt hat, daß aber bedeutende „Überstrahlungen“ trotzdem unvermeidlich sind;
  11. betont, daß die über Satelliten ausgestrahlten Fernsehsendungen, die für einen bestimmten Staat in Mittel- oder Westeuropa vorgesehen sind, aufgrund der Überschneidung der Versorgungsellipsen von mindestens 25 Millionen Haushalten außerhalb des Territoriums dieses Staates empfangen werden können;
  12. vertritt die Ansicht, daß gemäß den Beschlüssen der WARC alle über Satelliten ausgestrahlten Sendungen der vorherigen Zustimmung des Staates bedürfen, für dessen Territorium diese Sendungen in erster Linie bestimmt sind;
  13. vertritt die Ansicht, daß diese Entwicklung folgende Gefahren mit sich bringt:
    - i. die nationalen Gesetze könnten umgangen werden, denn die Mitgliedstaaten des Europarates werden Schwierigkeiten haben, ihre nationalen Gesetze auf ausländische Fernsehsendungen anzuwenden;
    - ii. die Urheberrechte der Schriftsteller, Komponisten und Künstler könnten insbesondere durch das Kabelfernsehen beeinträchtigt werden;
    - iii. die Unabhängigkeit der Programmgestalter gegenüber dem Staat und kommerziellen Interessen könnte sehr viel mehr als bisher gefährdet sein und die Ausübung der Meinungsfreiheit könnte dadurch in verstärktem Maße eingeschränkt werden;
    - iv. die gleichen Programme könnten in einem großen Teil Europas ausgestrahlt werden und die Gefahr würde bestehen, daß insbesondere aufgrund der Verschlechterung der Finanzlage der derzeitigen Rundfunkanstalten und durch den Wettbewerb um die Zuschauer die intellektuelle und kulturelle Vielfalt in den Mitgliedstaaten des Europarates abnimmt;
  14. vertritt die Ansicht, daß aufgrund dieser Gefahren und wegen der raschen technologischen Entwicklungen eine Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten dringend erforderlich ist, um die rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit der Ausstrahlung von Fernsehsendungen über Satelliten und Kabelnetze zu lösen;
  15. vertritt die Ansicht, daß die Maßnahmen, die auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu ergreifen sind, eher die Ausstrahlung als den Empfang von Sendungen betreffen und folgendes umfassen sollten:
    - i. Garantien für die Anwendung der nationalen Gesetze zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und Sitten und für die Anwendung des Strafrechts;
    - ii. wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Werbung die nationalen und internationalen Bestimmungen respektiert;
    - iii. die Auflage, daß die an kommerzielle Gesellschaften oder ausländische Regierungen verkauften Fernsehkanäle denselben Vorschriften unterliegen müssen wie die nationalen Rundfunkanstalten;
  16. verweist auf die Entschließung Nr. III betr. die kulturelle Entwicklung und die elektronischen Medien, die von der dritten Konferenz der europäischen für Kulturfragen zuständigen Minister (Luxemburg 1981) angenommen wurde;
  17. ist darum bemüht, die Urheberrechte der Schriftsteller, Komponisten und Künstler wirksam zu schützen;
  18. vertritt die Ansicht, daß weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten, um folgendes zu schützen:
    - i. die Unabhängigkeit der Programmgestalter gegenüber dem Staat;
    - ii. die Unabhängigkeit der Programmgestalter gegenüber Kapitalgebern und Auftraggebern von Werbesendungen;
    - iii. eine klare Trennung zwischen Programmen und Werbesendungen;
    - iv. die Integrität der kommerziellen Information durch das strikte Verbot von Schleichwerbung oder irreführender Werbung sowie unterschwelliger Beeinflussung;
  19. vertritt die Ansicht, daß es zur Erhöhung oder zum Schutz der Vielfalt der Fernsehsendungen angezeigt sein kann:
    - i. Maßnahmen zu ergreifen, die den Zugang aller politischen, sozialen und kulturellen Kräfte zu den elektronischen Medien unter gerechten und gleichen Bedingungen gewährleisten;

- ii. die Zweckmäßigkeit und die Möglichkeiten einer zusätzlichen Finanzierung der Rundfunkgesellschaften und der Fernsehsendungen durch öffentliche Mittel zu untersuchen;
20. erinnert an das Europäische Übereinkommen zur Verhütung von Rundfunksendungen von Stationen außerhalb nationaler Hoheitsgebiete (1965);
  21. erinnert ferner daran, daß der Europarat, in dem fast alle freien und demokratischen Staaten Europas vertreten sind, für die Behandlung dieser Fragen ganz besonders geeignet ist und daß er bereits einige Probleme im Rahmen seines intergouvernementalen Lenkungsausschusses für die Massenmedien und in denjenigen Ausschüssen untersucht hat, die sich mit den diesbezüglichen technologischen, wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und menschenrechtlichen Aspekten befassen;
  22. empfiehlt dem Ministerkomitee:
    - a. den Lenkungsausschuß für die Massenmedien zu beauftragen, unter Konsultation anderer beteiligter Lenkungsausschüsse die Probleme zu untersuchen, die das Kabelfernsehen und insbesondere die Direktübertragung von Radio- und Fernsehsendungen durch Satelliten aufwerfen, um zu einem europäischen Übereinkommen zu gelangen:
      - i. über die künstlerische Unabhängigkeit der Programmgestalter gegenüber dem Staat und kommerziellen Interessen;
      - ii. über eine konkrete Zusammenarbeit im Rechtsbereich, möglicherweise in Form eines Übereinkommens;
      - iii. über Maßnahmen, um die Öffentlichkeit und insbesondere junge Menschen in die Lage zu versetzen, die betreffenden Medien einzuschätzen und zu bewerten;
      - iv. über Urheberrechte und Tantiemefragen;
      - v. über einen Vorschriftenkodex in bezug auf den Inhalt der Programme, der ebenfalls von den Rundfunkanstalten akzeptiert werden kann;
    - b. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, ihre nationalen Gesetze über die Ausstrahlung von Rundfunk- und Fernsehsendungen und das Kabelfernsehen zu überprüfen, um festzustellen, ob sie mit den oben genannten Prinzipien übereinstimmen, und sie gegebenenfalls an diese Prinzipien anzupassen.

**Samstag, 3. Oktober 1981**

Tagesordnungspunkt:

**Der Beitrag des Europarates zum Internationalen Jahr der Behinderten**

(Drucksache 4754)

Berichtersteller: Abg. Grussenmeyer

**Jäger** (Wangen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Kollegen! Auch ich möchte die Kommission für Sozialordnung und Gesundheit zum Bericht und zu der ausgezeichneten Empfehlung beglückwünschen, die sie zum Thema der Situation der Behinderten vorgelegt hat. Ich glaube, daß dieser Bericht, der von allen Interessierten, aber auch von der Fachwelt mit großem Interesse gelesen und zur Kenntnis genommen werden dürfte, einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, daß das Bewußtsein in den nationalen Parlamenten, bei den nationalen Regierungen und bei allen betroffenen Behörden, insbesondere bei den Kommunen, für die Belange der Behinderten gestärkt wird und daß von daher auch die Maßnahmen verbessert und intensiviert werden, die in diesen Empfehlungen vorgeschlagen werden. Ich brauche aus diesem Grunde hier nichts zu diesen Maßnahmen im einzelnen zu sagen, sondern ich möchte mir zunächst, ohne formelle Vorschläge zu machen und Anträge zu stellen, noch drei Anregungen an die Kommission erlauben.

Die erste Anregung betrifft ein spezielles Problem. Die **Rollstuhlfahrer**, die in diesem Bericht erwähnt werden und für die vorgeschlagen wird, daß ihnen der Zugang zu den Gebäuden öffentlicher Behörden und Dienststellen, aber auch anderer Gebäude erleichtert werden soll, sind auch bei der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel besonders benachteiligt. Wenn man mit ansieht, wie sich Rollstuhlfahrer quälen müssen, um auch nur in einen Zugwagen oder in einen Omnibus zu gelangen, so erkennt man, daß sich hier ein weites und wichtiges Gebiet auftut, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit richten möchte.

Die zweite Anregung betrifft einen kleinen, aber besonders benachteiligten Personenkreis, nämlich den Personenkreis der sogenannten **Gehörlosen**. Das sind also jene benachteiligten Mitbürger, die nicht in der Lage sind, zu hören und sich in der menschlichen Sprache auszudrücken. Diese Gehörlosen haben viele Probleme, zu denen ich jetzt nicht im einzelnen Stellung nehmen möchte. Ich möchte Sie nur auf zwei Anregungen aufmerksam machen, die von seiten dieser Gehörlosen immer wieder vorgebracht werden, aber bis heute nicht verwirklicht sind. Das eine betrifft ihre Möglichkeit, dadurch an der öffentlichen Kommunikation teilzunehmen, daß sie dem Fernsehen folgen. Sie wünschen, daß ihnen bei den wichtigsten Nachrichtensendungen durch Bildunterschriften das Mitlesen des Inhalts ermöglicht wird. Dies würde zweifellos ihre Teilnahme am öf-

fentlichen Leben entscheidend verbessern. Zweitens wünschen sie ermäßigte Gebühren für die sogenannten Schreibtelefone, die durch die Umständlichkeit der Benutzung außerordentlich hohe Telefongebühren verschlingen. Hier sollte der Europarat prüfen, ob es nicht möglich wäre, in Gesprächen mit den beteiligten Postbehörden der Mitgliedsländer auf eine Herabsetzung der Gebühren hinzuwirken.

Schließlich glaube ich, daß es die Empfehlungen, die uns in diesem Bericht vorgelegt werden, verdienen, nach Ablauf einer gewissen Zeit im Hinblick auf ihre Verwirklichung durch die nationalen Regierungen erneut geprüft zu werden. Ich gebe deswegen der Kommission zu erwägen, nach Ablauf einer angemessenen Zeit die nationalen Regierungen zu Berichten aufzufordern, um dann dieser Versammlung erneut einen Bericht über die Realisation dieser verschiedenen Vorschläge vorzulegen.

Schließlich ist ein wichtiger Grund, der mich zu meiner Wortmeldung veranlaßt hat, die ganz besonders benachteiligte Situation der Behinderten in manchen europäischen Staaten, die nicht Mitglied des Europarates sind. Ich habe als Mitglied der Kommission für die Nicht-Mitgliedstaaten besonderen Anlaß, in diesem Haus auf diese Situation hinzuweisen. Uns liegen heute geradezu erschütternde Berichte aus der Sowjetunion vor, wo die Behinderten nicht nur eine ganz besonders hohe Zahl ausmachen, sondern wo sie zu einem Teil auch in einem unsäglichen und unbeschreiblichen Elend leben müssen. Erst vor kurzem ist der Brief eines dieser Behinderten erschienen, der sich mutig in einer Initiativgruppe mit anderen zusammenschloß, um auf die bedrängte Lage seiner Schicksalsgefährten hinzuweisen. Es handelt sich um den Brief eines gewissen Faisulla Hussainow, der diese Situation in besonders anschaulicher Weise deutlich macht. Ich kann es mir heute im Hinblick auf die gekürzte Redezeit nicht leisten, Ihnen diesen Brief auch nur auszugsweise zur Kenntnis zu bringen, möchte Sie aber auf diesen Brief hinweisen, der in der Zeitschrift der Gesellschaft für Menschenrechte veröffentlicht worden ist.

Ich meine, der Europarat darf an diesem Unrecht nicht vorbeigehen, da er sich sonst mitschuldig machte. Wenn wir hier einen halben Tag lang die bedauerliche Situation der Flüchtlinge behandelt haben, die aus Afghanistan in Nachbarländer geflohen sind — das liegt sogar außerhalb Europas —, dann dürfen wir an dem bedauerlichen Schicksal der Millionen von **Behinderten** in den **europäischen Nicht-Mitgliedstaaten** nicht schweigend vorübergehen, sondern wir müssen unsere Stimme erheben. Ich werde dazu nachher, wenn ich das Amendement, das zu diesem Thema von mir eingebracht worden ist, begründe, noch einmal im einzelnen kurz das Wort nehmen. Ich darf mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

*In einem Änderungsantrag zum Empfehlungsentwurf fordert Abg. Jäger (Wangen) einen Protest der Versammlung gegen die bekanntgewordenen Maßnahmen der Sowjetunion gegen Behinderte, die ihre Rechte zu verteidigen und auf ihre besonders*

*schwierige Lage aufmerksam zu machen versuchen.*

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Sie haben sicher den Zusatzantrag Nr. 2 zur Kenntnis genommen, der auf die Situation der Behinderten in denjenigen europäischen Ländern Bezug nimmt, die nicht Mitglieder des Europarats sind. Zur Situation der Behinderten in diesen Staaten gibt es aus allerjüngster Zeit einen Bericht des sowjetrussischen Dissidenten und Menschenrechtskämpfers Juri S. Below, aus dem ich eine kurze Passage zitieren darf. Dieser Bericht war für mich auch der Anlaß, jenen Antrag einzubringen. Below schreibt in seinem Bericht über die **Lage der Behinderten in der Sowjetunion:**

Ausgerechnet in diesem von der UNO proklamierten Internationalen Jahr der Behinderten wird in der Sowjetunion eine verstärkte Unterdrückungskampagne gegen jene Behinderten eingeleitet, die das Recht fordern, als Gleichberechtigte behandelt zu werden. Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Büchern und Briefen, Zwangseinweisungen in psychiatrische Anstalten, Morddrohungen, Mißhandlungen und schließlich Brandstiftung, wie bei Jurij Kisselew auf der Krim, oder Eröffnung eines gerichtlichen Verfahrens, wie bei Valerij Fefelow, das ist die Antwort der Sowjetregierung auf die Anträge der Initiativ-Gruppe zum Schutz der Behindertenrechte in der UdSSR.

Wie das in der Praxis aussieht, hat der von mir vorhin bereits erwähnte schwerbehinderte, querschnittgelähmte sowjetrussische Bürger Faisulla Hussainow in seinem Brief an Leonid Breschnew plastisch geschildert, und ich will Ihnen auch diese Passage vorlesen. Er lag in einem Krankenhaus, wo ihm keine Fachbehandlung zuteil wurde, und schrieb dann an den Generalsekretär Breschnew:

Gute Freunde halfen mir, das Krankenhaus heimlich zu verlassen, besorgten mir ein Flugticket, setzten mich in das Flugzeug. In Moskau kostete es mich unsägliche Mühe und unvorstellbare Strapazen, bis zum Zentralkomitee der KPSS zu gelangen, wo ich um eine Audienz bei Ihnen bat, Genosse Breschnew, was mir natürlich verweigert wurde. Im Zentralkomitee sind solche Besucher nicht sehr gerne gesehen! Schließlich empfing mich ein gewisser Beloserow. Da stand ich vor ihm, ein hilfloser Krüppel, ein Querschnittgelähmter, der unter Aufbietung seiner letzten Kräfte das Unmögliche möglich gemacht hatte und Tausende von Kilometern gefahren war, um endlich Gehör zu finden — aber statt dessen drohte mir Beloserow mit einer Einweisung in eine psychiatrische Anstalt.

Meine Damen und Herren, diese wenigen Worte zeigen Ihnen, daß der Europarat nicht richtig handeln würde, wenn er an dem schweren Schicksal der Schwerbehinderten in der Sowjetunion vorbeigeinge, ohne dazu etwas zu sagen. Mein Zusatzantrag soll einen Beitrag dazu leisten, die europäischen Nichtmitgliedstaaten dazu einzuladen, Behinderte in Zukunft

nicht länger als lästige unproduktive Außenseiter der Gesellschaft zu behandeln, sondern auf ihre Menschenwürde Rücksicht zu nehmen und ihre praktische Lage endlich zu verbessern. Ich bitte Sie daher, meine sehr verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen, meinem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

*Der Änderungsantrag wird abgelehnt.*

Empfehlung 925 (1981)

**betr. den Beitrag des Europarates  
zum Internationalen Jahr  
der Behinderten**

Die Versammlung

1. begrüßt, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen unlängst das Jahr 1981 zum „Internationalen Jahr der Behinderten“ erklärt hat;
2. ist sich bewußt, daß etwa jeder zehnte Mensch an einer körperlichen, geistigen oder sensorischen Behinderung leidet;
3. stellt fest, daß der Europarat in der Vergangenheit eine sehr große Anzahl bemerkenswerter Aktivitäten zugunsten der körperlich, geistig und im Hinblick auf die Sinnesorgane Behinderten durchgeführt hat, und beschränkt ihre Vorschläge daher bewußt auf Bereiche, in denen noch Raum für Verbesserungen und Neuerungen ist;
4. stellt jedoch fest, daß viele Mitgliedstaaten des Europarates an einem Großteil dieser Aktivitäten nicht teilgenommen haben; diese bleiben dadurch im Rahmen eines Teilabkommens auf eine begrenzte Anzahl von Staaten beschränkt, nämlich Österreich, Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und in jüngster Zeit auch Spanien;
5. ist jedoch überzeugt, daß sogar Länder mit bescheideneren wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten sich bemühen könnten und sollten, den spezifischen Bedürfnissen von Behinderten zu entsprechen;
6. ist der Auffassung, daß anlässlich des Internationalen Jahres der Behinderten eine Übersicht über die vom Europarat bislang für diesen Personenkreis unternommenen Aktionen aufgestellt werden und als Ausgangspunkt für Überlegungen über mögliche neue Aktionen in diesem Bereich und für die Aktualisierung bestimmter, in der Vergangenheit ausgearbeiteter Vorschläge dienen sollte;
7. ist der Auffassung, daß es höchst wünschenswert wäre, wenn alle 21 Mitgliedstaaten der Organisation sich an den Aktivitäten zugunsten der Behinderten beteiligen würden;
8. ist der Auffassung, daß zu den Hauptproblemen der Behinderten erstens die gesellschaftliche Isolierung gehört, die zum einen auf mangelhafte Information der Öffentlichkeit und zum anderen auf eine unzulängliche Wohnungspolitik zurückzuführen ist, die mehr die Absonderung als die Integration in die Bevölkerung fördert, und zweitens der Einkommensverlust, der häufig durch zusätzliche Ausgaben, die die Behinderung mit sich bringt, und die Schwierigkeit, eine gut bezahlte Beschäftigung zu finden, verursacht wird;
9. erkennt, wie wichtig es unter dem Aspekt der europäischen Solidarität ist, den Behinderten, die andere Mitgliedsländer besuchen oder zeitweise dort wohnen, die Vorzüge und Erleichterungen zu gewähren, die sie normalerweise zu Hause genießen, wobei mehr Gewicht auf den Grad der Behinderung als auf ihren Ursprung zu legen ist;
10. ist daher der Auffassung, daß der Europarat anlässlich des Internationalen Jahres der Behinderten auch spezifische Maßnahmen in diesen Bereichen ergreifen sollte;
11. empfiehlt dem Ministerkomitee:
  - a) diejenigen Mitgliedstaaten des Europarates, die noch nicht an den Aktivitäten des Europarates für Behinderte teilnehmen, zu ersuchen, dies sobald wie möglich zu tun;
  - b) eine Kommission, die aus besonders qualifizierten Personen zusammengesetzt ist, anzuweisen:
    - i. einen Überblick über den Stand der Durchführung der Entschlüsse und Empfehlungen des Europarates im Hinblick auf den Schutz der Behinderten und die Hilfe für diese Personen zu geben;
    - ii. die in der Vergangenheit formulierten Vorschläge im Hinblick auf Bildung, Beschäftigung, Unterbringung, Rehabilitation und Beförderungsmittel der Behinderten auf den neuesten Stand zu bringen;
    - iii. den Bemühungen um die Ausarbeitung eines echten europäischen Rehabilitationsprogrammes, das sich auf die Auswertung von früheren Maßnahmen und Erfahrungen in den Mitgliedsländern stützt, neue Impulse zu verleihen;
    - iv. den Zugang der Behinderten zu öffentlichen und anderen Gebäuden zu überprüfen und zu verbessern, indem man die Eingänge dieser Gebäude in der erforderlichen Weise baulich verändert;
    - v. eine besondere Studie über den Einbau elektrischer Ringleitungssysteme in öffentlichen Einrichtungen anzufertigen, die in Verbindung mit den meisten modernen Hörgeräten funktionieren, die von Behinderten, die an partieller Taubheit leiden, benutzt werden;
    - vi. die Lage der jungen chronisch Erkrankten zu untersuchen, die auf Grund ihrer

- Behinderung möglicherweise sehr lange Zeit in Krankenhäusern zubringen müssen und wegen fehlender Unterbringungsmöglichkeiten in Stationen verlegt werden, die normalerweise für Geriatriepatienten vorgesehen sind;
- c) die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen:
- i. die Rechte der Behinderten in klarer, einfacher und leicht verständlicher Form festzulegen, damit diese von ihnen Gebrauch machen können, ohne sich diskriminierenden Verfahren unterziehen zu müssen;
  - ii. in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit auf die Rechte der Behinderten verstärkt aufmerksam zu machen, und um sicherzustellen, daß ständige Fortschritte erzielt werden, einen Minister zu benennen, der speziell für die Behinderten zuständig ist;
  - iii. die Chancengleichheit der Behinderten auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und demgemäß Gesetze zu verabschieden, die die Arbeitgeber mit einer bestimmten Anzahl von Beschäftigten verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz an Behinderten einzustellen, und insbesondere sicherzustellen, daß dort, wo geschützte Arbeitsplätze für Blinde bestehen, keine gesetzlichen Hindernisse für den einzelnen errichtet werden, die ihm die Möglichkeit verwehren, von einem geschützten Arbeitsplatz zu einem ungeschützten Arbeitsplatz überzuwechseln und umgekehrt;
- d) die Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Italien, die ihre diesbezügliche Absicht bereits in der EntschlieÙung vom 4. November 1977 bekundet haben, zu ersuchen, sich an der Ausarbeitung eines europäischen Schwerbehindertenausweises zu beteiligen, um ihnen beim Besuch anderer Länder den gleichen Status und die gleichen Möglichkeiten zu geben, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, daß die Behinderungen dank moderner Hilfsmittel immer weniger erkennbar sind;
- e) den Generalsekretär anzuweisen, einerseits die baulichen Hindernisse zu beseitigen, um den Zugang der körperlich Behinderten zum Palais de l'Europe, einschließlich des Plenarsaals der Versammlung, zu erleichtern, und andererseits die Personalpolitik des Europarates im Hinblick auf die Einstellung von Behinderten zu verbessern — das Ziel wäre ein Mindestsatz von 2% — und der Versammlung hierüber zu berichten;
- f) einen Sonderpreis des Europarates mit einem Anfangsbetrag von 10 000 französischen Franc zu schaffen, den die Parlamen-

tarische Versammlung alljährlich einer europäischen lokalen Behörde, einer Vereinigung, einem Institut oder jeder natürlichen oder juristischen Person verleiht, die am meisten dazu beigetragen hat, das Wohlergehen der Behinderten und ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Leben der betreffenden Gemeinschaft insbesondere durch die Anpassung der Einrichtungen im Wohnungsbereich und in ihrer Umwelt, wie z. B. StraÙengestaltung und Zugang zu Gebäuden, Parks und öffentlichen Freizeitzentren, sicherzustellen.

#### Tagesordnungspunkt

### Die Lage in der Türkei

(Drucksache 4784)

Berichterstatter: Abg. Steiner

**Dr. Bardens (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst eine kurze, nicht böse gemeinte Kritik an Herrn Marques, der vorhin die rhetorische Frage in den Raum gestellt hat, ob jemand schon deshalb ein Verbrecher sei, weil er Kommunist ist. Dies nicht — er sitzt ja hier bei uns —; nur, er weiß genauso gut wie wir, daß eine kommunistische Ordnung noch keine Garantie für den Schutz der Menschenrechte ist. Da haben wir eine andere Erfahrung, und deshalb bitte ich in diesem Zusammenhang um etwas Zurückhaltung.

Nachdem wir schon mehrfach über diesen Gegenstand debattiert haben und eigentlich alle Argumente schon im Frühjahr dieses Jahres vorgetragen worden sind, möchte ich nur noch auf einen Umstand in unserem Verhältnis zur derzeitigen türkischen Staatsführung eingehen.

Der jetzige türkische Staatspräsident, Herr General Evren, hat sich im Sommer in einer großen öffentlichen Rede dagegen verwahrt, daß Freunde der Türkei mit „unnützen Ratschlägen“ in die inneren Verhältnisse der Türkei eingreifen wollten. Das ist eine seltsame Sache. Er wies solche **Einmischungen** zurück und behauptete, das türkische Volk werde seine Angelegenheiten schon selbst in Ordnung bringen.

Ich respektiere den Stolz des türkischen Volkes und kenne auch seine Empfindlichkeit gegenüber Kritik von außen. Aber Herr Evren muß auch wissen, was unsere Position und unsere Funktion hier ist. Die Türkei ist immer noch Mitglied des Europarats, und wir hoffen sogar, daß dieses Land bald wieder ein voll integriertes und voll mitwirkungsfähiges Mitglied des Europarats und dieser Versammlung werden kann. Auf jeden Fall ist die Türkei immer noch Mitglied, und deswegen haben wir in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, uns kritisch darum zu kümmern, was in diesem Mitgliedsland, wo die Demokratie suspendiert ist, geschieht.

Ich kenne die Verhältnisse in der Türkei vor dem 12. September 1980 aus eigener Erfahrung genau und kann deshalb auch einiges Verständnis für manches aufbringen, was nach diesem 12. September geschehen ist. Aber jetzt ist es an der Zeit, daß zügig und erkennbar die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei geschaffen werden. Wenn das so zögerlich geschieht wie bisher, können wir uns damit nicht zufriedengeben. Wir wollen dabei mit allen uns zur Verfügung stehenden legitimen Mitteln helfen.

Deshalb erwarten wir — und diese Erwartung sollten wir sehr deutlich in der Öffentlichkeit aussprechen —, daß unsere Aktivitäten hier in Zukunft nicht mehr als Einmischung in die inneren Verhältnisse in der Türkei, sondern als ein Angebot zur kritischen Kooperation betrachtet werden. Ich glaube, mit diesem Angebot tun wir nur unsere Pflicht.

#### EntschlieÙung 757 (1981)

#### betr. die Lage in der Türkei

##### Die Versammlung

1. bezieht sich auf ihre früheren Erklärungen zur Lage in der Türkei, insbesondere auf ihre Empfehlung 904 (1980) und die Richtlinien Nr. 395 und 397 (1981);
2. unterstreicht die Unvereinbarkeit der gegenwärtigen Lage in der Türkei mit den Bestimmungen der Satzung des Europarates;
3. beabsichtigt, während des Dritten Teils ihrer 33. ordentlichen Sitzungsperiode zur Frage der Mitgliedschaft der Türkei im Europarat Stellung zu nehmen, und zwar im Lichte der Entwicklungen in diesem Lande, insbesondere im Hinblick auf den tatsächlichen Fortschritt in Richtung auf die Wiederherstellung demokratischer Institutionen und die Beachtung der Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention;
4. nimmt Kenntnis von dem Gesetz Nr. 2485, das die Einsetzung einer verfassunggebenden Versammlung in Übereinstimmung mit den Zusicherungen des türkischen Staatschefs vorsieht, und behält sich eine Entscheidung vor, bis dieses neue Gremium seine Arbeit aufgenommen hat;
5. ist besorgt über die fortgesetzten Berichte über angebliche Folter und Mißhandlungen, begrüÙt aber die Reduzierung der Dauer der Untersuchungshaft;
6. wiederholt ihren dringenden Appell an die türkische Regierung:
  - i. jede Anstrengung zu unternehmen, um sicherzustellen, daß der Prozeß der Wiederherstellung demokratischer Institutionen so bald wie möglich unter voller Respektierung des frei zum Ausdruck gebrachten Volkswillens abgeschlossen wird;
  - ii. alle Folterungen und Mißhandlungen einzustellen;

- iii. praktische Maßnahmen zu ergreifen, um die fortschreitende Wiederherstellung der eingeschränkten oder vorläufig aufgehobenen Rechte und Freiheiten im Sinne von Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu gewährleisten;
- iv. Personen, die vor dem 11. September 1981 Mitglieder oder Vertreter politischer Parteien waren, nicht von einer Kandidatur bei den zukünftigen Parlamentswahlen auszuschließen.

### Montag, 5. Oktober 1981

*Der Präsident teilt der Versammlung mit, daß Abg. Amrehn (CDU/CSU) in der vorangegangenen Nacht verstarb. Er würdigt dessen politischen Werdegang und seine Arbeit in der Parlamentarischen Versammlung in einem Nachruf.*

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident, im Namen der deutschen Delegation darf ich Ihnen herzlich für die ehrenden Worte danken, die Sie unserem Kollegen Amrehn gewidmet haben. Unser Kollege und Freund Amrehn hat elf Jahre in diesem Hause gearbeitet. Er war einer der Demokraten der ersten Stunde nach 1945. In der schwierigen Situation Berlins, als das Chruschtschow-Ultimatum die Freiheit der Westsektoren der Stadt bedrohte, hat er als stellvertretender Regierungschef uns allen ein Beispiel für demokratische Gesinnung gegeben. Er hat in dieser Versammlung gezeigt, daß er ein überzeugter Europäer war und in diesem Geiste arbeiten konnte.

Ich darf mich noch einmal recht herzlich bei Ihnen bedanken, Herr Präsident, und bitte alle unsere Kollegen um Verständnis dafür, daß uns diese so plötzliche Nachricht sehr getroffen hat.

#### Tagesordnungspunkt:

#### Allgemeine Politik des Europarates

#### Die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten

(Drucksache 4772)

Berichterstatter: Abg. Baumel

#### Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates und Nordamerika

(Drucksache 4767)

Berichterstatter: Abg. Bozzi

## Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: die Folgekonferenz in Madrid

(Mündlicher Bericht des Berichterstatters  
Abg. Jäger)

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Herren Kollegen! Seit dem letzten Verhandeln dieses Gegenstandes in dieser Versammlung scheint sich nach außen hin auf dem Gebiet der **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa** und ihres **Folgetreffens in Madrid** nichts Entscheidendes geändert zu haben. Das ist auch der Grund dafür, warum unsere Kommission, für die ich hier zu sprechen die Ehre habe, davon Abstand genommen hat, von neuem einen eigenen schriftlichen Bericht vorzulegen. In Madrid hat sich ja eine gewisse Ruhepause eingestellt, die erst gegen Ende dieses Monats durch das Wiederzusammentreten der Delegationen überwunden sein wird.

Ich darf die Versammlung aber noch darauf hinweisen, daß sich hinter den Kulissen mehr getan hat, als in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist. Insbesondere scheint es nach allem, was wir wissen, gelungen zu sein, auf den Gebieten jener Vereinbarungen, die von den dort versammelten Teilnehmerstaaten angestrebt werden, gewisse Fortschritte zu machen. Es scheint sogar so zu sein, daß bei einigen dieser Vereinbarungen bereits Texte formuliert werden konnten, deren endgültige Verabschiedung freilich noch von einer Gesamteinigung der Delegationen über den Gegenstand der Beratungen abhängig ist.

Ich erwähne — und zwar in der Reihenfolge des am weitesten fortgeschrittenen Zustandes der jeweiligen Vereinbarungen — die Vereinbarung über die Verbesserung der **Besuchsregelungen** für Personen bei den Angehörigen ihrer Familien, ein Anliegen — wenn Sie mir diese kleine Nebenbemerkung als Mitglied der deutschen Delegation erlauben —, das uns besonders am Herzen liegt, weil es unser Volk besonders nachhaltig betreffen würde, sodann die Vereinbarung über die Verbesserung jener Bestimmungen, die bereits in der **Schlußakte** im Hinblick auf die Erleichterungen für die **Information** und für die **Arbeitsmöglichkeiten der Journalisten** im Parlament enthalten sind, und schließlich die angestrebte Vereinbarung über den Schutz jener Personen, die nichts anderes tun, als sich auf ihre Menschenrechte zu berufen oder persönlich oder in Gemeinschaft mit anderen und in der Öffentlichkeit für die Einhaltung der Bestimmungen der **Schlußakte von Helsinki** einzutreten.

Auf diesen wichtigen Gebieten, die ganz unmittelbare Bedeutung für die Menschen haben, ist es also zu Fortschritten gekommen. Diese Fortschritte wären nur dann gefährdet, wenn es nicht zu einer Gesamteinigung in Madrid käme. Diese Gesamteinigung freilich wird in erster Linie davon abhängen, ob es gelingt, in der Frage der vor allem von der französischen Regierung vorgeschlagenen **gesamteuro-**

**päischen Abrüstungskonferenz** einen Konsens zu finden, die ja auch bislang schon im Mittelpunkt der Diskussionen auch in dieser Versammlung zum Thema KSZE gestanden hat. Wir wissen alle, wieviel davon abhängt, daß sich die in Madrid versammelten Delegierten hierüber einigen. Es scheint aber mehr eine Folge der inzwischen in der Welt entstandenen schwerwiegenden Spannungen zu sein, daß man hier noch nicht weitergekommen ist, als die Folge eines mangelnden Willens der Delegationen in Madrid, hier zu Einigungen zu gelangen. Es hat ja auch schon Fortschritte gegeben, die dann — ich erinnere an die Äußerungen des sowjetischen Partei- und Staatspräsidenten Breschnew — wieder zurückgenommen worden sind.

In einem jedoch unterschied sich die Madrider Konferenz bei allen Positiven, die ich aufzählen konnte, negativ von ihrer Vorgängerin in Belgrad, dem ersten Folgetreffen, nämlich darin, daß es während des nun schon sehr lange — bereits beinahe ein Jahr — andauernden Verlaufes des Folgetreffens zu verschiedenen **schwerwiegenden Verletzungen der Schlußakte** kam, während die Konferenz selbst tagte. Ich will von diesen Verletzungen jetzt nur eine herausgreifen, weil sie besonders signifikant ist. Ich meine die mit großen und umfassenden militärischen Manövern verbundene Aufforderung, die die sowjetische Staatsführung an die Regierung der polnischen Volksrepublik und an deren Parteiführung ergehen ließ, endlich zu den bewährten Grundsätzen — wie man es nannte — der bisherigen Gestaltung des polnischen Staatswesens zurückzukehren. Das hieß praktisch den Fortschritten, die die Arbeiter in der Gewerkschaft „Solidarität“ erreicht hatten und die sie nun verteidigen, ein Ende zu bereiten.

Ein solches Verhalten, das massive Einflußnahmen auf eine Regierung mit dem Aufmarsch militärischer Gewalt verbindet, ist in Korb I Prinzip 2 Abs. 2, also im Prinzipienkatalog der **Schlußakte von Helsinki** ausdrücklich untersagt. Ein Staat oder eine Mehrzahl von Staaten, die ein solches Verhalten gleichwohl an den Tag legen, müssen sich vorhalten lassen, daß sie eine schwerwiegende Verletzung dieser **Schlußakte** begehen.

Es sei nur am Rande erwähnt, daß das jüngste Großmanöver mit etwa 100 000 Soldaten, die daran teilgenommen haben, schon für sich allein genommen und ohne seine Qualifikation als Gewaltmanifestation in Richtung auf die polnische Regierung deswegen einen Verstoß darstellte, weil es gegenüber den anderen Teilnehmerstaaten nicht angemeldet war, obwohl die Bestimmungen über vertrauensbildende Maßnahmen vorsehen, daß Manöver, und zwar auch kombinierte Manöver von Land-, Luft- und Seestreitkräften, die eine Gesamtstärke der daran teilnehmenden Soldaten von mehr als 25 000 erreichen, den anderen Teilnehmerstaaten vorher rechtzeitig mitzuteilen sind.

Solche Verstöße, während sich die Delegationen in Madrid versammelt haben, während sie dort versuchen, im Geiste von Helsinki die Arbeiten voranzutreiben, sind dazu geeignet, der KSZE schweren Schaden zuzufügen. Ich meine, daß der Europarat über solch schwerwiegende Eingriffe in die Souverän-

nität eines der Teilnehmerstaaten nicht schweigend hinweggehen darf. Es werden schwerwiegende Gefahren für echte Entspannung entstehen, wenn solche Verletzungen andauern oder sich wiederholen sollten, während man in Madrid über Verbesserungen verhandelt. Ich will nicht einmal ausschließen, daß solches Vorgehen eine schwerwiegende Verletzung und eine Gefährdung des gesamten KSZE-Prozesses überhaupt zur Folge haben könnte.

Meine verehrten Kolleginnen, meine Kollegen. Erfolg in Madrid setzt Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten voraus, und Vertrauen wird zerstört, wenn Teilnehmerstaaten ein Verhalten an den Tag legen, das in so schwerwiegender Weise die gerade in Madrid zur Debatte stehenden Bestimmungen der Schlußakte verletzt. Dies bedeutet, umgekehrt gesagt, daß die strikte und vollständige Einhaltung der Vereinbarungen von Helsinki eine Voraussetzung, ja, ich scheue mich nicht zu sagen: die beste Voraussetzung dafür ist, daß man in Madrid zu positiven Übereinkommen sowohl was das Gebiet der Abrüstungskonferenz wie die anderen drei Bereiche betrifft, die ich in meinen Darlegungen erwähnt habe, gelangt.

In diesem Sinne darf ich auch auf das von mir eingebrachte und von der Kommission für die Nichtmitgliedstaaten übernommene und unterstützte Amendement verweisen, das Sie in Ihren Unterlagen vorfinden.

Gewaltverzicht, Menschenrechte, Informationsaustausch, Zusammenarbeit und humanitäres Handeln müssen Marksteine des KSZE-Prozesses jetzt in Madrid, aber auch in Zukunft bleiben. Sonst wird dieser Prozeß nicht zu dem erstrebten Erfolg führen, sondern zum Scheitern verurteilt sein.

Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, meine Kollegen, in diesem Sinne möchte ich den Delegierten der 35 Teilnehmerstaaten der KSZE die besten Wünsche für ihre weitere Arbeit mit auf den Weg geben, wenn sie sich Ende dieses Monats in Madrid wieder versammeln, um die Fragen zu erörtern, die für die Zukunft unserer Völker und für die Zukunft von Millionen einzelner Menschen von außerordentlich schwerwiegender Bedeutung sein werden. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich muß gestehen, daß ich heute mehr als einmal erstaunt gewesen bin über das, was ich von Mitgliedern dieses Hohen Hauses hörte. Manchmal hatte ich den Eindruck, der eine oder andere von uns hätte vergessen, daß ohne die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den europäischen Staaten dieser Europarat allenfalls als ein Debattierclub im Exil — in New York oder irgendwo anders — existieren könnte, nicht aber als ein Gremium, das Einfluß auf die Politik der europäischen Staaten ausüben kann.

Ich war in dem einen oder anderen Fall auch überrascht zu hören, wie Kollegen, die sich noch vor zwei Jahren in diesem selben Haus bitter darüber beklagt haben, daß die amerikanische Regierung unter dem

damaligen Präsidenten Carter nicht mehr ihre Führungsrolle in der westlichen Welt gespielt habe, nun mit dem gleichen klagenden Ton bedauerten, daß die **Vereinigten Staaten** ihre **Führungsrolle** überstrapazierten. Ich war manchmal versucht, diesen Kollegen nachzusagen, sie vermöchten offenbar nicht zu sehen, wann ihnen die Vereinigten Staaten etwas recht machen können.

Ich war auch darüber erstaunt, daß sich hier mehrfach ein europäischer Minderwertigkeitskomplex tummelte. Ich hatte manchmal den Eindruck, in einem Rat mittelamerikanischer Staaten zu sitzen, der Anklagen gegen den „colosso del norte“ richtet, nicht aber in einem Gremium souveräner europäischer Staaten zu sein, einem Gremium, das immerhin seit über 30 Jahren die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten nicht nur propagiert, sondern auch mit aller Intensität vorangetrieben hat.

Ich meine, wir sollten uns als Europäer einmal überlegen, ob es wirklich nur eine Frage der Politik der Vereinigten Staaten ist, wie sich die Zusammenarbeit zwischen den USA und den europäischen Staaten vollzieht. So manches, was wir hier heute gehört haben, erinnerte an Debatten, die unsere Vorgänger zu Beginn der Arbeit des Europarats geführt haben. Man brauchte nur einige Namen und einige Daten auszutauschen, dann hatte man praktisch dieselben anklagenden und übrigens durchaus nicht souverän klingenden Äußerungen vor sich, wie sie damals angesichts der Wunden der Nachkriegszeit verständlich waren, heute aber nicht mehr.

Wir sollten über das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sehr viel nüchterner, sehr viel ruhiger debattieren. Ich bin sicher, daß dann so mancher Vorwurf, der hier versteckt oder offen anklang, gar nicht mehr erhoben würde.

Ich habe außerdem mit Bedauern festgestellt, daß es hier offensichtlich Sprecher jener Gruppen in Europa gibt, die derzeit prinzipiell gegen die Amerikaner agitieren, die aber überhaupt nicht sehen, welche Probleme uns von der östlichen Seite drohen. Vielleicht war das für unsere Gäste nicht uninteressant, aber die Massierung solcher Sprecher, wie sie zumindest heute morgen zu verzeichnen war, ist für unsere Versammlung nicht repräsentativ. Es erscheint mir einfach merkwürdig, wenn ein Kollege erbittert über die hohen Zinsen der Vereinigten Staaten jammert, gleichzeitig aber bereit ist, es gutzuheißen, daß sein Staat Kredite an die Sowjetunion zu Bedingungen finanziert, die er den eigenen Bürgern nicht einräumen würde. Ebenso erstaunlich ist es für mich, wenn jemand, der in westlich orientierten Staaten beim kleinsten Anlaß sofort die Menschenrechte in Gefahr sieht, es nicht für nötig hält, in der Debatte davon zu sprechen, welche brutale Verletzung der Menschenrechte in kommunistisch regierten Staaten geschieht.

Ich war auch nicht gerade erfreut — um mich sehr vorsichtig auszudrücken —, als ich feststellte, daß einige von uns allzu gern denselben moralischen Level auf die Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und die Sowjetunion andererseits anwandten. Ich habe jetzt nicht die Absicht, die Unterschiede

herauszustellen, ich meine, es ist auch nicht notwendig, denn im Grunde genommen kennen wir alle die Unterschiede. Ich will es bei einer Bemerkung bewenden lassen: Es gab in den Vereinigten Staaten einen Bestseller, der den Titel trug „Der häßliche Amerikaner“. An dem Tag, an dem in den Moskauer Buchhandlungen ein in russischer Sprache gedrucktes Buch mit dem Titel „Der häßliche Sowjetmensch“ zu haben ist, bin ich bereit, über die Gleichheit des moralischen Standards der USA und der Sowjetunion zu reden. Vorher kann ich so etwas nicht akzeptieren.

Ich komme aus einer Generation, die nicht überlebt hätte, wenn wir nach dem Zweiten Weltkrieg nicht eine außerordentlich großzügige staatliche und private Hilfe aus den Vereinigten Staaten erfahren hätten, aus einer Generation, die noch sehr genau weiß, wie sich sowjetische Machtübernahmen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs östlich von uns abzeichneten. Ich darf hier die Gelegenheit benutzen, unseren Kollegen aus den Vereinigten Staaten ein Wort des Dankes dafür zu sagen, daß sie nach 36 Jahren immer noch Hunderttausende ihrer Soldaten auf unseren Wunsch zur Verteidigung unserer Freiheit nach Europa entsenden.

Dies bedeutet nicht, daß wir kritiklos all das hinnehmen, was von den Vereinigten Staaten zu uns herüberkommt. Aber wir fühlen uns souverän genug, nicht jedesmal, wenn uns an den Vereinigten Staaten etwas nicht paßt, ein grimmiges Gesicht aufzusetzen, sondern wir sprechen es in aller Offenheit unter Freunden aus und meinen, daß wir so unter Freunden dann am ehesten zu einer vernünftigen Kooperation kommen.

Vieles von dem, was an **antiamerikanischer Kritik** laut wird — nicht nur in diesem Saal, sondern überhaupt in Europa —, ist darauf zurückzuführen, daß das, was in der amerikanischen Außenpolitik geschieht, oft zu wenig auf die Mentalität der Europäer abgestimmt ist, so daß vieles, was in den Vereinigten Staaten innenpolitisch sehr gut wirkt, bei uns nicht mit der gleichen Freude aufgenommen wird, wenn es über den großen Teich herkommt. Ich möchte nicht der „New York Times“ raten, Themen, die bei uns außerordentlich wichtig sind, nicht erst ab Seite 12 und dann allenfalls mit wenigen kurzen Meldungen abzuhandeln. Aber ich möchte unsere Kollegen im Amerikanischen Kongreß bitten, sich ihrerseits mehr mit den Themen Europas zu befassen — wie auch wir versuchen wollen, uns mehr mit den internen Problemen der Vereinigten Staaten zu beschäftigen. Denn nur dann, wenn die Information zwischen beiden Kontinenten besser wird, nur dann, wenn die souveränen Staaten auf dieser und der anderen Seite des Nordatlantiks mehr über sich wissen und nicht versuchen, ihre Innenpolitik im falschen Saal als Außenpolitik auszugeben, wird es möglich sein, eine Zusammenarbeit zu erreichen, die über das hinausgeht, was wir heute erlebt haben. — Ich danke Ihnen.

**Dr. Gessner (SPD):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie man auch zu den einzelnen Kapiteln des Berichts stehen mag, es steht je-

denfalls außer Zweifel, daß dieser Report außerordentlich facettenreich ist und deutlich macht, wie vielfältig die Beziehungen zwischen Amerika und Europa sind.

Ich möchte mir eine kritische Bemerkung erlauben. Vielleicht liegt meinerseits ein Mißverständnis vor, aber ich habe das Gefühl, daß der Herr Berichtstatter der Auffassung ist, die **Sicherheit** werde in erster Linie durch die Kooperation zwischen Amerikanern und der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet. Ich will hier deutlich machen, daß die Sicherheit Sache des Bündnisses im allgemeinen ist, auf allen Schultern gleichmäßig ruht und daß es keine Macht gibt — das gilt auch für die amerikanische Führungsmacht —, die im Bündnis etwas mehr als die anderen gilt. Ich will das hier sehr deutlich machen, weil ich mich dieses Eindrucks bei der Lektüre dieses Berichts nicht erwehren konnte. Wir befinden uns — das müssen wir in Europa deutlich machen, in einem System gegenseitiger Abhängigkeit. Dies gilt für alle, nicht nur für die Europäer untereinander, sondern auch für das Verhältnis zwischen den Amerikanern und den Europäern.

Ich glaube auch, daß es richtig ist, daß in dem Bericht über die Sicherheitslage von Europa — damit ist ganz offensichtlich Westeuropa gemeint — gesprochen wird. Denn es ist meine feste Überzeugung, daß das westliche Verteidigungsbündnis auch für die neutralen Staaten Europas von großer Bedeutung und von großem Wert ist. Es steht für mich außer jeder Frage, daß die Welt für die neutralen Staaten in Europa anders aussähe, wenn es dieses Bündnis nicht gäbe. Insofern ist es logisch und vernünftig gewesen, daß der Sicherheitsaspekt seinen Platz in dem Bericht erhalten hat.

Wir haben Gäste aus Amerika hier. Das veranlaßt mich ganz besonders, eine Bemerkung zu dem zu machen, was in den letzten Monaten von Amerika zu uns nach Europa gedrungen ist. Als großer Freund dieses Kontinents muß ich ehrlich sagen, daß eine Menge Verwirrendes aus den Staaten zu uns herübergekommen ist. Es sind Dinge, die die politische Diskussion, wie ich selbst erfahren habe, oftmals in sehr erheblicher Weise unangenehm befrachtet haben. Ich glaube, wenn man sich in Amerika ein bißchen mehr Gedanken über die Mentalität der Westeuropäer machte, dann würde manche Erklärung vielleicht etwas anders aussehen. Umgekehrt gilt das natürlich auch für uns Europäer; das will ich hier ebenfalls zum Ausdruck bringen. Dies steht außer jedem Zweifel. Aber ich befürchte, daß bei manchem in Amerika der Wahlkampf noch nicht zu Ende ist, und dies hat uns gerade bei der Diskussion über den Doppelbeschluß des Bündnisses in Europa wesentlich zu schaffen gemacht.

In Amerika muß man sich darüber im klaren sein, daß man damit möglicherweise seinem eigenen Gegner in die Hände arbeitet. Es ist schon einigermaßen grotesk, daß wir in Europa eine Art **Rollentausch** erlebt haben. Die Amerikaner wurden sozusagen als kriegslüstern hingestellt, und die Russen waren für viele Leute ein Verein von Friedensengeln, die keinem etwas zuleide tun können. Das ist natürlich grotesk; hier sind die Rollen, wie ich glaube, restlos ver-

tauscht worden. Aber das liegt nicht zuletzt auch daran, daß man in Amerika ein bißchen, sagen wir es gelinde, unvorsichtig gewesen ist und nicht auf die Stimmungslage in Europa Rücksicht genommen hat. Es gibt noch einen anderen Grund, der meiner Auffassung nach jedenfalls eine große Rolle spielt. Es ist ein außerordentlich primitiver Antiamerikanismus in bestimmten Teilen der westeuropäischen Bevölkerung festzustellen. Er ist irrational und zugleich ungerecht, und man muß ihm entschieden entgegenwirken. Der Hintergrund ist häufig eine Einseitigkeit des politischen und ideologischen Denkens. Dieser Antiamerikanismus ist zum größten Teil ungläubwürdig, weil er mit verschiedenen Maßstäben mißt. Wenn es notwendig sein sollte, Beweise dafür zu liefern, so braucht man sich nur die Einseitigkeit bestimmter Proteste oder bestimmter Demonstrationen vor Augen zu führen. Wir müssen uns stets bewußt sein, daß wir auf die Vereinigten Staaten als westliche Führungsmacht letztlich angewiesen sind und daß auch umgekehrt die Vereinigten Staaten ohne Europa, à la longue betrachtet, nicht überleben könnten. Wir brauchen eine **faire Partnerschaft** ohne irgendwelche Vorurteile. Dies muß die Grundlage des europäisch-amerikanischen Verhältnisses sein. Ich glaube, daß dies schon deshalb möglich ist, weil es in fundamentalen Fragen Identität der Interessen und der Auffassungen gibt. Wir sind beispielsweise gemeinsam für die Bewahrung des Friedens. Wir sind für die Aufrechterhaltung unserer äußeren Sicherheit. Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung.

Natürlich ist es wahr: Es gibt auch Auffassungsunterschiede zwischen uns und den Amerikanern. Sie gibt es aber auch innerhalb von Europa. Insofern ist das überhaupt nichts Anormales. Es ist normal, daß man in einer Demokratie, aber auch im zwischenstaatlichen Verhältnis zwischen Demokratien zum Teil manchmal zu anderen Auffassungen und Überzeugungen gelangt. Das kommt übrigens in jeder guten Familie vor. Es gibt auch unterschiedliche Interessen zwischen uns und den Amerikanern sowie den Kanadiern. Das ist ebenfalls normal. Allein die unterschiedliche geopolitische Lage wird immer wieder dazu führen, daß wir bestimmte Aspekte der internationalen Politik anders beurteilen müssen. Dies ist selbstverständlich. Dies ist kein Grund zur Resignation. Wichtig ist nur, daß wir zum partnerschaftlichen Dialog bereit sind. Das setzt aber den Willen und die **Fähigkeit zum Kompromiß** voraus. Solange dies vorhanden ist, sind wir auch in der Lage, uns zu einigen.

Ich meine das übrigens nicht nur in bezug auf die Sicherheitspolitik. Wie gesagt, der Bericht hat ja sehr facettenreich deutlich gemacht, wie vielgestaltig die Beziehungen zwischen Amerika und Europa sind. Gemeint sind alle Bereiche der Politik und der Zusammenarbeit, die Berührungspunkte zwischen Europa und Amerika aufweisen. Wir dürfen uns nicht voneinander trennen lassen. Dies wäre der Anfang vom Ende. Letztlich liegt im gemeinsamen Verstehen und im gemeinsamen Handeln unsere Stärke.

Zu meinem hochverehrten Kollegen Miller, der leider nicht hier ist, möchte ich sagen, es kann nicht unsere Absicht sein, etwa eine Motivforschung da-

hin gehend zu betreiben, was die Sowjetunion vorhat oder was sie nicht möchte. Wir können den Sowjetführern weder ins Herz noch ins Gehirn gucken. Deswegen müssen wir uns auf das konzentrieren, was wir sozusagen zählen können, was an Potential vorhanden ist, was von unserer Seite aus mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln nachprüfbar ist. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

Wenn man das zugrunde legt, muß man eben feststellen, daß die Sowjetunion weit mehr an militärischem Potential zur Verfügung hat, als sie zur Verteidigung nötig hätte.

Ich hatte eben davon gesprochen, daß wir zusammenstehen müssen. Ich sage dies auch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Entspannungspolitik überhaupt nur so noch eine Chance hat. Unser Zerfall, die Zerstrittenheit zwischen Europa einerseits und Amerika andererseits nähme der Sowjetunion das Motiv für konstruktive Fortschritte. Unser Einstehen für eine bessere Welt ohne Massenvernichtungsmittel, ohne Überrüstung, ohne Hunger und Elend in der Dritten und Vierten Welt gebietet Europäern und Amerikanern, sich immer wieder auf einen gemeinsamen Nenner der politischen Vernunft zu verständigen. Europa kann angesichts der Herausforderung durch das kommunistische Lager ebensowenig allein bestehen, wie Amerika durch eine Politik des Isolationismus überleben könnte. Wenn wir uns dies stets vor Augen halten, haben wir, und davon bin ich zutiefst überzeugt, eine prächtige Chance, diese Herausforderung zu bestehen. — Ich bedanke mich.

**Rösch (FDP):** Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Ich bin sicher nicht würdig, die Schlußworte in dieser Diskussion zu sprechen. Es ist sehr gut, daß das andere tun. Ich will eigentlich nur versuchen, den vielen guten Reden einen sehr persönlichen, bescheidenen Beitrag hinzuzufügen.

Bei der **Beurteilung** sowohl **politischer Beziehungen** als auch von Interessen scheint es mir wichtig zu sein zu betonen, daß es sich in der Beziehung zwischen Staaten nicht nur oder nicht ausschließlich oder nicht für alle Zeiten um gegenseitig in Übereinstimmung zu bringende Fakten handeln kann, sondern daß zu den Fakten der Politik auch, wenn Sie einmal so wollen, das harte Faktum der emotionalen Beziehung kommt, bedingt durch Erfahrungen aus der Vergangenheit.

Nun ist der Europarat sicher ein Gremium, in dem es eher möglich ist als in einem nationalen Parlament, über Visionen zu reden. Ich will Ihnen meine Vision sagen.

Ich bin im Herbst 1945 geboren. Meine und die Vision meiner Freunde ist die: Wenn es uns gelingt, nach einem persönlichen Leben einen natürlichen Tod zu sterben, ohne daß wir jemals Hunger gelitten, Krieg geführt haben, despotisch regiert worden sind, dann würde ich, der ich 1945 auf die Welt gekommen bin, der ersten Generation meines Volkes angehören, die von sich sagen kann, sie habe gelebt, ohne Soldat im Krieg gewesen zu sein, ohne Hunger gelitten und ohne in irgendeiner Zeit unter einem Despoten oder in Despotie gelebt zu haben.

Ich halte das für unsere Situation der jungen Deutschen für eine so ungeheure Vision, daß ich Ihnen sagen will, daß man alles in Europa dazu tun muß, diese Vision zu bewahrheiten.

Zu der Vision, meine Damen und Herren, gehören ohne jede Frage die Vereinigten Staaten von Amerika. Deswegen lehne ich es ab, daß man hier in einer neutralistischen Art die Großmächte USA und UdSSR auf eine gleiche Ebene stellt; denn sie sind nicht auf der gleichen Ebene. Es sind nämlich amerikanische Soldaten gewesen, die für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg mit Militär die Voraussetzungen dafür geschaffen haben — ich will das wieder so persönlich sagen —, daß meine persönliche Vision vielleicht Wahrheit werden kann. Es sind amerikanische Soldaten gewesen, die bis zur Stunde die Rolle und die Situation Berlins aufrechterhalten. Aber es sind sowjetische Divisionen, die 17 Millionen Bürger meines Vaterlandes daran hindern, als Deutsche zusammen in einem Staat zu leben. Deswegen seien Sie mir nicht böse, wenn ich dem Kollegen Miller entgegne: Es ist nicht so einfach, hier verschiedene Dinge auf eine Ebene zu stellen und so zu tun, als wenn es sich hier um ähnliche oder gleiche Beurteilungsweisen handeln könne.

Nun ist es so, meine Damen und Herren, daß es in der Jugend in Deutschland und in der Jugend in Europa eine sogenannte **Friedensbewegung** gibt. Ich will Sie anlässlich dieser Diskussion bitten, diese Friedensbewegung nicht mit den Argusaugen großer Skepsis in Deutschland zu sehen, etwa in der Weise, als wenn nur ferngesteuerte, der sowjetischen Propaganda anheimgefallene junge Leute demonstrierten. Ich bitte Sie, die diesbezüglichen Nachrichten vielmehr einmal aus der Perspektive zu bedenken, daß es Hunderttausende junger Deutscher sind, die glauben, etwas für den Frieden tun zu können, die sich für den Frieden einsetzen und gar kein Gefühl für die enorme Dimension haben, daß an der Spitze der UNO — von der Weltöffentlichkeit unbemerkt, ganz normal und ohne jemand zu bewegen — zwei ehemalige Wehrmachtsoffiziere tätig waren, der eine als Präsident und der andere als Generalsekretär. Das war etwas ganz normales, und es ist gut so, daß es etwas normales ist.

Vor dem Hintergrund bitte ich Sie auch zu verstehen, daß eine deutsche Jugend, die sich um den Frieden kümmern will, sicher nicht den Argwohn anderer verdient. Es ist nur so, daß dort ein großes Mißverständnis herrscht, nämlich das Mißverständnis, daß Wehr- und Waffenlosigkeit, daß das, was man **soziale Verteidigung** nennt, die Voraussetzung dafür bringen könne, den anderen daran zu hindern, aggressiv zu sein, so, als hätte man aus unserer eigenen Geschichte nicht gewissermaßen zwei Dinge gelernt.

Erstens haben wir nämlich eine Erfahrung mit der sozialen Verteidigung. Das war die Erfahrung des Einmarsches der französischen Armeen in die linksrheinischen Gebiete während der Zeit der Weimarer Republik. Dort hat man versucht, die soziale Verteidigung zu praktizieren: im Ruhrkampf.

Andererseits haben die Alliierten die damalige Reichswehr ganz kleingehalten und damit das

Machtmonopol des Staates reduziert. So hat die soziale Verteidigung im Ruhrkampf zusammen mit der künstlichen Reduzierung des staatlichen Machtmonopols zu jenen Privatarmeen geführt. Die daraus erwachsende emotionale Situation in der Bevölkerung und die in das Machtvakuum drängenden Kräfte haben einen wesentlichen Beitrag für die Begründung des Naziregimes geliefert. Das bitte ich Sie bei der Frage der Verteidigungsfähigkeit Europas zu bedenken — eben vor dem Hintergrund dessen, was ich am Beispiel des Ruhrkampfes aufgezeigt habe.

Nun haben wir Deutschen versucht, unsere Lektion daraus zu lernen, und ich bekenne ganz offen, daß ich sehr gern zu der Bewegung gehört habe, die den Versuch gemacht hat, in Deutschland die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die zwischen Ost und West bestehenden Konflikte bereinigt oder geregelt werden konnten. Ich bekenne mich ausdrücklich zu einer Politik der Entspannung, die versucht hat, die Frage der Westgrenze der Volksrepublik Polen zu regeln und die — so bitter das war — die reale Existenz der DDR anerkannt hat — auch deshalb, um in Deutschland, um in Europa die Voraussetzungen für die Lösung von Konflikten zu schaffen.

Dies alles aber, verehrter Herr Kollege Miller, hat die **Sowjetunion** nicht daran gehindert, auf ihrem Boden gegen die Bundesrepublik und Westeuropa gerichtete SS 20 zu stationieren: weder unsere Gewaltverzichtserklärung noch der in den letzten 12 Jahren getätigte Abschluß von annähernd 200 Verträgen mit den Staaten des Warschauer Pakts. Das alles hat die Sowjetunion nicht veranlaßt, gewissermaßen als Antwort auf den politischen Weg den militärischen nicht zu beschreiten.

Deswegen bin ich voll überzeugt, daß es keinen anderen Weg für die Sicherung des Friedens in Europa gibt als die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika, basierend auf einer starken, ausgeglichenen militärischen Basis. Denn wir werden nicht in der Lage sein — vor dem Hintergrund dessen, was ich versucht habe aufzuzeigen, auch historisch —, die Voraussetzungen für den Erhalt der Freiheit in Europa zu schaffen, wenn wir nicht auf der anderen Seite auch bereit sind, alle Voraussetzungen zur Verteidigung dieser Freiheit zu schaffen. Sich dessen bewußt zu sein, halte ich für sehr wichtig, insbesondere was die Vereinigten Staaten von Europa angeht. Denn unsere Freiheit wird nichts mehr wert sein, wenn wir sie nicht zusammen verteidigen können.

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine verehrten Damen! Meine Herren! Ich kann mich auf zwei ganz kurze Bemerkungen beschränken, da die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihr Folgetreffen in Madrid in unmittelbarer Form nur von relativ wenigen Rednern der heutigen Debatte angesprochen worden sind. Zwei Punkte bedürfen jedoch vielleicht noch einer Präzisierung.

Der erste Punkt ist die Einbindung des Mittelmeerraumes in den Vorschlag des Kollegen Lopez Henares. Zum politischen Teil dieses Punktes hat ja be-

reits der Vorsitzende unserer Kommission in seiner Rede vorhin Stellung genommen, in der er dartat, daß der **Mittelmeerraum** aus vielerlei politischen Gründen aus dem **Folgeprozeß von Helsinki** gar nicht ausgeschlossen werden kann. Dies ergibt sich aber auch rechtlich ganz eindeutig aus der Schlußakte, denn eine europäische Abrüstungskonferenz, die in Madrid beschlossen wird, die also ein Folgetreffen der Konferenz von Helsinki wäre, kann ja nur auf dem Dokument von Helsinki fußen. Das Dokument von Helsinki enthält ja nun eindeutig — und zwar sogar als einzige ausdrücklich genannte Region — den Mittelmeerraum und stellt den beteiligten Staaten die Aufgabe, in diesem Raum für Zusammenarbeit, Entspannung und Frieden zu sorgen. Von daher sind, glaube ich, Befürchtungen, wie sie in der Debatte teilweise laut geworden sind, übertrieben und treffen nicht den Kern der Sache. Ich glaube, daß der Kollege Lopez Henares mit seinem Amendement den Mittelmeerraum nicht ausgeschlossen, sondern einbezogen hat. Der zweite Punkt betrifft die geplante **Abrüstungskonferenz**. Diese Abrüstungskonferenz hat nur dann einen Sinn, wenn sie Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen früherer Abrüstungskonferenzen zieht. Die Mächte sitzen jetzt seit acht Jahren in Wien und verhandeln dort. Sie werden nicht einmal über die Präliminarien der wirklichen Verhandlungen, über Zahlen und Wertung der Zahlen einig. Es ist deswegen legitim und wichtig, daß die Delegationen, die in Madrid versammelt sind, versuchen, sich auf ein Papier zu einigen, in dem die Voraussetzungen für eine solche Abrüstungskonferenz ganz klar umrissen sind, so klar, daß nachher nicht wieder ein jahrelanger Präliminarienstreit entstehen kann. Gelingt das nicht, dann wäre eine rein papierene Einigung darauf, daß eine solche Abrüstungskonferenz irgendwann irgendwo stattfinden sollte, ohne jeden praktischen Wert für die Völker Europas und für die beteiligten Staaten. Insofern, glaube ich, muß das Ringen in Madrid um eine vernünftige Fassung dieses Beschlusses gewürdigt werden. Wir sollten alle Delegationen dort herzlich bitten, in diesem Ringen nicht nachzulassen und es zu einem erfolgreichen Ende zu führen. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*Abg. Jäger (Wangen) (CDU/CSU) legt einen Änderungsantrag zu Ziffer 7 der nachstehenden Entschließung vor, die Worte „ein Klima des Vertrauens zu schaffen“ durch die Worte „im Einklang mit praktischen Übereinkommen vertrauensvolle Zusammenarbeit gemäß den Zielen der Schlußakte von Helsinki zu schaffen“ zu ersetzen.*

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Ich möchte nur insofern ein Bedenken anmelden, als möglicherweise der Änderungsantrag Nr. 3, der von mir eingebracht worden ist, hinfällig würde, wenn dieser Änderungsantrag, der soeben begründet worden ist, angenommen würde. Wenn das von Ihnen bestätigt wird, Herr Präsident, würde ich allerdings ein Bedenken geltend machen.

In dem soeben von Herrn Kollegen Urwin vorgetragenen Änderungsvorschlag ist zweimal davon die Rede, daß es gelte, bei den Gesprächen in Madrid ein Klima des Vertrauens zu schaffen. Niemand wird et-

was dagegen einzuwenden haben. Nur scheint mir das in der jetzigen Situation, in der sich das **Folgetreffen von Madrid** befindet, eine zu geringe Forderung zu sein. Das Klima des Vertrauens war zu Beginn und im Anfangsstadium des Folgetreffens zu fordern. Jetzt kommt es darauf an, **praktische Fortschritte**, praktische Beschlüsse und Entschließungen zu fordern. Das Klima des Vertrauens genügt allein nicht mehr.

Ich bitte daher die Kollegen, die diesen Vorschlag gefaßt haben, der von mir ansonsten durchaus positiv gesehen wird, zu überlegen, ob man damit nicht wirklich einen Schritt zuwenig getan hat. Wir müssen jetzt unsere Erwartung ausdrücken, daß sich die Delegationen, die in Madrid versammelt sind, über das Klima des Vertrauens hinaus endlich auf Kompromisse verständigen. Ohne Kompromisse wird es nicht gehen. Diese Kompromisse bedeuten, daß sich die Delegationen zu praktischen Schritten aufrufen. Das fordert von jedem da und dort ein Stück Nachgeben, das fordert von jedem **Kompromißbereitschaft**. Deshalb habe ich in meinem zugegebenermaßen nicht so ausführlichen und kurzen Antrag Nr. 3 versucht, auf diese praktischen Schritte hinzuweisen. Wenn aber der Herr Vorsitzende der politischen Kommission dieses Anliegen in irgendeiner Form in dieses Amendement hineinnehmen könnte, wäre ich natürlich bereit, auf mein Amendement Nr. 3 zu verzichten. Herzlichen Dank.

*Der Änderungsvorschlag Nr. 3 wird abgelehnt.*

#### Entschließung 758

#### **betr. die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada**

##### Die Versammlung

...  
...

6. ist der Ansicht, daß die gegenwärtigen Spannungen zwischen Ost und West sowie im Nahen Osten nicht unilateral von einem einzelnen Land bekämpft werden sollten, sondern ein — in der Vergangenheit allzu häufig vermißtes — konzertiertes und abgestimmtes Vorgehen der Demokratien auf beiden Seiten des Atlantiks erfordern, deren Aufgabe es ist, sich für die Wahrung ihrer gemeinsamen Ideale einzusetzen, besonders was die Achtung der Menschenrechte anbelangt;
7. ist überzeugt, daß die Sicherheit Europas und der Welt bedroht sind, solange es der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht gelingt, ein Klima des Vertrauens zu schaffen, und solange das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West, besonders auf dem Gebiet der Kernwaffen, nicht wiederhergestellt ist;
8. bestärkt die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in ihrer Absicht, am 30. November 1981 Verhandlungen aufzunehmen, um dieses

Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau wiederherzustellen, bis eine Verbesserung des internationalen Klimas schrittweise Fortschritte in Richtung auf eine vollständige Abrüstung ermöglicht, und um der Bevölkerung, besonders der jungen Generation, alle Informationen zu geben, die dazu geeignet sind, das Mißtrauen zu zerstreuen; zu diesem Zweck sollte Europa die Rolle erfüllen, die ihm in den Abrüstungsbemühungen zukommt;

9. erinnert daran, daß Polen in der Lage sein muß, über seine eigene Zukunft ohne äußere Einmischung zu entscheiden, und erklärt, daß Polen — damit es sich in dieser Hinsicht unterstützt fühlt — insbesondere von den Vereinigten Staaten von Amerika alle erforderliche Wirtschaftshilfe erhalten sollte, um seine derzeitigen ernsthaften Probleme zu lösen;
10. ist der Ansicht, daß Europa zur Lösung der in anderen Teilen der Welt, besonders im Nahen Osten und Afrika, entstehenden Probleme beitragen sollte;
11. äußert ihre Zufriedenheit über die Rolle, die die Vereinigten Staaten von Amerika bei der Herbeiführung eines Waffenstillstands im Libanon gespielt haben, dessen Behörden die volle Unterstützung der internationalen Völkerfamilie finden sollten, damit sie im gesamten Staatsgebiet ihre volle Souveränität und den Frieden wiederherstellen können;
12. unterstreicht jedoch, daß eine friedliche, gerechte und dauerhafte Lösung des Nahost-Problems in seiner Gesamtheit nur dann Aussicht auf Verwirklichung hat, wenn es zwischen Europa und Amerika eine sehr viel engere Zusammenarbeit und Abstimmung als bisher gibt;
13. ist der Ansicht, daß es die gemeinsame Aufgabe der Europäer und Nordamerikaner ist, sich für eine größere Achtung der Menschenrechte einzusetzen, nicht nur im Rahmen der KSZE in Madrid, sondern auch weltweit;
14. unterstützt die Universität Straßburg in ihren Bemühungen, nach dem am 29. und 30. Juni 1981 veranstalteten Kolloquium über die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten ein ständiges Gremium namens „Entretiens de Strasbourg“ (Straßburger Gespräche) zu schaffen, durch das dieses Experiment zum Nutzen beider Organe des Europarates fortgesetzt und weiterentwickelt werden könnte;
15. begrüßt den vom Ministerkomitee anlässlich seiner 68. Sitzung am 14. Mai 1981 gefaßten Beschluß, den Meinungsaustausch über politische Fragen von gemeinsamem Interesse fortzusetzen und auszuweiten, wobei auch die Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika behandelt werden sollten.

*In einem Änderungsantrag bittet Abg. Jäger (Wangen) (CDU/CSU) um Einfügung der Ziffer 7 der nachstehenden Entschließung.*

**Jäger (Wangen) (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Meine Kollegen! Ich hatte

heute früh bei Vortrag meines Berichts bereits Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie außerordentlich wichtig für den Erfolg des Folgetreffens von Madrid die strikte und vollständige Einhaltung der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki durch alle Teilnehmerstaaten ist und wie schädlich und letztlich erfolgverhindernd sich schwere Verstöße durch Teilnehmerstaaten auf die Konferenz von Madrid auswirken müssen. Ich hielt es daher für sinnvoll, ja für notwendig, daß die Versammlung, wenn sie sich zum gegenwärtigen Stand der Beratungen in Madrid äußert, auch zum Ausdruck bringt, wie wichtig die Einhaltung der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki für den Erfolg dieses Treffens ist.

Dies ist der eigentliche Inhalt des Unterantrags, der Ihnen vorliegt. Hier wird darauf hingewiesen, daß nur bei Einhaltung dieser Bestimmungen ein guter Beitrag zu der dortigen Beschlußfassung geleistet werden kann. An sich ist das eine Selbstverständlichkeit; unter Staaten, die sich dem Völkerrecht verpflichtet wissen, ist eine solche Aussage völlig überflüssig. Sie ist aber notwendig geworden, weil in den vergangenen Monaten schwere Verstöße gegen den Inhalt der Schlußakte von Helsinki stattgefunden haben; ich brauche sie hier nicht erneut zu erwähnen. Von daher ist die Aufforderung an die Teilnehmerstaaten, durch Einhaltung der Schlußakte von Helsinki einen Beitrag zum Erfolg der Folgekonferenz von Madrid zu leisten, von großer Wichtigkeit. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie den Änderungsantrag annehmen würden.

#### Entschließung 759

##### betr. das KSZE-Folgetreffen in Madrid

#### Die Versammlung

...  
...

7. ist überzeugt, daß eine strikte und uneingeschränkte Erfüllung der Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki durch alle Teilnehmerstaaten einen wertvollen Beitrag dazu leisten kann, daß die erhofften Vereinbarungen auf der Konferenz in Madrid erreicht werden;
8. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf:
  - i. konkrete Maßnahmen zu fordern, um die Situation der Menschenrechte in allen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki zu verbessern, und insbesondere die Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Gruppen für die Überwachung der Anwendung der Abkommen von Helsinki zu fordern;
  - ii. den Fortschritt der menschlichen Kontakte und den Austausch von Informationen zu fördern;
  - iii. die bereits erzielten vorläufigen Vereinbarungen zu schützen, deren Bedeutung insbesondere in Angelegenheiten wie Terrorismus

oder wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit nicht unterschätzt werden sollte;

- iv. sich für eine Lösung des Problems des militärischen Gleichgewichts im Rahmen einer „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ einzusetzen, deren Aufgabenstellung eindeutig definiert werden und sich auf verbindliche und verifizierbare Maßnahmen beziehen sollte.

#### Entschließung 760

#### **betr. die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates und Nordamerika (Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika)**

#### Die Versammlung

...

...

11. vertritt die Ansicht, daß die Einrichtung von günstigeren und ausgewogeneren wirtschafts-, handels- und währungspolitischen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates und den Ländern Nordamerikas (Kanada und den Vereinigten Staaten) als Beitrag zur Lösung der Weltwirtschaftskrise eine Politik voraussetzt, die sich auf folgende Prinzipien stützt:

i. anhaltende Förderung des Freihandels durch die allmähliche Senkung der Zolltarife und beschleunigten Abbau aller anderen Handelshemmnisse, insbesondere durch die Abschaffung aller Bestimmungen oder Maßnahmen, die allein darauf abzielen, den inländischen Markt vor fairer ausländischer Konkurrenz zu schützen;

ii. Abschaffung derjenigen Formen der Exportsubventionierung (Regierungssubventionen oder Gewährung von Exportkrediten zu Vorzugsbedingungen), die einen fairen Wettbewerb untergraben und das Wiederaufleben des Protektionismus ermutigen;

iii. in Industriezweigen, die durch scharfen internationalen Wettbewerb bedroht sind — vor allem die Automobil-, Eisen-, Stahl- und Textilindustrie —: Konzertiertes Vorgehen und Koordinierung ihrer jeweiligen politischen Maßnahmen und Verzicht auf jedes bilaterale Abkommen, das darauf abzielt, Exporte auf einen bestimmten Markt zu beschränken, wodurch unweigerlich der Druck auf die Märkte anderer Länder, die nicht diesem Abkommen angehören, verstärkt würde;

iv. Fortschritte in Richtung einer strengeren Haushaltskontrolle durch allmähliche Rückkehr zum öffentlichen Finanzaus-

gleich, wodurch es möglich würde, die Zinssätze auf Dauer zu senken, ohne das Risiko eines inflationären Auftriebs einzugehen;

v. Einführung eines Systems realistischer und stabilerer Wechselkurse als ersten Schritt zu einer Reform des internationalen Währungssystems, dessen notwendige Stützpfeiler der US-Dollar sowie ein erweitertes und gestärktes europäisches Währungssystem sein würden;

vi. größere Mobilisierung des technologischen und landwirtschaftlichen Potentials Westeuropas und Nordamerikas, um die Durchführung eines umfangreichen Programms für landwirtschaftliche Entwicklung und Nahrungshilfe zugunsten der Dritten Welt zu ermöglichen;

vii. Verstärkung ihrer jeweiligen Energiepolitiken entsprechend den allgemeinen Richtlinien, wie sie in der Entschließung 748 (1981) betreffend Energie und Wirtschaft festgelegt worden sind: volle Anwendung der Marktmechanismen (insbesondere im Hinblick auf die Preise), Intensivierung der Forschungsarbeiten im Bereich der erneuerbaren Energien, systematische Inanspruchnahme aller traditionellen Energieformen, die lokal verfügbar sind, und Ausbau der Energiesparmaßnahmen, um die Abhängigkeit von äußeren Versorgungsquellen zu verringern;

viii. die Einleitung eines ständigen Dialogs über alle Fragen von gemeinsamem Interesse zwischen Parlamentariern der Mitgliedstaaten des Europarates und der Staaten Nordamerikas, z. B. anlässlich der jährlichen Debatten der Versammlung über die Tätigkeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

### **Dienstag, 6. Oktober 1981**

#### Tagesordnungspunkt:

#### **Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1980 — Antwort der Versammlung**

(Drucksache 4770)

Berichterstatte: Abg. Dr. Unland

**Dr. Unland** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein langjähriger guter Brauch, in Anwesenheit zahlreicher Delegationen aus denjenigen Ländern der OECD, die nicht dem Europarat angehören, die Aktivitäten der OECD zu diskutieren. Für mich als ein an

Dienstjahren relativ junges Mitglied dieser Versammlung ist es eine große Ehre, Ihnen namens des Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung einen Resolutionsentwurf und dazu einen Bericht vorlegen zu dürfen.

Die Debatte über den OECD-Bericht ist angesichts des Kreises der Mitgliedsländer der OECD nicht etwa nur die Debatte über die Aktivitäten irgendeiner wichtigen internationalen Organisation. Sie ist vielmehr eine Diskussion über die **Lage der Weltwirtschaft** insgesamt.

Diese Debatte, meine Damen und Herren, vollzieht sich heute vor einem ziemlich düsteren Hintergrund. 1981 werden wir im Jahresdurchschnitt zirka 25,5 Millionen Arbeitslose haben, in der zweiten Jahreshälfte 1981 allein 26 Millionen. 1980 waren es — ich sage in Klammern: nur — 23 Millionen. Das Wirtschaftswachstum, ausgedrückt in der Steigerung des Bruttosozialprodukts, beträgt in der OECD etwa 1,25 %. Es ist aber in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Japan hat etwa 3,5 % Wachstum, die USA haben etwa 2,5 %. In vier großen europäischen Ländern beträgt das Wachstum dagegen minus 1 %. Die Inflationsrate in den OECD-Ländern liegt außer in Japan und Deutschland bei 10 %. Soweit einige Zahlen zum Hintergrund.

Seit dem ersten Ölschock 1973/74 waren die OECD-Länder nicht in der Lage, die anhaltenden Probleme der Arbeitslosigkeit und der Inflation zu bekämpfen. Man muß sich fragen, ob das daran lag, daß die OECD die falschen Ratschläge gegeben hat, oder daran, daß ihre Ratschläge und Empfehlungen nicht befolgt wurden. Ich fürchte, das zweite war der Fall.

Ohne einseitig die Ölkrise oder, besser gesagt, die Ölpreiskrise für alles verantwortlich zu machen, muß man den zweiten Ölschock wohl als ursächlich dafür ansehen, daß es den Regierungen immer schwerer fiel, mit den Problemen fertigzuwerden, die vom ersten Ölschock und aus einer Reihe von strukturellen Gründen zurückgeblieben waren.

Das zentrale Problem aller modernen Industriestaaten ist, ob sie sich eine energische Inflationsbekämpfung auf Kosten wachsender Arbeitslosigkeit und eines nur noch schwach oder gar nicht mehr wachsenden Sozialprodukts leisten können, ich meine: politisch leisten können.

Jetzt einige Bemerkungen zu meinem Bericht. Es ist sicherlich unmöglich, in dem hier vorgegebenen Rahmen das breite Spektrum der OECD-Aktivitäten umfassend darzustellen. Man kann immer nur Schwerpunkte setzen. Ich habe mich auf drei Schwerpunkte beschränkt:

1. auf die internationale Handelspolitik und die Gefahr des wachsenden Protektionismus,
2. auf die Arbeitslosigkeit, hier insbesondere auf die Jugendarbeitslosigkeit,
3. auf die Bedeutung der Innovationen für das Wirtschaftswachstum.

Zwei wichtige Bereiche habe ich bewußt nicht behandelt: die Entwicklungspolitik und die Energiepolitik.

Was die Energiepolitik angeht, so hat unser Kollege Petrilli mit dem Dokument 4703 einen bedeutsamen Bericht vorgelegt, der in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit gefunden hat. Diese Versammlung hat den Bericht Petrilli im Mai dieses Jahres diskutiert und die daraus abgeleitete Resolution 748 angenommen.

Zur Entwicklungspolitik hat unser Kollege Grimson mit Dokument 4706 eine, wie ich meine, hervorragende Studie erarbeitet, die immer wieder lesenswert ist. Auch dieser Bericht ist von der Versammlung im Mai 1981 diskutiert worden, die daraufhin die Resolution 747 beschlossen hat.

Angesichts der beiden fundierten Berichte, die in der Öffentlichkeit auf große Resonanz gestoßen sind, habe ich es nicht für angemessen gehalten, beide Themen nur en passant erneut zu untersuchen, zumal seit dem letzten Mai keine Ereignisse oder Entwicklungen eingetreten sind, die das gerechtfertigt hätten.

Lassen Sie mich jetzt einige Bemerkungen zu meinem Bericht machen, zunächst zur **Handelspolitik**.

Die Entwicklung eines freien Welthandels durch verschiedene GATT-Runden hat zu einem ständigen Abbau der Zollschränken in der Welt geführt. Trotzdem gibt es noch bemerkenswerte Unterschiede, z. B. zwischen der EG einerseits und den USA und Japan andererseits.

Die Wirtschaftsrezession in der ganzen Welt verlangt gebieterisch nach der Lösung zweier Probleme:

1. des Ungleichgewichts zwischen Europa einerseits und USA und Japan andererseits,
2. des Problems der wachsenden Importe aus den Schwellenländern.

Statt gemeinsam nach Lösungen zu suchen, haben viele Länder ihr Heil in der bekannten und klassischen „beggar-my-neighbour-policy“ gesucht. Viel Phantasie ist darauf verwendet worden, Importe von den heimischen Märkten fernzuhalten. Bei der Erfindung immer neuer nichttarifärer Handelshemmnisse ist vergessen worden, daß es der freie Welthandel gewesen ist, der den heutigen Industrieländern ihren Wohlstand gebracht hat.

Nur auf ganze kurze Sicht ist die These richtig, **Protektionismus** könne Arbeitsplätze sichern. Auf mittlere und lange Sicht überwiegen die Nachteile. Protektionistische Politik behindert den in der Wirtschaft ständig notwendigen Anpassungsprozeß und verhindert eine optimale Verwendung der Ressourcen. Damit verliert eine Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit, und man erreicht, was man eigentlich verhindern wollte, nämlich die Gefährdung der Arbeitsplätze.

Protektionistische Politik führt aber auch zu Gegenmaßnahmen betroffener und dritter Länder. Als Beispiel sei nur auf den Druck japanischer Automobile auf die europäischen Märkte verwiesen, nachdem Einfuhrbeschränkungen für den amerikanischen Markt etabliert worden waren.

Lassen Sie mich noch ein besonders gravierendes Beispiel unfairer Handelspraktiken nennen: Es ist das Abweichen von den OECD-Richtlinien für Exportkredite. Hierdurch hat es im internationalen Handel erhebliche Verschiebungen insbesondere zugunsten der Staatshandelsländer gegeben, ohne daß dies positiven Einfluß auf die Beschäftigungslage in den OECD-Ländern gehabt hätte, jedenfalls wenn man die OECD als Gesamtheit sieht. Es bleibt sehr zu hoffen, daß dieser Unsinn bald allgemein nicht nur eingesehen, sondern auch eingestellt wird.

Ich glaube, es ist unnötig, zu sagen, daß protektionistische Politik besonders die Entwicklungsländer und deren Absatzchancen auf den Märkten der Industrieländer gefährdet. Ich darf insofern auf unsere Debatte vom letzten Mai verweisen. Herr Präsident, entscheidend für die negative Beurteilung protektionistischer Maßnahmen ist die Tatsache, um es ganz einfach und ganz kurz zu sagen, daß die Wirtschaft durch einen künstlichen Schutzzaun davon abgehalten wird, sich ständig umzustellen, anzupassen, neue Produkte und neue Verfahren zu entwickeln und neue Märkte zu erschließen. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, Wohlstandsdefizit und verringerte Hilfsmöglichkeiten für Entwicklungsländer. Um einen **realen Ressourcentransfer** infolge des Ölpreisanstiegs können wir mit keinerlei Tricks herumkommen. Die OPEC-Länder wollen auf die Dauer nicht nur bedrucktes Papier, nämlich Geld sehen. Gegen steigende Ölpreise helfen nur Energieeinsparung und die Erschließung und Entwicklung neuer Energiequellen.

Selbstverständlich gehe ich bei meiner negativen Haltung zu protektionistischen Maßnahmen nicht von einem verzerrten Wettbewerb, von subventionierten Exporten oder ähnlich unschönen Begleiterscheinungen aus, wie man sie häufig beobachten kann. Freier Handel kann nur unter freien Ländern stattfinden. Ich erinnere an das, wie ich glaube, gute englische Sprichwort „Free trade must be fair trade.“

Nun einige Bemerkungen zur **Arbeitslosigkeit**. Die für uns alle erschreckenden Zahlen der Arbeitslosigkeit habe ich bereits in meiner Einleitung genannt. Seit der Veröffentlichung des OECD-Jahresberichtes im Dezember haben sich die wirtschaftlichen Aussichten unserer Länder eher noch verschlimmert. Dies kommt auch deutlich in der entsprechenden OECD-Veröffentlichung von der Jahresmitte 1981 zum Ausdruck. Tatsache ist, daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr nur eine konjunkturelle oder zyklische Erscheinung ist. Es scheint so, daß Dauerarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit wachsen. Damit aber, so meine ich, dürfen wir uns nicht abfinden. Mit großem Nachdruck möchte ich betonen, daß ich die Jugendarbeitslosigkeit nicht nur für ein ökonomisches, sondern darüber hinaus auch für ein soziales und moralisches Problem halte. Statt längerer Ausführungen hierzu verweise ich auf die jüngste Enzyklika „Laborem Exercens“ von Papst Johannes Paul II., der in diesem Zusammenhang wichtige Ausführungen über den Wert und die Würde der menschlichen Arbeit gemacht hat.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wie soll ein junger Mensch ein positives Verhältnis zur Arbeit bekommen, wenn es ihm nicht gelingt, solche zu finden und zu erlernen? Wie soll ein junger Mensch ein positives Verhältnis zur Gesellschaft und zum Staat bekommen, wenn er annehmen muß, daß diese ihn nicht gebrauchen? Liegt hierin nicht auch, so frage ich, eine der Wurzeln der Jugendunruhen, die wir in jüngster Zeit in unseren Ländern mit wachsender Besorgnis konstatieren müssen?

Bei der Bekämpfung der **Jugendarbeitslosigkeit** darf man sich nicht auf die demographische Entwicklung verlassen, wenngleich hiervon auf längere Sicht eine gewisse Erleichterung ausgehen wird. Da wir inzwischen wissen, daß Jugendarbeitslosigkeit insbesondere ein Problem unzureichend qualifizierter bzw. gar nicht ausgebildeter Jugendlicher ist, müssen wir den Problemen der Berufsausbildung steigende Bedeutung zumessen. Ich beschränke mich auf dieses Stichwort, weil Frau Kollegin Pack vom Ausschuß für Kultur und Erziehung diesen Punkt sicherlich ausführlich behandeln wird.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich weitere Problemgruppen der Arbeitslosigkeit, insbesondere Frauen, die häufig infolge ihrer andersartigen häuslichen Verpflichtungen erheblichen Schwierigkeiten bei der Findung eines Arbeitsplatzes entgegensehen. Aus Zeitgründen kann ich mich mit dieser Frage aber nicht näher befassen; möglicherweise wird Herr Kollege Hugosson vom Sozial- und Gesundheitsausschuß dazu etwas sagen.

Die beste Waffe gegen die Arbeitslosigkeit ist, wie ich meine, die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Innovationen und besseres Management. Der Staat selbst kann dieses nur schlecht tun; er kann aber günstige Rahmenbedingungen schaffen, indem er etwa Hemmnisse für die freie unternehmerische Betätigung abbaut.

Natürlich kann auch der Staat selbst durch seine direkte Nachfrage Beschäftigung schaffen. Ich nenne nur die Stichworte öffentlicher Personenverkehr, Straßenbau und Erziehungswesen. Diese Bereiche aber über Steuererhöhungen zu finanzieren hieße Privatinvestitionen weiter einzuschränken. Es kommt für den Staat also entscheidend darauf an, durch eine geeignete Schwerpunktbildung Beschäftigung zu schaffen, ohne das Budgetdefizit noch weiter zu vergrößern. Nicht alles, was wünschbar ist, können wir uns noch leisten. Unabdingbar dazu gehört nach meiner persönlichen Auffassung wohl auch eine zurückhaltende Lohnpolitik.

Langfristig wird sicherlich auch die Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag leisten. Der Produktivitätszuwachs steht — davon bin ich fest überzeugt — zur Disposition der gesamten Gesellschaft, nicht nur, wie man manchmal den Eindruck hat, zur Disposition der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Wenn ich von Arbeitszeitverkürzung spreche, so denke ich weniger an eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder der Jahresarbeitszeit durch eine Verlängerung des Urlaubs, sondern eher an eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Ich glaube, daß gerade auf dem Felde der Arbeitszeitverkürzung eine ganz beson-

ders enge internationale Zusammenarbeit nötig ist, da es sonst zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen kommen kann.

Herr Präsident, lassen Sie mich nun noch einige Bemerkungen zu meinem dritten Schwerpunkt, zu **Innovationen** machen. Innovationen waren historisch gesehen der Motor der Industrialisierung und des Wohlstandes in unseren Ländern. Als Stichworte nenne ich nur die Erfindung der Dampfmaschine im vorigen Jahrhundert und der Mikroprozessoren in diesem Jahrhundert. Der Bedeutung der Innovationen wird man sich in Europa langsam wieder bewußt, nachdem man lange Zeit auf Japan wie das berühmte Kaninchen auf die Schlange geschaut hatte.

Wir verzeichnen heute auch in Europa bedeutende Fortschritte, etwa auf dem Gebiete der Energieeinsparung. Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, daß es insbesondere mittelständische Unternehmen sind, die hier Hervorragendes geleistet haben. Dabei geht es im wesentlichen nicht um Grundlagenforschung, sondern um eine sehr praxisnahe Anwendungstechnik.

Bei verständiger Anwendung und verantwortungsbewußter Politik stehen wir vor revolutionären Umwälzungen auf den Gebieten der Telekommunikation und der Mikroelektronik. Schließlich ist auch noch der Umweltschutz zu erwähnen, der nicht nur Kosten verursacht, sondern auch bedeutende Wachstumsimpulse erbringt.

Trotzdem ist die Rolle der Innovationen als Motor des Wirtschaftswachstums noch nicht überall voll akzeptiert. Viele halten Innovationen für Teufelswerk, weil Unruhe in die Wirtschaft kommt. Ich glaube, daß man Unruhe in der Wirtschaft in erster Linie positiv als schöpferische Unruhe sehen muß.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, ein häufig anzutreffendes Mißverständnis zu beseitigen: In der Wirtschaftspolitik darf man Innovationen nicht nur technisch, insbesondere nicht nur ingenieurtechnisch sehen. Innovationen müssen ökonomisch gesehen werden. Um das zu verdeutlichen, möchte ich etwa darauf hinweisen, daß man auch neue Modetrends oder neue Entwicklungen im Dienstleistungsangebot, jedenfalls ökonomisch gesehen, als Innovationen bezeichnen muß. Oder wagt etwa jemand unter uns zu bezweifeln, daß die Entwicklung der sogenannten weißen Industrie, des Massentourismus, eine echte Innovation darstellt?

In den OECD-Ländern treffen wir gottlob auf ein sehr positives Verhältnis zu Innovationen. Das hat beispielsweise das 6. Europäische Parlamentshearing über Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und politische Entscheidungsfindung in Den Haag im letzten Frühjahr gezeigt. Hier wurde deutlich, daß jedenfalls unter den europäischen Ländern Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit besteht, möglichst günstige Voraussetzungen für das wirtschaftliche Wachstum und damit für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu schaffen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluß sagen, daß es sicherlich unmöglich ist,

eine einheitliche Meinung für alle Kollegen dieser Versammlung zur gesamten OECD-Politik zu formulieren. Dankbar wäre ich schon, wenn wir hier in dieser Versammlung in wichtigen Grundtendenzen einander näherkommen könnten. Denn eines ist unbestreitbar: Die wirtschaftlichen und damit auch viele andere Probleme können in dieser Welt nur durch eine noch engere Zusammenarbeit der in der OECD zusammengeschlossenen Industrieländer gelöst werden. Unsere Regierungen immer wieder darauf hinzuweisen, sie zu ermahnen, in ihrer jeweiligen Verantwortung auch einmal harte und unpopuläre Entscheidungen zu treffen und sie dabei zu unterstützen, sie zu veranlassen, bei allen Maßnahmen über den Zaun des eigenen Landes hinauszublicken — dies alles zu tun, immer wieder und unermüdlich zu tun, das ist unsere Aufgabe, aber auch unsere Verantwortung als Parlamentarier. — Ich danke Ihnen.

*Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Erziehung zum Tätigkeitsbericht der OECD für das Jahr 1980*

(Drucksache 4775)

Berichterstatter: Abg. Frau Pack

**Frau Pack** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich für die freundliche Aufnahme bedanken, die die Vertreter des Ausschußsekretariats und ich selber im August bei der OECD in Paris gefunden haben. Ich möchte mich auch dafür bedanken, daß wir ein so fruchtbares Gespräch mit den Verantwortlichen über das Thema Jugendarbeitslosigkeit und ihre Beziehungen und Verflechtungen mit Erziehung und Schule führen konnten. Der Ausschuß für Kultur und Erziehung möchte die Gelegenheit heute wahrnehmen, in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf die zahlreichen Studien der OECD hinzuweisen, die diese gerade auf dem Gebiet der Analyse und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geleistet hat. Mehr und mehr stellt sich im Rahmen dieser Studien die **enge Verflechtung von Wirtschaft und Bildung** dar. Ich will mich im folgenden insbesondere mit diesem Gedankengang befassen.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der wichtigsten Probleme der nationalen Regierungen. Erziehung und Beschäftigung sind gleichrangig zu sehen und bedürfen in ihren Politiken ganz enger Zusammenarbeit. Je ein Gesichtspunkt allein wird dem Problem niemals gerecht werden können; denn beide Sektoren reagieren empfindlich aufeinander. Die Investitionen, die wir heute im Bereich der Erziehung und Bildung tätigen, sind in einer Zeit unerläßlich, in der es mehr und mehr auf qualifizierte Arbeitskräfte ankommt. Trotz aller bereits ergriffenen Maßnahmen hat die Jugendarbeitslosigkeit immer mehr zugenommen, und dies wird auch in Zukunft leider so sein.

Es darf nicht sein, meine lieben Kollegen, daß die erste Berührung der Jugendlichen mit der Arbeitswelt

die Arbeitslosigkeit ist! Neue Formen des Übergangs zwischen Schule und Beruf müssen gesucht werden. Eine Möglichkeit böte sich z. B. in einer Art Zivil- oder Sozialdienst, in einem Dienst an der Gemeinschaft. Der Erfolg all dieser Maßnahmen hängt aber weitgehend von dem Eingeständnis ab, daß die Jugendarbeitslosigkeit kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem ist, dem mit dem Kurieren an Symptomen nicht abgeholfen werden kann. Dieses Übel muß an der Wurzel gepackt werden. Das heißt u. a. auch, daß Schule und Beruf mehr aufeinander abgestimmt werden müssen.

Eine gute Allgemeinbildung ist sicher unerläßlich; aber eine bessere **Vorbereitung auf die Arbeitswelt** ist auch unabdingbar. Auch die Ausbildung der Lehrer muß diesen Anforderungen natürlich mehr als bisher Rechnung tragen. Die derzeitigen Orientierungshilfen der Schule für die Berufswelt sind ungenügend. Jede zu enge Spezialisierung sollte verhindert werden. Aber die Schule sollte z. B. auch der Tatsache Rechnung tragen, daß Ingenieure und ähnliche Berufe heute Mangelware sind. Sie sollte die Schüler daher mehr für Mathematik und naturwissenschaftliche Fächer aller Art interessieren. Sie sollte es ferner ermöglichen, daß alle Jugendlichen bereits im Laufe ihrer Schulzeit Erfahrungen mit der Arbeitswelt machen können. Es müßten Methoden dafür gefunden werden, wie Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik auf lange Sicht zum Nutzen der Jugendlichen hierbei mehr als bisher zusammenarbeiten könnten. Sicher sind langfristige Prognosen über Angebot und Nachfrage in den jeweiligen Berufen sehr schwierig. Dennoch sollten solche Prognosen im Interesse der Jugendlichen gewagt werden, um so dem einzelnen die notwendige Orientierungshilfe zu geben und jedem damit die größtmögliche Chance der Wahlmöglichkeiten zu erhalten. Ich möchte hier einmal anmerken, daß, obgleich gerade in unserem Land wenig Chancen bestehen, in Lehrberufen eine Stelle zu finden, weiterhin Pädagogische Hochschulen und entsprechende Fachrichtungen der Universitäten gerade auf diesem Gebiet überfüllt sind und somit jahraus jahrein neue Arbeitslosigkeit produziert wird. Es ist natürlich schwer, den Jugendlichen zu beraten — das war immer schon so —, und die Reaktion ist oft sehr gegenläufig. Dennoch erscheint mir eine stärkere Beeinflussung und Hilfe durch die Schule unbedingt notwendig.

Unser wichtigstes Ziel muß es sein, alle zumindest zu einem **Schulabschluss** zu bringen; denn überall in der Welt bilden gerade die Jugendlichen ohne einen Schulabschluss den harten Kern der Jugendarbeitslosigkeit.

Wir sollten auch eingestehen, daß in der Vergangenheit politisch Fehler gemacht wurden, die auch heute ihren Niederschlag im Berufsleben finden. So war es in den letzten Jahren z. B. in meinem Land vielfach so, daß in der öffentlichen Meinung nur der etwas galt oder mehr galt, der das Abitur hatte. Die Folge davon ist eine Akademikerschwemme in den falschen Berufszweigen und ein ungeheurer Mangel an qualifizierten Facharbeitern.

Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit sollten natürlich vor allem auch die Jugendlichen mit ihrer Meinung zu Erziehung, Bildung und Arbeit gehört werden. Der Kontakt zu den nicht organisierten Jugendlichen ist sehr schwer zu finden, wäre aber unbedingt notwendig. Der Europarat sollte ihn suchen. Vielleicht ergibt sich bei der Konferenz über „die Vorbereitung auf das Leben“ des CCC im nächsten Jahr eine Möglichkeit für ein solches Gespräch.

Lassen Sie mich hierbei noch folgendes anmerken. Es wird auch bei besserem beruflichen Bildungsangebot und auch bei größerer Annahme durch mehr Jugendliche immer eine große Zahl von Jugendlichen geben, die in einer auf Produktivität und Konkurrenz basierenden Gesellschaft keinen adäquaten Platz finden können. Viele Jugendliche haben nämlich Talente, von denen die Schule nicht im richtigen Maß Kenntnis nimmt, vielleicht auch nicht nehmen kann, die aber in ihrer gesellschaftlichen und sozialen Bedeutung auch im Berufsleben nicht unterschätzt werden dürfen. Ich möchte Sie alle darauf hinweisen, daß es hier einen Vorschlag und einen wirklich bedeutsamen Beitrag von Professor Schwarz gibt, den dieser in diesen Tagen, in „Le Monde“ vom 3. Oktober nachzulesen, an den Premierminister Frankreichs zum Thema Jugendarbeitslosigkeit gerichtet hat, in dem er von einem neuen „Contrat Social“ zwischen den Jugendlichen und der Gesellschaft, die sie aufnehmen muß, spricht, und ihrem Recht auf einen ihren Talenten und ihrem Bildungsstand gemäßen Beitrag zu dem gesellschaftlichen Leben ihres Landes Rechnung tragen müßte.

Die Fragen des Bevölkerungsrückganges und der Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit — das ist bereits von meinem Kollegen Dr. Unland angesprochen worden — werden sicherlich Auswirkungen auf die Jugendarbeitslosigkeit haben; aber ich glaube, dies übersteigt den Rahmen dessen, was wir im Ausschuß für Kultur und Erziehung ansprechen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte meine Ausführungen zusammenfassen. Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem, das nicht mehr allein auf nationaler Ebene gelöst werden kann. Es ist nicht mehr möglich, sich allein dem Marktmechanismus anzuvertrauen, um Jugendlichen einen ihnen gemäßen Übergang von der Schule zum Berufsleben zu sichern. Die nationalen Regierungen müssen also die notwendigen Maßnahmen im Bereich von Erziehung, Bildung und Arbeitswelt ergreifen. Ich glaube auch, daß die Erweiterung des Marktes durch Herannahme der Dritten Welt, die Förderung des Austausches der europäischen Jugend auch und gerade in diese Länder sehr hilfreich sein könnten. Die OECD hat eine ausgezeichnete Arbeit geleistet, indem sie den Mitgliedstaaten Analysen und Vorschläge zum Bereich der Erziehung und Bildung von Jugendlichen vorgelegt hat. Es wäre wichtig, daß unsere Versammlung diesen Arbeiten eine verstärkte Beachtung schenkte.

**Dr. Vohrer (FDP):** Herr Vorsitzender! Verehrte Kollegen! Es ist eine gute Tradition in dieser Versamm-

lung, daß man dem Berichterstatter zunächst für seine exzellente Arbeit dankt und ihn lobt, daß man im zweiten Satz aber den Inhalt des Berichts scharf kritisiert. Ich möchte mich heute ausnahmsweise dieser Tradition nicht anschließen, sondern mich inhaltlich hinter den Bericht unseres Kollegen Unland stellen und ihm für die kooperative Art, wie dieser Bericht im Ausschuß zustande gekommen ist, danken. Ich will deshalb auch nur einige Aspekte vertiefen, die in dem Bericht teilweise schon sehr gut angesprochen worden sind.

Trotz der Bedeutung, die der Bericht den Themen Inflationsbekämpfung, Staatsverschuldung und Zahlungsbilanzungleichgewichte gibt, steht im Zentrum die Problematik der **Arbeitslosigkeit**. Die Arbeitslosigkeit ist kein statistisches Problem, sondern ein Problem menschlicher Schicksale. Deshalb ist es von Wert, daß wir uns mit dieser Frage etwas vertieft auseinandersetzen. Denn nach einem Jahrzehnt oder mehreren Jahrzehnten von Produktivitätssteigerung und realem Wirtschaftswachstum, das mit steigender Nachfrage verbunden war, kommen wir langsam in eine Situation, wo diese Produktivitätssteigerung von der Nachfrage nicht mehr absorbiert wird. Ich würde fast sagen: Man kann das Jahrzehnt der 60er Jahre damit beschreiben, daß hier der Staat eingetreten ist und zusätzliche Nachfrage geschaffen hat.

Es gibt in der Tat genügend Aufgaben, die der Staat bewerkstelligen muß. Denken Sie nur daran, was im Bereich des Umweltschutzes noch zu geschehen hat, bis wir bessere Wasserqualität, bessere Luft und weniger Lärm haben, und daran, was noch notwendig ist, bis unsere Verkehrsmittel verbessert sind, die Ressourcen effizienter verwandt werden oder unsere Städte saniert sind!

Aber diese öffentliche Nachfrage kann nicht beliebig gesteigert werden, weil die öffentlichen Mittel irgendwo erschöpft und erschöpfbar sind und weil die Staatsverschuldung in nahezu allen Ländern rapide angestiegen ist.

Auf der anderen Seite geht die Produktivität weiter voran. Uns werden immer wieder die Technologie-szenarien vorgeführt, sei es durch das Kolloquium des Europarats, sei es durch Betriebsbesichtigungen draußen. Es werden uns Betriebe vorgeführt, deren Produktivität in den letzten Jahren nicht um 3 oder 5, sondern oftmals um 10, 15 oder 20 % jährlich gesteigert wird, ohne daß dadurch auch nur eine einzige Person mehr angestellt wird. Teilweise ist diese Steigerung sogar noch mit Rationalisierung und dem Ziel verbunden, an Stelle von Menschen Roboter zu beschäftigen. Wer am vergangenen Samstag das Stahlwerk in Kehl besichtigt hat, weiß, wovon ich hier rede.

Vor dem Hintergrund muß uns die Frage der Arbeitslosigkeit und der von ihr ausgehenden Folgeerscheinungen beschäftigen. Eine der Folgeerscheinungen der Arbeitslosigkeit wurde von dem schwedischen Kollegen Hugosson angesprochen und wird von seinem Amendment abgedeckt: die **Gefährdung der sozialen Sicherheit**.

Von den Leuten, die arbeitslos sind, fehlen die Beiträge zur Sozialversicherung, die Beiträge zur Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung, aber auch die Steuern für den Staat. Vor diesem Hintergrund wird das Defizit in dem einen oder anderen Staat mit zunehmender Arbeitslosigkeit wachsen.

Die Frage, die wir uns hier zu stellen haben, heißt nicht, wie wir uns aus der Situation einigermaßen herausmogeln können, sondern: Welche Wirtschaftsphilosophie und welche neuen Ansätze sind notwendig, um hier vernünftige, langfristige Lösungen zu finden?

Das Bremsen des technischen Fortschritts ist nicht der Ansatz. Da ist es ganz gut, die japanischen Freunde unter uns zu haben, die der Welt in aller Deutlichkeit vorführen, daß dies nicht der Ansatz sein kann.

Ich komme deshalb zu dem Ergebnis, daß wir uns bemühen müssen, die Nachfrage, mit der wir langfristig rechnen können, zu decken und dabei die Arbeit gerechter aufzuteilen. Das kann nicht dadurch geschehen, daß wir immer mehr über den Staatshaushalt finanzieren, sondern muß in der Weise geschehen, daß wir die Arbeit gerechter aufteilen und uns Gedanken machen über Teilzeitarbeitsverhältnisse oder Job-sharing, wie man es im Englischen nennt, über die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, über die Verkürzung auch der Wochenarbeitszeit; ich halte das nicht für eine Tabuzone.

Hier Lösungen zu schaffen ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch der autonomen Tarifpartner, mit dem Ziel, das Problem der Arbeitslosigkeit abzubauen.

Ich möchte noch auf eines hinweisen. Es ist erfreulich, daß wir in Europa nicht mehr die Situation der 30er Jahre haben, wo eine Nation ihre Probleme auf Kosten der anderen lösen wollte. Der vergangene Sonntag war für die Europäer ein großes Ereignis, bei dem mehrere Nationen bereit waren, durch Währungsaufwertung den Nachbarn zu helfen, und akzeptiert haben, daß die andere Seite abwertet, wodurch man in Europa eine Lösung in Gemeinsamkeit gefunden hat.

Ich halte es für notwendig, daß wir in dem Sinne auch in den anderen Fragen, die angesprochen wurden, Lösungen finden. Es kann nicht angehen, daß sich ein Land durch Kreditverbilligung Vorteile auf Kosten eines anderen Landes erwirbt. Hier sind die OECD-Guidelines wirklich von großer Bedeutung und sollten eine wichtige Empfehlung für unsere Regierungen sein. Es darf auch keinen Subventionswettbewerb bei Stahl oder anderen Produkten geben. Wir müssen uns besinnen, daß wir als Europäer, aber auch als Industrieländer unter den OECD-Ländern hier eine große Verpflichtung haben.

Ich komme zum Schluß und in diesem Sinne zu folgendem Ergebnis. Wir müssen die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft nicht nur national, sondern auch international achten. Wir sollten unsere Regierungen ermutigen, den Empfehlungen der OECD mehr Gewicht zu geben. Wir würden uns als Parlamentarier freuen, wenn die eine oder andere

Anregung, die aus unseren Reihen kommt, von der OECD aufgegriffen und auf dem Weg über ihre Empfehlungen umgesetzt würde.

*Schlußwort des Berichterstatters:*

**Dr. Unland (CDU/CSU):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei meiner Einbringungsrede heute morgen habe ich geäußert, daß ich kaum glaubte, daß es möglich sei, im Hinblick auf alle Aktivitäten der OECD hier in dieser Versammlung eine einigermaßen gleichförmige Auffassung zu erreichen. Ich habe die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es vielleicht gelingen würde, in den Grundtendenzen aufeinander zuzukommen, einander näherzukommen. Wenn ich heute abend beim Rückblick auf die lange Debatte — selbst bei Berücksichtigung so unterschiedlicher Standpunkte wie etwa der Standpunkte des Kollegen Portheine auf der einen Seite und des Kollegen Hugosson auf der anderen Seite — resümiere, so stelle ich doch fest, daß wir hier ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Ansichten gefunden haben, daß und wie wir den Problemen, die uns alle bedrücken, zu Leibe gehen müssen. Ich habe die Hoffnung, daß die verantwortliche Diskussion, die hier heute stattgefunden hat, auch eine Entsprechung in einschlägigen Aktivitäten unserer Mitgliedsregierungen finden wird.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich habe zunächst allen Mitberichterstattern der Ausschüsse zu danken, die sich ebenfalls mit dem OECD-Bericht befaßt haben. Ich glaube, hier ist ein hohes Maß an Arbeit investiert worden. Wenn ich einen einzigen Ausschußbericht herausnehme und die anderen nicht namentlich erwähne, so tue ich das aus einem sachlichen Grunde.

Ich beziehe mich auf den Bericht des Regionalaussschusses, den unser Kollege Guterres vorgetragen hat. In seinem Bericht gab es einen ganz kleinen kritischen Unterton gegenüber der OECD. Wir sollten dies aber, wie ich glaube, als freundschaftliche Anregung deuten, der Regionalpolitik in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ich glaube, auch unter ökonomischen Gesichtspunkten kann man diese Anregung nur unterstützen. Gerade auch in einer konsequenten und konstruktiven Regionalpolitik liegen noch erhebliche Wachstumsmöglichkeiten, die wir für unsere Volkswirtschaft nutzen sollten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die einzigen, wenn ich das richtig sehe, möglichen sachlichen Meinungsverschiedenheiten hat es hinsichtlich des Beitrages des Kollegen Hugosson zum Thema der **Zukunft des Sozialstaates** oder der Zukunft des Wohlfahrtsstaates gegeben. Ich möchte hierzu meine Meinung sagen. Ich kenne jedenfalls keinen, der diesen Wohlfahrtsstaat abbauen will. Ich glaube, daß es doch nur um die Frage geht, ob wir uns alles das real, wirtschaftlich noch leisten können, was wir uns heute leisten zu können glauben. Die soziale Sicherheit fällt doch nicht etwa vom Himmel. Auch wir Politiker können doch unseren Bürgern nicht soziale Sicherheit schenken, wenn wir ihnen vorher nicht das Geld dafür abgenommen haben.

Ich meine, zu einer richtigen Sozialpolitik gehört ein heißes Herz für Menschen, die in der Not sind. Dazu

gehört gleichermaßen aber auch ein kühler Verstand, um nämlich eine richtige Politik konzipieren zu können. Politik nur mit heißem Herzen und ohne kühlen Verstand führt meistens zu keinen guten Ergebnissen, denn über eines sollten wir uns doch im klaren sein: Die Steuerquellen in all unseren Staaten sind, soweit ich das übersehen kann, so beansprucht, daß man nicht mehr sehr viel herauspressen kann. Tut man es dennoch, so wird die Wirtschaft noch stärker belastet. Dies würde nur dazu führen, daß die Investitionen noch weiter zurückgehen und die Arbeitsplätze in weitere Gefahr kommen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, damit scheint mir ein entscheidender Punkt angesprochen zu sein. Eine Wohlfahrtspolitik mit ständigen öffentlichen Defiziten zu finanzieren, d. h. Wohlfahrtspolitik um den Preis der Staatsverschuldung zu betreiben, bedeutet doch im Grunde nichts anderes als eine Sünde an den nächsten Generationen. Denn nicht wir, die wir die Vorteile dieser möglichen Wohlfahrtspolitik heute genießen, sind diejenigen, die sie bezahlen müssen. Vielmehr werden unsere Kinder und Enkelkinder einmal für die Schulden geradestehen müssen, die die heutige Generation macht. Wir sollten dann doch nicht davon reden, daß die Jugend dem Staat entfremdet wird. Meine Kolleginnen und Kollegen, Generalsekretär Van Lennep hat es, wie ich glaube, richtig gesagt: Es geht nicht um den Abbau des Wohlfahrtsstaates, sondern es geht um die Anpassung des Wohlfahrtsstaates.

Frau Kollegin Anér hat heute Präsident Sadat zitiert. Mit uns allen verneige ich mich vor diesem großen Toten. Ihn zeichnete nicht nur Frömmigkeit aus, wie Frau Kollegin Anér gesagt hat. Ihn zeichnete insbesondere das aus, was wir Politiker auch haben sollten, nämlich Mut, Mut auch zu unbequemen Entscheidungen. Es gehört eben Mut dazu, unseren Bürgern in Versammlungen vor großen Wahlen nicht das Blaue vom Himmel zu versprechen. Es darf nicht so sein, daß die Politiker hinterher Gefangene ihrer eigenen Versprechungen werden und diese dann zu Lasten der nächsten und übernächsten Generation einlösen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sozialpolitik ist heute nicht mehr dasselbe wie vor hundert Jahren, nämlich Politik für sogenannte arme Leute. Ich vermag nicht einzusehen, daß ein Facharbeiter, der sechs Wochen Urlaub hat und für 2 000 DM eine schöne Reise in den Süden antreten kann, wirklich so geknechtet ist wie sein Vorgänger vor hundert Jahren. Ich möchte zwei Beispiele aus meinem eigenen Lande anführen: Wo steht eigentlich geschrieben, daß dieser Arbeiter, der sich jedes Jahr eine Reise in den sonnigen Süden leisten kann und seine Kinder auf die höhere Schule schicken kann — ich sage: Gott sei Dank —, nicht auch einen kleinen Anteil von seinen Krankheitskosten selber tragen kann, um diese Kosten der Gemeinschaft nicht insgesamt aufzuerlegen?

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich täusche mich nicht, wenn ich sage, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Eine gute Sozialpolitik ohne eine kon-

struktive Wirtschaftspolitik ist nicht möglich. — Herr Präsident, ich möchte abschließend bemerken, daß ich hier nur ein Scheinproblem sehe, dieses Problem aber für so wichtig halte, daß wir darüber einmal im Rahmen einer ausführlichen Debatte — heute war dies nicht möglich — eingehend sprechen sollten.

*Abg. Dr. Vohrer bringt den Änderungsvorschlag ein, in Ziffer 8 der nachstehenden Entschließung 761 die Worte anzufügen:*

„insbesondere durch Sicherstellung, daß Inflationssteigerungen, die aus höheren Energieimportpreisen resultieren, gesondert berücksichtigt werden als ein wichtiger Indikator, auf den sich Verhandlungen über die Einkommen stützen.“

**Dr. Vohrer (FDP):** Herr Vorsitzender! Das Amendement Nr. 8 wurde im Ausschuß ausführlich diskutiert. Es geht mir als Antragsteller dabei darum, daß man die **Inflationsrate** nicht nur als Gesamtinflation sieht, sondern dabei auch die Problematik zur Sprache bringt, daß ein Teil der Inflation von der importierten Energiepreissteigerung herrührt. Man kann Geld, das man schon für Energie ausgegeben hat, nicht im Inland nochmals für Lohnsteigerungen verteilen. Deshalb hielt ich es für notwendig, daß man zur Objektivierung der Daten für die Einkommensauseinandersetzung und die Lohnpolitik als zusätzliche Information die Inflationsrate zur Diskussion stellt, wobei die Inflationsrate errechnet werden muß, die von den Einflüssen bereinigt ist, die von der importierten Energie herrühren. Dann wird es einfacher, die Lohnsteigerungsrate zu finden, die im Inland tatsächlich zur Verteilung zur Verfügung steht.

Das wollte ich noch einmal klarstellen. Das ist auch eine Änderung gegenüber dem, was ursprünglich in der Kommission zur Diskussion gestellt wurde. Es soll sich hier um eine zusätzliche Information, um einen zusätzlichen Indikator handeln, der geeignet ist, die Lohndiskussion zu objektivieren.

*Der Änderungsantrag wird abgelehnt.*

#### Entschließung 761

#### **betr. die Antwort auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1980**

##### Die Versammlung

1. nimmt Bezug auf den Tätigkeitsbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1980 (Dok. 4738), den Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 4770) sowie auf die Beiträge ihrer Ausschüsse für Wissenschaft und Technologie (Dok. 4791), Sozialordnung und Gesundheit (Dok. 4795), Kultur und Erziehung (Dok. 4775), ihres Landwirtschaftsausschusses (Dok. 4771) und ihres Ausschusses für Raumordnung und Kommunalfragen (Dok. 4774);

#### **I. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

2. betont die Notwendigkeit, den Dialog zwischen der OECD und der Versammlung, der bereits zu einer Reihe von konstruktiven wirtschafts- und entwicklungspolitischen Vorschlägen geführt hat, fortzusetzen und zu verbessern;
3. ist über die ständige Verschlechterung der Beschäftigungslage in den OECD-Ländern besorgt, die im wesentlichen auf das Fortbestehen hoher Inflationsraten, die unzureichende Beachtung der Notwendigkeit industrieller Umstrukturierung und das Aufeinanderfolgen von zwei massiven Ölpreissteigerungen zurückzuführen ist;
4. unterstreicht, daß diese Situation eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den OECD-Ländern erfordert, damit diese ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen koordinieren und harmonisieren, um ein angemessenes nicht-inflationäres Wirtschaftswachstum zu fördern;
5. ist der Auffassung, daß Arbeitslosigkeit als eine der Hauptursachen für soziale Mißstände angesehen werden muß und unter anderem eine Schwächung des Systems der sozialen Sicherheit herbeiführt;
6. nimmt die Erklärung des Gipfeltreffens von Ottawa zur Kenntnis, in der die Staats- bzw. Regierungschefs der sieben wichtigsten OECD-Länder die Notwendigkeit anerkennen, die Volkswirtschaften der demokratischen Industriestaaten neu zu beleben und der Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit höchste Priorität zu verleihen, wobei umfangreichere Investitionen und ein anhaltendes Wachstum sicherzustellen sind;
7. vertritt die Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit insbesondere die jungen Menschen trifft — nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und moralisch gesehen —, und möchte ihre Unterstützung des OECD-Arbeitsprogramms in bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit zum Ausdruck bringen, das zu einem besseren Verständnis der tieferliegenden Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit und der erforderlichen Schritte im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik führen sollte, und ist bestrebt, der Arbeit der OECD auf diesem Gebiet sowohl in den Parlamenten als auch in der Öffentlichkeit weitreichende Publizität zu verleihen;
8. vertritt die Ansicht, daß es aufgrund der Tatsache, daß die gegenwärtige Beruhigung auf dem Ölmarkt wahrscheinlich nicht anhalten wird, für die Regierungen der OECD-Länder weiterhin von größter Bedeutung ist, die in der Entschließung 748 (1981) betreffend Energie und Wirtschaft empfohlenen politischen Maßnahmen durchzuführen und zu verstärken, um ihre Abhängigkeit von Energieeinfuhren zu verringern;
9. wiederholt ihre Unterstützung der „Erklärung über die Handelspolitik“, die im Juni 1980 vom Ministerrat der OECD angenommen wurde und

deren Verwirklichung für die Erhaltung eines offenen multilateralen Handelssystems von ausschlaggebender Bedeutung ist, und begrüßt die jüngste Initiative der OECD, sich verstärkt mit dem internationalen Dienstleistungsverkehr zu befassen, um die Mittel zur Verringerung oder Beseitigung von Hindernissen und anderen Problemen, die für diesen Bereich typisch sind, zu untersuchen;

10. ist besorgt, daß die ständige Währungsinstabilität die Bemühungen der Regierungen um die Erhaltung ausgewogener internationaler Handelsbeziehungen und um eine Kontrolle der Inflation kompliziert, und fordert neue Anstrengungen, um die internationale Zusammenarbeit im Währungsbereich zu stärken,

11. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf:

i. protektionistischem Druck Widerstand zu leisten und Maßnahmen abzulehnen, die zu Verzerrungen in den Handelsbeziehungen führen, insbesondere Einfuhrbeschränkungen und Subventionen, und die Probleme, die durch die Änderung der jeweiligen internationalen Wettbewerbspositionen aufgeworfen werden, durch die Intensivierung unterstützender politischer Maßnahmen zur industriellen Umstrukturierung und gegebenenfalls durch die internationale Zusammenarbeit in den bestehenden multilateralen Gremien zu lösen;

ii. der Verstärkung der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit Vorrang zu verleihen, um die Instabilität der Wechselkurse und Zinssätze zu verringern, die unnötigen wirtschaftlichen und sozialen Druck bewirkt und die Bemühungen der Regierungen um die Rückkehr zu einem angemessenen nicht-inflationären Wirtschaftswachstum kompliziert;

iii. ihre Bemühungen zu verstärken, um eine Einigung über die Zinssätze im Rahmen der „Vereinbarung über die Richtlinien für offiziell unterstützte Exportkredite“ der OECD zu erzielen;

iv. die Gründung, Entwicklung und ausgewogenere regionale Streuung von Klein- und Mittelbetrieben durch verschiedene Maßnahmen und Einrichtungen, insbesondere im Erziehungs-, Sozial- und Steuerbereich, zu stimulieren, die ein allgemeines Wirtschaftsklima begünstigen können, in dem die Klein- und Mittelbetriebe ihre Beiträge zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen erhöhen können;

v. die Zahl der Arbeitsplätze im Privatsektor zu erhalten und zu erhöhen durch:

(a) die Schaffung eines günstigen Klimas für produktive Investitionen durch Steueranreize und die Beseitigung übertriebener

gesetzlicher und bürokratischer Zwänge, und

(b) die Erhöhung des potentiellen Produktionszuwachses durch Ausbildungs- (oder Umschulungs-)programme für Arbeitnehmer, bildungspolitische Maßnahmen, Arbeitsplatzsubventionierung usw., um die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und den inflationären Druck insbesondere durch die Verringerung der Defizite im Staatshaushalt abzuschwächen;

vi. im Rahmen der OECD die Bewertung der Auswirkungen des technologischen Wandels auf das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungslage und die Produktivität mit dem Ziel fortzusetzen, strukturelle Änderungen zu erleichtern;

vii. ausgewogenere Beziehungen zu den erdölfördernden und den nichterdölfördernden Entwicklungsländern herzustellen, um ihre Probleme, die sich aus der Änderung der internationalen Handelsstrukturen und den hohen Energiepreisen ergeben, zu lösen;

viii. auf dem bevorstehenden Nord-Süd-Gipfeltreffen in Cancun und in den nachfolgenden globalen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen über die Verwirklichung einer Strategie für die dritte Entwicklungsdekade eine konstruktive Haltung einzunehmen und dabei die in EntschlieÙung 747 (1981) „Die globalen Perspektiven — Bedürfnisse der Menschheit und die Ressourcen der Erde“ sowie im Aktionsprogramm der VN-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen (Nairobi, 10.—21. August 1981) und auch in der Erklärung anläßlich des Treffens der Regierungschefs der Commonwealth-Länder (Australien, Oktober 1981) formulierten politischen Empfehlungen zu berücksichtigen;

12. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, daß der Staat weiterhin die Hauptverantwortung für die Verwirklichung eines angemessenen Schutzes trägt und eine wirksamere Neuverteilung der Sozialleistungen untersucht, wobei gleichzeitig gewährleistet sein muß, daß die Systeme der sozialen Sicherheit grundsätzlich nicht in ihrem derzeitigen Umfang eingeschränkt werden;

## II. Kultur und Erziehung

13. nimmt Bezug auf ihre EntschlieÙung 737 (1980) und begrüßt den Beschluß des OECD-Rates, der Organisation die Möglichkeit zu geben, ihre Aktivitäten im Bereich der Erziehung fortzusetzen;

14. vertritt die Ansicht, daß die Konzeptionen der OECD und des Europarates einander weitgehend ergänzen und daß dies zu einer fruchtbaren

- ren Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen führen sollte;
15. ist sich der Priorität, die der Bildungs- und Beschäftigungspolitik zukommt, und der Notwendigkeit einer engen Koordinierung dieser beiden Politiken bewußt;
  16. vertritt die Ansicht, daß die Jugendarbeitslosigkeit kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Phänomen ist, das eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwandlung widerspiegelt, und daß sie die Verwirklichung einer globalen kurz-, mittel- und langfristigen Politik erfordert;
  17. ist der Auffassung, daß Erziehungs- und Ausbildungssysteme allzu oft die tatsächlichen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu verkennen scheinen und daß den Eltern, Schülern, Schulen und Behörden demzufolge die Probleme im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines besseren Übergangs von der Schule ins Berufsleben verstärkt zu Bewußtsein gebracht werden müssen;
  18. ist überzeugt, daß es bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unbedingt erforderlich ist, die am stärksten Betroffenen und insbesondere die jungen Menschen selbst zu konsultieren, um ihre Haltung zu den Erziehungs- und Berufsproblemen kennenzulernen, und bezieht sich in diesem Zusammenhang auf ihre Empfehlung 902 (1980) betr. die Jugendzusammenarbeit in Europa;
  19. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
    - i. Politiken zu definieren, die den jungen Menschen eine größere Chancengleichheit bieten, wobei sicherzustellen ist, daß sie bei Verlassen der Schule eine tatsächliche Qualifikation aufweisen, und zwar insbesondere durch bessere Beratung während der Schulzeit und ausführlichere Informationen über die Arbeitswelt,
    - ii. Bedingungen für eine bessere Freizeitnutzung zu schaffen.

### III. Landwirtschaft

20. vertritt die Ansicht, daß die Landwirtschaft als wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaft betrachtet werden muß, dessen Ertragsfähigkeit ständig verbessert werden muß, daß aber die von der OECD befürwortete Politik „positiver Umstrukturierungen“ den besonderen Bedingungen der Landwirtschaft und ihren Beiträgen zur Gesellschaft Rechnung tragen muß;
21. begrüßt die von der OECD zum Zweck der Verbesserung der Marktmechanismen durchgeführten Studien über die Erträge und Profitmargen der Industrie und Nahrungsmittelverarbeitung und -vermarktung;
22. anerkennt die Tätigkeit der OECD in bezug auf Energie und Landwirtschaft und erinnert an ihre diesbezügliche EntschlieÙung 744;

23. bringt ihre Befürchtung über die wachsende Abhängigkeit der Entwicklungsländer von nordamerikanischen und zum Teil europäischen Getreideeinfuhren zum Ausdruck und fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, nicht nur ihre kurzfristige Nahrungsmittelhilfe zu erhöhen, sondern vor allem die Entwicklungsländer zu ermutigen, ihre einheimische landwirtschaftliche Produktion und ihre Agrarmärkte neu aufzubauen;
24. spricht der OECD ihre Anerkennung aus für die Studien über die Lage der Landwirtschaft in verschiedenen osteuropäischen Ländern und fordert insbesondere die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, das polnische Ersuchen um kurzfristige Nahrungsmittelhilfe so großzügig wie möglich zu behandeln;
25. begrüßt die gegenwärtigen Bemühungen der OECD, die Erfahrungen der Länder Nord- und Südeuropas in bezug auf landwirtschaftliche Investitionen und die Ertragsfähigkeit bestimmter Sektoren zusammenzufassen;
26. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten auf, verstärkt die Möglichkeiten der Organisation zu nutzen, ein Forum für eine umfassende internationale Erörterung der Fischereiprobleme bereitzustellen, wie dies in Empfehlung 913 (1981) der Versammlung betr. die Zukunft der Fischerei in Europa vorgeschlagen wird;

### IV. Raumordnung und Umweltschutz

27. ist der Auffassung, daß Umwelt- und Raumordnungspolitiken als unbedingt erforderliche Faktoren bei der Lösung der Wirtschaftskrise anerkannt werden sollten und auf seiten der OECD größere Beachtung verdienen;
28. ist überzeugt, daß es von entscheidender Bedeutung ist, regionale Lösungen der Energiekrise und des Beschäftigungsproblems zu finden;
29. fordert die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten dringend auf, die Rolle der Raumordnungspolitiken bei der Bewältigung der Krise zu verstärken und mehr Mittel auf die Bekämpfung der Umweltverschmutzung und den Umweltschutz zu verwenden.

Tagesordnungspunkt:

### Ansprache des Generalsekretärs der OECD Jonkheer Emile van Lennep

**Dr. Vohrer (FDP):** Ich möchte eine sehr kurze Frage an Herrn van Lennep stellen, die er auch ohne statistische Jahrbücher beantworten kann. Herr van Lennep, inwieweit sehen Sie oder sieht die OECD in umfangreichen Nationalisierungsprogrammen einen Ansatz, der hilfreich und geeignet ist, die von Ihnen aufgezeigten aktuellen Wirtschaftsprobleme, insbesondere Inflation und Arbeitslosigkeit, zu lösen?

*Generalsekretär van Lennep erwidert, dieses Instrument der Wirtschaftspolitik spiele in den Diskussionen innerhalb der OECD nicht gerade eine zentrale Rolle als Mittel der Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit.*

**Dr. Gessner** (SPD): Herr Generalsekretär, ich möchte Ihnen eine kurze Frage stellen, die in vielen unserer Länder zum Teil sehr kontrovers diskutiert wird. Wie hoch muß Ihrer Meinung nach der Anteil der Kernenergie an der Energieversorgung sein, damit die Energieproblematik im nächsten Jahrzehnt einigermaßen zufriedenstellend gelöst werden kann?

Generalsekretär *van Lennep* antwortet, die Prognosen der OECD rechneten mit einem Prozentsatz von 20 % für 1990. Dem müsse aber hinzugefügt werden, daß im Hinblick auf dieses Ziel die Entwicklung der Energiegewinnung der Mitgliedstaaten insgesamt im Bereich der Kernenergie wie auch der Kohleenergie hinter den Planungen zurückbleibe. Darin liege die Gefahr einer neuen erhöhten Abhängigkeit vom Erdöl.

## Mittwoch, 7. Oktober 1981

Tagesordnungspunkt:

### 20. und 21. Jahresbericht der Europäischen Freihandelszone (EFTA) — Antwort der Versammlung

(Drucksache 4766)

Berichterstatter: Abg. Paiva

EntschlieÙung 762

#### betr. die Antwort auf den 20. und 21. Jahresbericht der Europäischen Freihandelszone (EFTA)

Die Versammlung

1. hat den 20. und 21. Jahresbericht der Europäischen Freihandelszone (EFTA) (Dok. 4639 und 4765) und den Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 4766) zur Kenntnis genommen;
2. stellt fest, daß die Mitgliedstaaten der EFTA vor allem im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungslage bisher über eine gesündere Wirtschaftslage verfügen als die meisten großen Industriestaaten, daß sich aber eine negative Entwicklung bemerkbar macht, insbesondere in Form einer deutlichen Konjunkturabschwächung und einer allzu starken Preissteigerung in mehreren Ländern;
3. stellt fest, daß es den EFTA-Ländern trotz starken Drucks von außen, der durch einen immer schärferen Handelswettbewerb und die Stagnation des Welthandels bedingt ist, gelungen ist, die Handelsfreiheit untereinander und mit ihren Partnern in der Europäischen Gemein-

schaft aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln;

4. begrüßt das zufriedenstellende Funktionieren der Europäischen Freihandelsabkommen und ihre Erweiterung durch die Aufnahme Griechenlands, das seit dem 1. Januar 1981 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist, sowie durch die Verwirklichung des multilateralen Freihandelsabkommens mit Spanien, das den fortschreitenden Abbau der Zollschranken vorzieht;
5. wiederholt ihren in EntschlieÙung 715 (1980) betr. die Antwort auf den 18. und 19. Jahresbericht der EFTA zum Ausdruck gebrachten Wunsch, daß die Vorteile der europäischen Freihandelsabkommen auf diejenigen drei Mitgliedstaaten des Europarates, die weder Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft noch der EFTA sind, nämlich Malta, die Türkei und Zypern, ausgedehnt werden könnten;
6. erinnert daran, daß die Europäische Gemeinschaft Haupthandelspartner der EFTA-Länder ist und umgekehrt, und unterstreicht in diesem Zusammenhang die große Bedeutung der zwischen der Gemeinschaft und jedem Mitgliedstaat der EFTA geschlossenen Freihandelsabkommen, die über die Einrichtung des industriellen Freihandels hinaus den Aufbau eines dichten und diversifizierten Netzes bilateraler Beziehungen in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Umwelt, Verkehr und Forschung, ermöglichen haben;
7. würdigt die bemerkenswerten Ergebnisse, die durch den EFTA-Fonds für die industrielle Entwicklung Portugals erzielt worden sind, der die Schaffung oder Erhaltung mehrerer zehntausend Arbeitsplätze ermöglicht und vor allem durch die Stärkung der Wirtschaftsstruktur dazu beigetragen hat, die Grundlagen der portugiesischen Demokratie zu festigen;
8. hält die Maßnahmen für sehr positiv, die die EFTA-Länder im Rahmen ihrer Zusammenarbeit zugunsten Jugoslawiens ergriffen haben, insbesondere in den Bereichen der Handelsförderung und des Tourismus;
9. fordert die Regierung der Mitgliedstaaten der EFTA auf:
  - i. entschiedene politische Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Wirtschaftstendenzen, die die Grundlagen des Freihandels in Europa untergraben könnten, zu ergreifen, indem sie insbesondere die Inflation bekämpfen und das Wirtschaftswachstum fördern;
  - ii. ihre Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft in allen Bereichen zu intensivieren und mehr zu koordinieren, da eine gleichlaufende wirtschaftliche Entwicklung zur Stärkung des Freihandels zwischen europäischen Ländern erforderlich ist;
  - iii. besondere Aufmerksamkeit auf den Abbau aller (tarifären und nichttarifären)

Handelshemmnisse und auf die Vereinfachung der Herkunftsbestimmungen nicht nur untereinander, sondern auch im Handel mit der Europäischen Gemeinschaft zu verwenden;

- iv. die Maßnahmen des EFTA-Fonds für die industrielle Entwicklung Portugals verstärkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen auszurichten;
  - v. ihre Maßnahmen zur Zusammenarbeit mit Jugoslawien fortzusetzen und die Möglichkeiten zu untersuchen, gleiche Maßnahmen auch zugunsten derjenigen Mitgliedstaaten des Europarates zu ergreifen, die weder der Europäischen Gemeinschaft noch der EFTA angehören;
  - vi. in dieser Hinsicht Überlegungen über das künftige Vorgehen der EFTA nach dem Beitritt Portugals zur Europäischen Gemeinschaft anzustellen, und dabei zu bedenken, daß das Ausscheiden ihres am wenigsten entwickelten Mitglieds die EFTA nicht verleiten sollte, sich auf sich selbst zurückzuziehen, sondern sie im Gegenteil anregen sollte, die im Falle Portugal gewonnenen Erfahrungen anderen europäischen Ländern zugute kommen zu lassen;
  - vii. ihre Bemühungen um eine weitere Liberalisierung des Handels mit Fischereiprodukten innerhalb der EFTA angesichts der Bedeutung dieser Industrie in mehreren EFTA-Ländern fortzusetzen;
10. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten der EFTA und der Europäischen Gemeinschaften auf, ihre gemeinsamen Bemühungen zu intensivieren, um eine harmonische Entwicklung ihrer Handelsbeziehungen sicherzustellen, und dabei dem spezifischen Charakter des Handels mit Agrarprodukten und der Lage der Landwirtschaft in den betreffenden Ländern besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Tagesordnungspunkt:

#### **Ansprache des österreichischen Ministers für Handel und Industrie und Vorsitzenden der EFTA-Räte auf Ministerebene Josef Staribacher**

*Abg. Dr. Unland fragt Minister Staribacher, welche Fortschritte in der Harmonisierung der Ursprungsregelungen im Handel zwischen EFTA- und EG-Ländern zu verzeichnen seien.*

Handelsminister Staribacher antwortet, die EFTA-Länder hätten seit Jahren der EG sehr weitgehende Vorschläge unterbreitet, doch die Verhandlungen hätten bisher nur zu geringen Ergebnissen geführt, wie z. B. zur Einführung des EUR-2 Formulars.

**Dr. Unland (CDU/CSU):** Herr Minister, ich darf Ihnen für diese konstruktive und positive Erklärung ausdrücklich danken. Wir haben ja die Tatsache zu verzeichnen, daß Unternehmer, die enge Handelsbeziehungen zwischen EWG- und EFTA-Staaten wahrnehmen wollen, durch bürokratische Hemmnisse in unglaublicher Weise beeinträchtigt werden. Auch ich würde die Prozentsatz-Kriterien für einen guten und konstruktiven Beitrag in dieser Richtung halten.

Auf der anderen Seite gibt es mit dem EUR-2 Formular immer noch gewisse Schwierigkeiten insofern, als beispielsweise die Händlerbescheinigung jedenfalls in meinem Land dann nicht wirkt, wenn irgendein kleiner Zollbeamter glaubt, er müsse Bedenken an der Richtigkeit dieser Bescheinigung haben. Dann muß der körperliche Ursprungsnachweis geführt werden. Selbst wenn auf den betreffenden Maschinen oder Geräten beziehungsweise den Verpackungen Ursprungsnachweise eingedruckt sind, kann sich ein Zollbeamter auf den Standpunkt stellen, das reiche nicht aus, der Beweis müsse sozusagen durch physikalische Auseinanderlegung angetreten werden. Ich meine, hier muß eine wirklich vernünftige und den ökonomischen Belangen Rechnung tragende Regelung getroffen werden.

Tagesordnungspunkt:

#### **Aktivitäten des Wiedereingliederungsfonds des Europarates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse**

(Drucksache 4763)

Berichterstatter: Abg. Margue

Tagesordnungspunkt:

#### **Erzieherische und kulturelle Probleme im Zusammenhang mit den Sprachen von Minderheiten und den Dialekten in Europa**

(Drucksache 4745)

Berichterstatter: Abg. Cirici

**Dr. Wittmann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der hervorragende Bericht zeigt uns, daß Europa eben nicht nur aus neun oder zehn und auch nicht nur aus 21 Nationen besteht, sondern aus einer **Vielzahl ethnischer Gruppen**, die jeweils eine eigene Sprache sprechen, eine eigene Kultur haben und auf eine eigene Existenz Wert legen.

Ich bin der Auffassung, daß wir dieses Problem jetzt in Angriff nehmen müssen. Denn unser Bemühen, die Menschenrechte zu verwirklichen, bleibt unvollkommen, wenn wir nicht erkennen, daß der Mensch sich eigentlich erst durch den Gebrauch seiner Sprache in seiner Gruppe, aus der er kulturell hervor-

geht, in seiner Menschenwürde entwickeln kann. Die Sprache ist also das wichtigste Merkmal.

Lassen Sie mich etwas aus meiner Kindheitserfahrung sagen. Ich bin in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei aufgewachsen, wo 98 % Deutsche waren. Bei öffentlichen Stellen durften wir nirgends unsere Sprache sprechen. Für Kinder war das sehr hart. Man hat das Problem dann dadurch „gelöst“, daß man nach 1945 die Deutschen aus ihrer angestammten Heimat vertrieben hat. Das darf nie wieder geschehen, weder in Europa noch sonst irgendwo. Die Vereinten Nationen befassen sich jetzt mit dieser Problematik.

Wir können wohl feststellen, daß eine eigene Kultur, eine eigene Sprache nur im Rahmen einer anerkannten Gruppe entwickelt, beziehungsweise gesprochen werden kann.

Die herkömmlichen Diskriminierungsverbote unserer Menschenrechtspakte genügen nicht. Immerhin haben wir Ansatzpunkte — der Herr Berichterstatter hat es ausgeführt — in Artikel 27 des Paktes für bürgerliche und politische Rechte.

Wir haben aber auch Ansatzpunkte in der **Schlußakte von Helsinki**, wo auf die Minderheiten Bezug genommen wird. Wir sollten von diesem Anfang ausgehen, hier eingreifen und eine Weiterentwicklung ermöglichen. Ich glaube, hier ist ein Anfang gemacht, ethnischen Gruppen zu den Rechten zu verhelfen, die sie brauchen, um sich kulturell und auch sonst erhalten zu können. Es ist die wichtigste Ergänzung des Menschenrechtsschutzes. Der Herr Berichterstatter hat mit Recht davon gesprochen, daß es die dritte Ebene des Menschenrechtsschutzes ist.

Dem Europäischen Parlament, — es ist die kleinere Gemeinschaft und bei weitem nicht mit diesen Kompetenzen ausgestattet — liegt ein Entwurf über eine Konvention über den Schutz nationaler und ethnischer Gruppen sowie ein entsprechendes Zusatzprotokoll vor. Es wäre vielleicht zu überlegen, ob wir uns eines Tages, wenn wir die Entwicklung der Empfehlungen dieses Berichts sehen, nicht auch mit der Frage befassen sollten, ob es eine internationale Konvention mit einem **Minimumstandard für sprachliche Minderheiten** geben sollte. Der Entwurf wurde von dem Internationalen Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus in München erarbeitet. Ich glaube, der Europarat wäre angesichts der vorbildlichen Entwicklung des Menschenrechtsschutzes in unserem Bereich dazu prädestiniert.

Mit einer solchen Arbeit leisten wir einen Beitrag zum inneren Frieden in Europa, und wir können für andere Regionen ein Vorbild geben. Gott sei Dank ist es in Westeuropa noch nicht zu internationalen Konflikten wegen der Frage der sprachlichen Minderheiten gekommen. Für andere Regionen dieser Welt können wir vielleicht ein kleines Vorbild geben, um dem Frieden zu dienen. Eine solche Entwicklung in Europa — das möchte ich unterstreichen — soll nicht der Teilung Europas in viele Kleinstaaten dienen, sondern soll die Einheit in der Vielfalt gewährleisten. — Ich danke, Herr Präsident.

## Empfehlung 928

### **betr. die erzieherischen und kulturellen Probleme im Zusammenhang mit den Sprachen von Minderheiten und den Dialekten in Europa**

#### Die Versammlung

1. vertritt die Ansicht, daß es für die Entwicklung Europas und der europäischen Idee sehr wichtig ist, die Achtung und die ausgewogene Entfaltung aller europäischen Kulturen und insbesondere der linguistischen Identitäten sicherzustellen;
2. vertritt die Ansicht, daß angesichts der großen Unterschiede, die in bezug auf die Bevölkerung, die gesellschaftliche Situation, die Sprachnormung, den Sprachgebrauch im privaten oder öffentlichen Leben und die Möglichkeiten des Zugangs zu Bildungseinrichtungen und Massenmedien bestehen, jeder Fall gesondert behandelt werden muß, ohne daß eine allgemeine Lösung möglich ist;
3. vertritt die Ansicht, daß dem wissenschaftlichen, individuellen und kulturellen Aspekt bei der Behandlung einer jeden Sprache folgende Prinzipien zugrunde liegen sollten:
  - Achtung der wissenschaftlichen Authentizität
  - das Recht des Kindes auf seine eigene Sprache,
  - das Recht einer jeden Gemeinschaft auf Entwicklung einer eigenen Sprache und Kultur
4. empfiehlt dem Ministerkomitee, die Möglichkeit zu untersuchen, ob die Regierungen der Mitgliedstaaten die folgenden Maßnahmen durch die am besten geeigneten Mittel verwirklichen können:
  - a) auf wissenschaftlicher Ebene: die schrittweise Einführung — gegebenenfalls gemeinsam mit der gebräuchlich gewordenen Bezeichnung — der korrekten toponymischen Formen auf der Grundlage der ursprünglichen Sprache eines jeden Gebietes, wie klein es auch immer ist;
  - b) auf individueller Ebene: die schrittweise Einführung der Muttersprache in die Kindererziehung (in der Vorschulerziehung Gebrauch von Dialekten als gesprochene Sprache und in der Grundschulerziehung Gebrauch der Hochsprache der Muttersprache und neben der Muttersprache allmähliche Einführung der offiziellen Landessprache);
  - c) auf kultureller Ebene: die Respektierung und amtliche Förderung des regionalen Gebrauchs der Hochsprachen von Minderheiten und ihrer Anwendung im Hochschulunterricht und durch die Massenmedien der betreffenden Gebiete, sofern dies dem Willen der Gemeinschaft, die diese Sprache spricht, entspricht;
  - d) auf politischer Ebene: in allen Gebieten, die eine eigene Sprache und in der Verwaltungsstruktur des Staates, dem sie angehören, eine

gewisse Eigenständigkeit besitzen, die Möglichkeit, diese Sprache als offizielle oder gleichberechtigte offizielle Sprache durch die Behörden dieser Gebiete einzuführen.

5. empfiehlt dem Ministerkomitee im Hinblick auf die Verwirklichung der in Abs. 4 a., b., c. und d. enthaltenen Vorschläge in einem europäischen Rahmen die Möglichkeit zu untersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, um Informationen über neue Entwicklungen in diesem Bereich zu sammeln und weiterzuleiten.

## **Donnerstag, 8. Oktober 1981**

Tagesordnungspunkt:

### **Musikerziehung**

(Drucksache 4760)

Berichterstatter: Abg. Frommelt

Tagesordnungspunkt:

### **Verkaufspreise von Büchern**

(Drucksache 4786)

Berichterstatter: Abg. Voogd

Tagesordnungspunkt:

### **Stand der Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung des Wanderarbeitnehmers**

(Drucksache 4764)

Berichterstatter: Abg. Frau Boniver

